

Sitzungsbericht

24. Sitzung der Tagung 1999/2000 der XV. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 24. Februar 2000

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 406).
2. Mitteilungen nach dem Unvereinbarkeitsgesetz und Einlauf (Seite 406).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 407).
4. Angelobung eines Mitgliedes des Landtages sowie Bekanntgabe von Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 413).
5. Wahl eines Mitgliedes und zweier Ersatzmitglieder des Bundesrates (Seite 413).
6. Ltg. 411/A-8/13: Antrag der Abgeordneten Sacher u.a. gemäß § 35a LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Infrastruktur in Niederösterreich“.
Redner: Abg. Sacher (Seite 414), Abg. Hinterholzer (Seite 416), Abg. Marchat (Seite 418), Abg. Muzik (Seite 420), Abg. Nowohradsky (Seite 422), Abg. Mag. Fasan (Seite 424), Abg. Jahrmann (Seite 426), Abg. Haberler (Seite 426), Abg. Kautz (Seite 428), Abg. Marchat (Seite 428), Abg. Farthofer (Seite 428), Abg. Hintner (Seite 431).
7. Ltg. 404/A-1/22: Antrag des Kultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hiller, Kautz u.a. betreffend Bewerbung um die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft im Jahr 2008 in Österreich.
Berichterstatter: Abg. Breininger (Seite 432).
Redner: Abg. Mag. Weinzinger mit Resolutionsantrag (Seite 433), Abg. Schimanek (Seite 437), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 438), Abg. Kautz mit Resolutionsantrag (Seite 438), Abg. Hiller (Seite 441), LR Mag. Stadler (Seite 443), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 446), Abg. Sacher (Seite 447), LHStv. Dr. Bauer (Seite 447), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 449).
Abstimmung (Seite 450).

* * *

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER (*um 13.00 Uhr*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung hat sich Frau Abgeordnete Helene Auer entschuldigt. Wir kommen nun zu verschiedenen Mitteilungen.

Herr Landesrat Franz Blochberger sowie Herr Landesrat Friedrich Knotzer teilen betreffend § 4 Abs. 1 Unvereinbarkeitsgesetz schriftlich mit, dass sie eine leitende Stellung im Sinne dieser Gesetzesbestimmung ausüben. Es war daher die Notwendigkeit gegeben, den zuständigen Ausschuss zu befragen. Der Verfassungs-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 17. Februar 2000 unter Bedachtnahme auf die Gewährleistung der objektiven und unbeeinflussten Amtsführung die angezeigten Tätigkeiten genehmigt. Ich darf das Hohe Haus um Kenntnisnahme ersuchen.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 423/A-2/12 - Antrag der Abgeordneten Cerwenka u.a. betreffend Schaffung eines Fonds zur Refundierung von Einkommensverlusten durch Beteiligung an Feuerwehreinsätzen außerhalb des eigenen Gemeindegebietes – dieses Stück weise ich dem Kommunal-Ausschuss zu.

Ltg. 408/B-4/1 - Bericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebirgsbildung der Landeshauptstadt St. Pölten – dieses Geschäftsstück weise ich dem Rechnungshof-Ausschuss zu.

Ltg. 422/V-17/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Vergabegesetzes – dieses Geschäftsstück weise ich dem Verfassungs-Ausschuss zu.

Eingelangt sind die Anfragen:

An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:

Ltg. 406/A-4/68 - Anfrage der Abgeordneten Marchat und Mayerhofer betreffend Verlängerung der Wiener U-Bahn in das Wiener Umland.

Ltg. 410/A-4/70 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Dorferneuerung Fromberg, Marktgemeinde Kirchberg/Walde.

Ltg. 415/A-4/72 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Interessen im Bereich Verkehr - und

Ltg. 418/A-4/74 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Außenbeziehungen.

An Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop:

Ltg. 414/A-4/71 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Interessen im Bereich Kultur und Sport.

An Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer:

Ltg. 407/A-4/69 - Anfrage des Abgeordneten Mayerhofer betreffend Fernwärmeprojekt Mauer - und

Ltg. 417/A-4/73 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Interessen im Bereich Naturschutz.

An Herrn Landesrat Blochberger:

Ltg. 416/A-5/96 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Interessen im Bereich Energie und Landwirtschaft.

An Herrn Landesrat Gabmann:

Ltg. 420/A-5/98 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der

internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Interessen im Tourismus und der Wirtschaftspolitik.

An Herrn Landesrat Mag. Sobotka:

Ltg. 412/A-5/94 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Interessen im Bereich Umweltpolitik und Anti-Atom-Arbeit.

An Frau Landesrat Kranzl:

Ltg. 413/A-5/95 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Interessen im Bereich ausländische Vertretungsbehörden.

An Herrn Landesrat Knotzer:

Ltg. 409/A-5/93 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Beitrittserklärung der Stadtgemeinde Neunkirchen zum Netzwerk „Gesunde Städte“.

Ltg. 419/A-5/97 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Interessen im „Europa der Regionen“.

An Herrn Landesrat Mag. Stadler:

Ltg. 421/A-5/99 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich und seine Interessen im Bereich Siedlungswasserwirtschaft und Filmangelegenheiten.

Alle eingelangten Anfragen wurden an die zuständigen Regierungsmitglieder zur Beantwortung weitergeleitet. Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 386/A-4/60, von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer zu Ltg. 391/A-4/61, zu Ltg. 396/A-4/65, zu Ltg. 399/A-4/66, zu Ltg. 403/A-4/67, von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu

Ltg. 387/A-5/89, von Herrn Landesrat Mag. Stadler zu Ltg. 400/A-5/90.

Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Muzik an LH Dr. Pröll betreffend Ausbaupaket für Niederösterreichs Straßen, Ltg. 386/A-4/60:

„Am 26. Februar 1999 hat Herr Bundesminister Dr. Farnleitner im Beisein des Wiener Vizebürgermeisters Dr. Görg und von mir die Studie über das Straßennetz im Donau-europäischen Raum anlässlich einer Pressekonferenz vorgestellt. Diese GSD-Studie beinhaltet in Niederösterreich einen autobahnmäßigen Ausbau des Schnellstraßenringes um Wien, der Verbindung nach Brunn, der Verbindung nach Znaim, der Verbindung nach Krems mit einer Donaubrücke Traismauer und der Spange Kittsee. Die hierfür nötigen Kosten wurden mit S 15 Mrd. geschätzt und vorgeschlagen, die Finanzierung im Wesentlichen über Mauten der ASFINAG und aus Privatisierungserlösen sicherzustellen.

Aufbauend auf der genannten GSD-Studie kam es zu Verhandlungen zwischen Bundesminister Dr. Farnleitner und mir, die in einer Novelle des Bundesstraßengesetzes den Niederschlag gefunden haben. In dieser vom Nationalrat beschlossenen Bundesstraßengesetznovelle (veröffentlicht im Bundesgesetzblatt vom 19.08.1999) wurden daraufhin folgende Straßenzüge aufgenommen bzw. neu definiert:

Die A5 Nordautobahn, Richtung Brunn
Die B 305 als Nordumfahrung Wiens
Die B 303 als Weinviertlerstraße Richtung Znaim
Die B 304 als Verlängerung der A22 Richtung Krems
Die S33 mit einer Donaubrücke Traismauer
Die B 307 Spange Kittsee

Derzeit sind Korridoruntersuchungen im Gange, um die Trassenführung festlegen zu können. In weiterer Folge werden vom Bund unter Beiziehung der ASFINAG entsprechende Finanzierungskonzepte durch Maut und allfällig erforderliche Bundeszuschüsse zu erstellen sein. Herr Bundesminister Dr. Farnleitner hat kürzlich mit der entsprechenden Verordnung auch die Voraussetzungen für das Road-Pricing für LKW geschaffen und einen Schritt in diese Richtung gesetzt.

Der gesamte Planungsprozeß wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Die Vorfinanzierung der Planungen erfolgt durch das Land NÖ gegen Refundierung durch den Bund gemäß FAG.“

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Fasan an Herrn LHStv. Dr. Bauer betreffend Verletzung europäischen Rechts auf dem Trockenrasengebiet Steinfeld, Ltg. 391/A-4/61:

„Die Anfrage des Abgeordneten Fasan betreffend Verletzung europäischen Rechts auf dem Trockenrasengebiet Steinfeld beantworte ich wie folgt:

ad 1)

Mit Beschluß der NÖ Landesregierung vom 9. Dezember 1997 wurde eine 3. Nachnominierung von Natura 2000 Gebieten vorgenommen. Damit wurde insgesamt knapp ein Drittel der Landesfläche als Natura 2000 Gebiete vorgeschlagen. Es war von vornherein klar, daß diese Gebiete zur Feststellung der genauen Vorkommen der zu schützenden Lebensräume und Arten genau untersucht und fein abgegrenzt werden müssen. Die NÖ Landesregierung kam daher zu dem Schluß, daß weitere Gebietsmeldungen nach Brüssel erst nach vorhergehender Feinabgrenzung erfolgen sollten.

ad 2)

UVP-Angelegenheiten fallen nicht in meine Zuständigkeit.

ad 3)

Das Steinfeld als ganzes ist nicht als prioritärer Lebensraum zu sehen, sondern sind die gemäß FFH-Richtlinie prioritären Lebensraumtypen 6110 (Lückige Kalk-Pioniergrasland), 6210 (Trespen-Schwingel-Kalk-Trockenrasen) und 6211 (Subkontinentales Steppengrasland) im Gebiet des Steinfeldes vertreten. Wie unter Punkt 1 ausgeführt, wird erst die Feinabgrenzung abgewartet.

ad 4 und 5)

Die fachliche Bearbeitung der Beschwerde bei der Europäischen Kommission fällt in den Bereich Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst, die aufgrund der Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll untersteht.

ad 6)

Naturschutzbehördlich wurde die Gemeinde nicht verpflichtet Ersatzflächen bereitzustellen. Umwidmungsangelegenheiten fallen in den Bereich der Raumordnung und wären daher dort nachzufragen.

ad 7)

Die Einhaltung der FFH-Richtlinien hat grundsätzlich in allen als Natura 2000-Gebiet ausgewiesenen Flächen zu erfolgen.

ad 8) und 9)

Bereits seit Ende der achtziger Jahre gibt es Bestrebungen von Seiten der jeweiligen Natur-

schutzreferenten, das NÖ Naturschutzgesetz zu novellieren. So wurde am 15. Dezember 1992 eine entsprechende Regierungsvorlage dem NÖ Landtag übermittelt. Diese wurde aber vor Beendigung der Gesetzgebungsperiode im Frühjahr 1993 nicht abschließend behandelt. Eine weitere Regierungsvorlage von Juli 1994 und ein Initiativantrag vom November 1997 wurden ebenfalls vom Landtag vor Abschluß der jeweiligen Perioden nicht endgültig behandelt.

Der Entwurf des Jahres 1997 enthielt bereits wesentliche Bestimmungen des europäischen Naturschutzrechtes. Diese wurden insbesondere im Hinblick auf die europäischen Vorgaben nochmals überarbeitet und im November 1999 neuerlich vorgelegt. Der NÖ Landtag hat sich jedoch lediglich dazu entschließen können, eine Novelle des § 2 NÖ Naturschutzgesetz vorzunehmen und mich ersucht das NÖ Naturschutzgesetz 2000 einer Begutachtung zuzuführen.

Ich habe als Naturschutzreferent des Landes Niederösterreich größtes Interesse, daß der NÖ Landtag ein modernes Naturschutzgesetz beschließt, das selbstverständlich auch sämtliche EU-relevanten Vorschriften enthält.“

Beantwortung der Anfrage des Abg. Waldhäusl an LHStv. Dr. Bauer betreffend Chinesisches Zentrum in Gars/Kamp, Ltg. 396/A-4/65:

„Die Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend das Chinesische Zentrum in Gars/Kamp beantworte ich wie folgt:

Die ‚Willi Dungal's Chinesische Zentrum für Gesundheitspflege GmbH‘ plant die Errichtung eines internationalen Schulungs- und Therapiezentrums für traditionelle chinesische Medizin und chinesische Gesundheitspflege in Gars am Kamp. Dieses Bauvorhaben soll auf der Liegenschaft Nr. 142/2, KG Gars, welche an der wesentlichen Längsseite vom Kampfluß und an der östlichen Längsseite vom Kurpark begrenzt wird, errichtet werden.

Am gegenständlichen Standort an der Franz von Suppé-Promenade 139 besteht derzeit noch die im Gemeindebesitz befindliche ‚Alte Badeanstalt‘ aus dem Jahre 1912, welche bereits seit Jahren in keiner Weise mehr genutzt wird und in Kürze demoliert werden soll. Das Bundesdenkmalamt hat nach einem nahezu zehn Jahre dauernden Ermittlungsverfahren jüngst mit Bescheid vom 10. September 1999 festgestellt, daß ein öffentliches Interesse an der Erhaltung des Gebäudes im Sinne der Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes nicht gegeben ist und dies unter anderem wie folgt begründet:

- Die Gemeinde Gars am Kamp hat in den vergangenen Jahren direkt vis a vis, am gegenüberliegenden Kampufer, das – ebenfalls historische – Bad Thunau zu einer großen, allen aktuellen Anforderungen entsprechenden Badeanlage (mit geheiztem Schwimmbaden) ausgebaut, weshalb die Chance für die Wiederherstellung eines Badebetriebes im ‚Strandbad Gars‘ auch in Zukunft nicht mehr gegeben ist.
- Das Badegebäude besitzt keine Existenzmöglichkeit mehr, weil seit den fünfziger Jahren die durch die Stauanlagen der Kraftwerke im Oberlauf des Kampflusses (Ottenstein, Dobra und Thurnberg) bewirkten tiefen Wassertemperaturen den Betrieb einer Flußbadeanlage praktisch ausschließen.
- Die Kosten für eine Sanierung zur Erhaltung des status quo werden aufgrund des äußerst desolaten Bauzustandes auf rund ATS 10 Millionen geschätzt.

ad 1)

Der Kurpark von Gars am Kamp auf den beiden Liegenschaften Nr. 138/1 und 149, KG Gars am Kamp, ist aufgrund seiner besonderen kulturellen Bedeutung als Beispiel eines Stadtparks im historischen Stil der Jahrhundertwende, mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Horn vom 18. Dezember 1989 gemäß § 9 Abs. 1 in Verbindung mit § 9 Abs. 3 und Abs. 6 des NÖ Naturschutzgesetzes zum ‚Naturdenkmal‘ erklärt.

Der gegenständliche Bauplatz (Liegenschaft Nr. 142/2, KG Gars) ist nach den Festlegungen im rechtswirksamen Örtlichen Raumordnungsprogramm der Marktgemeinde Gars am Kamp als ‚Bauland-Sondergebiet‘ mit dem Verwendungszweck ‚Bade- und Kuranstalt‘ gewidmet und liegt außerhalb des Kurparks.

Aufgrund dieser räumlichen Situation und des Umstandes, da gemäß § 2 Abs. 4 des NÖ Naturschutzgesetzes die Nutzung von Flächen, die nach Maßgabe der Bestimmungen des NÖ Raumordnungsgesetzes, LGBl. 8000, als Bauland oder als Verkehrsflächen gewidmet sind, durch naturschutzbehördliche Maßnahmen nicht berührt werden, bestehen für den Bauplatz keine Nutzungsbeschränkungen nach dem NÖ Naturschutzgesetz.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Bauvorhabens ist die Schlägerung von einigen Bäumen, die am Kampufer bzw. an der Franz v.

Suppé-Promenade situiert sind, notwendig. Dieser Baumbestand befindet sich jedoch außerhalb des Kurparks und ist somit von der Naturdenkmalerklärung nicht erfaßt. Da jedoch Auswirkungen des Bauvorhabens auf das unmittelbar angrenzende Naturdenkmal – im Besonderen auf 3 Linden und 1 Säulenpappel – nicht gänzlich ausgeschlossen werden können, wurde dem Antragsteller empfohlen, ein Verfahren gemäß § 9 Abs. 5 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 des NÖ Naturschutzgesetzes bei der Bezirkshauptmannschaft Horn zu beantragen, damit gegebenenfalls entsprechende Vorkehrungen zur Sicherung dieses Baumbestandes seitens der Behörde vorgeschrieben werden können.

ad 2)

Der Leiter der Abteilung Naturschutz war in jüngster Vergangenheit immer wieder mit diversen Beschwerden der Vertreter der Bürgerinitiative befaßt. Da trotz mehrmaliger Aufklärung immer wieder die falsche Behauptung in Umlauf gebracht wurde, daß der Kurpark von Gars ein ‚Naturschutzgebiet‘ und das ‚Alte Badehaus‘ ein Bestandteil desselben sei, hat der Leiter der Naturschutzabteilung anlässlich der am 29. November 1999 anberaumten Informationsveranstaltung die anwesende Ortsbevölkerung persönlich über die faktische und rechtliche Situation informiert.

ad 3)

Da der gegenständliche Bauplatz aufgrund der rechtsgültigen Baulandwidmung nicht den Regelungsinhalten des NÖ Naturschutzgesetzes unterworfen ist und auch naturschutzfachlich absolut nichts gegen den geplanten Standort spricht, bestand keine Veranlassung auf die Findung eines etwaigen Alternativstandortes Einfluß zu nehmen.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Herrn LHStv. Dr. Bauer betreffend Verletzung europäischen Rechts auf dem Trockenrasengebiet Steinfeld durch Flughafenbau, Ltg. 399/A-4/66:

„Die Anfrage des Abgeordneten Fasan betreffend Verletzung europäischen Rechts auf dem Trockenrasengebiet Steinfeld durch Flughafenbau beantworte ich wie folgt:

ad 1)

Fällt nicht in meinen Zuständigkeitsbereich.

ad 2)

Die Abteilung Naturschutz wurde bezüglich eines Verfahrens in Zusammenhang mit dem Flughafen Wiener Neustadt nie kontaktiert.

ad 3)

Der Stadtgemeinde Wiener Neustadt wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß im Bereich Steinfeld kein Natura 2000-Gebiet gemeldet ist, eine Erhaltungsverpflichtung für die in den Anhängen der Vogelschutz- und FFH-Richtlinie aufgelisteten Tier- und Pflanzenarten sowie Lebensräume jedoch unabhängig von der Nominierung bestünde.

Diese Frage ist generell und abstrakt nicht beantwortbar. Sollten konkrete Ausbaumaßnahmen geplant sein, wäre deren Verträglichkeit mit den Zielen der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie zu prüfen. Ob ein UVP-Verfahren erforderlich ist, hängt auch vom konkreten Vorhaben ab.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan an Herrn LHStv. Dr. Bauer betreffend Naturdenkmal Gars/Kamp, Ltg. 403/A-4/67:

„Die Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend das Naturdenkmal Gars/Kamp beantworte ich wie folgt:

Die ‚Willi Dungal’s Chinesische Zentrum für Gesundheitspflege GmbH‘ plant die Errichtung eines Internationalen Schulungs- und Therapiezentrums für traditionelle chinesische Medizin und chinesische Gesundheitspflege in Gars/Kamp. Dieses Bauvorhaben soll auf der Liegenschaft Nr. 142/2, KG Gars, welche an der westlichen Längsseite vom Kampfluß und an der östlichen Längsseite vom Kurpark begrenzt wird, errichtet werden.

Die Marktgemeinde Gars/Kamp zählt zu den traditionsreichsten Fremdenverkehrsgemeinden in Niederösterreich. Bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sind die ersten Gäste zur Sommerfrische in das Kampthal gefahren. Mit der Eröffnung der Kampthalbahn im Jahre 1889 wurde die Erreichbarkeit aus der Großstadt Wien erheblich verbessert, was sowohl in den jährlich gestiegenen Nächtigungszahlen, wie auch in der Anzahl der von den Städtern gebauten Villen Ausdruck gefunden hat.

Bereits 1884 wurde durch den Verschönungsverein der Gemeinde Gars das Badehaus am Kampufer, welches unmittelbar an die Parkanlage angrenzt, in einer Holzkonstruktion errichtet. Aufgrund des großen Besucherandranges wurde es 1891 neu erbaut. Die stetige Steigerung des Sommertourismus erforderte bereits 1896 einen weiteren Ausbau und 1912 erhielt das Badehaus seine heutige symmetrische Form mit einem massiv gemauerten 1-stöckigen Mitteltrakt und den beiden ebenerdigen hölzernen Flügelanbauten.

Mit der Entwicklung der Gemeinde Gars zu einer beliebten Sommerfrische entstand auch das Bedürfnis für eine öffentliche Gartenanlage. Ab der Jahrhundertwende wurde ein unmittelbar nordöstlich an das Badehaus angrenzendes Ackerareal mit sternförmiger Parzellenkonfiguration und rund 1 Hektar Flächenausmaß aufgekauft und mit einem Gemeindebesitz vereinigt. Ab dem Jahre 1907 wurde sodann auf diesem Standort nach einem Entwurf des Wiener Gartenarchitekten J. Molnar eine Parkanlage angelegt und bereits am 2. Dezember 1908 feierlich eröffnet.

Der Kurpark von Gars/Kamp auf den beiden Liegenschaften Nr. 138/1 und 149, KG Gars/Kamp, ist aufgrund seiner besonderen kulturellen Bedeutung als Beispiel eines Stadtparks im historischen Stil der Jahrhundertwende mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Horn vom 18. Dezember 1989 gemäß § 9 Abs. 1 in Verbindung mit § 9 Abs. 3 und Abs. 6 des NÖ Naturschutzgesetzes zum ‚Naturdenkmal‘ erklärt.

Am gegenständlichen Standort an der Franz v. Suppé-Promenade 139 besteht derzeit noch die im Gemeindebesitz befindliche ‚Alte Badeanstalt‘, welche bereits seit Jahren in keiner Weise mehr genutzt wird und in Kürze demoliert werden soll. Das Bundesdenkmalamt hat nach einem nahezu zehn Jahre dauernden Ermittlungsverfahren jüngst mit Bescheid vom 10. September 1999 festgestellt, daß ein öffentliches Interesse an der Erhaltung des Gebäudes im Sinne der Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes nicht gegeben ist und dies unter anderem wie folgt begründet:

- Die Gemeinde Gars/Kamp hat in den vergangenen Jahren direkt vis a vis, am gegenüberliegenden Kampufer, das – ebenfalls historische – Bad Thunau zu einer großen, allen aktuellen Anforderungen entsprechenden Badeanlage (mit geheizten Schwimmbecken) ausgebaut, weshalb die Chance für die Wiederherstellung eines Badebetriebes im ‚Strandbad Gars‘ auch in Zukunft nicht mehr gegeben ist.
- Das Badegebäude besitzt keine Existenzmöglichkeit mehr, weil seit den fünfziger Jahren die durch die Stauanlagen der Kraftwerke im Oberlauf des Kampflusses (Ottenstein, Dobra und Thurnberg) bewirkten tiefen Wassertemperaturen den Bereich einer Flußbadeanlage praktisch ausschließen.
- Die Kosten für eine Sanierung zur Erhaltung des status quo werden aufgrund des äußerst desolaten Bauzustandes auf rund ATS 10 Millionen geschätzt.

ad 1)

Ein konkretes Bauprojekt liegt erst seit kurzem vor und dieses war auch Grundlage für mündliche Verhandlungen am 24. Jänner 2000 anlässlich des baubehördlichen Bewilligungsverfahrens.

Eine naturschutzfachliche Vorprüfung hat zu dem Ergebnis geführt, daß aufgrund der räumlichen Nähe zwischen dem Bauvorhaben und dem als ‚Naturdenkmal‘ erklärten Kurpark etwaige Auswirkungen nicht zur Gänze ausgeschlossen werden können. Diese Auswirkungen, welche in der Bauphase (Baugrube, Baustellenverkehr) zu erwarten sind, betreffen im Besonderen den Baumbestand, der an der westlichen Grundgrenze des Naturdenkmals entlang der Suppé-Promenade situiert ist.

ad 2)

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Bauvorhabens ist die Schlägerung von einigen Bäumen, die am Kampufer bzw. an der Franz von Suppé-Promenade situiert sind, erforderlich. Dieser Baumbestand befindet sich auf der Parzelle Nr. 142/2, KG Gars/Kamp, welche nach den Festlegungen des rechtswirksamen örtlichen Raumordnungsprogrammes der Marktgemeinde Gars/Kamp als ‚Bauland-Sondergebiet‘ gewidmet und somit aufgrund der Lage außerhalb des Kurparks von der Naturdenkmalerklärung nicht erfaßt ist.

Nach den vorliegenden Lage- und Grundrißplänen reicht die östliche Gebäudelängsseite des projektierten Bauvorhabens bis auf einige Meter an den im Randbereich des Kurparks situierten Baumbestand heran. Im Besonderen sind durch dieses räumliche Naheverhältnis 3 Linden und 1 Säulenpappel, die aber durch den einen integralen Bestandteil des Naturdenkmalbescheides weder aus den Lageplänen noch aus dem Parkpflegekonzept entnommen werden kann, ist eine abschließende Beurteilung der Auswirkungen der projektierten Baumaßnahme auf das Naturdenkmal erst nach Vorliegen exakter Vermessungspläne möglich.

ad 3)

Aufgrund der räumlichen Nähe zwischen dem gegenständlichen Bauvorhaben und dem als ‚Naturdenkmal‘ erklärten Kurpark kann eine etwaige Auswirkung nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Der Marktgemeinde Gars/Kamp als Grundeigentümer bzw. der Willi Dungal GmbH als Bauwerber wurde daher bereits vom Leiter der Abteilung Naturschutz angeraten, ein Verfahren auf Erteilung eines Ausnahmegewilligung vom Eingriffsverbot gemäß § 9 Abs. 5 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 des NÖ Naturschutzgesetzes bei der Bezirkshauptmannschaft Horn als örtlich zuständige Naturschutzbehörde zu beantragen. In diesem Verfahren

ist durch Sachverständige zu prüfen, welche konkreten Auswirkungen auf das Naturdenkmal durch das projektierte Gebäude mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind und welche Auflagen somit seitens der Behörde zur Abwehr der Gefährdung festzulegen sind.

ad 4)

Aus den der Abteilung Naturschutz zur Verfügung stehenden Projektunterlagen von Architekt Mag. Günther Pigal, 2345 Brunn/Gebirge, ist ersichtlich, daß das Niveau der untersten Ebene des Medizin. Zentrums ca. 1,20 Meter unter dem gewachsenen Boden gelegen ist. Da diese Höhenlage auch dem Kellerniveau der ‚Alten Badeanstalt‘ entspricht, sind Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt, die das bisherige Ausmaß übersteigen würden, nicht zu erwarten. Eine etwaige Verschlechterung der Grundwassersituation im gegenständlichen Bereich und somit eine Beeinträchtigung des Naturdenkmals kann grundsätzlich ausgeschlossen werden.

ad 5)

Wie unter Punkt 3 dargestellt, werden seitens der Behörde folgende Problembereich zu prüfen sein:

- Auswirkungen der Baumaßnahme auf das Naturdenkmal, das heißt auf den Baumbestand im randlichen Bereich
- Auswirkungen der Baustelleneinrichtung sowie des Baustellenverkehrs (Zu- und Abtransport während der Bauphase).

Die Nennung von konkreten Auflagen kann in einer seriösen Form erst zu dem Zeitpunkt erfolgen, wenn auf der Grundlage eines exakten Vermessungsplanes die genauen Auswirkungen ermittelt sind. Beispielhaft kann jedoch bereits derzeit gesagt werden, daß zum Schutz der Randbäume entweder eine Einbuchtung der Kellergeschoßaußenwände – wie bereits im vorliegenden Bauprojekt vorgesehen – oder die Herstellung von Wurzelvorhängen denkbar wäre. Hinsichtlich des Baustellenverkehrs, der aufgrund der räumliche Situation aller Wahrscheinlichkeit von der Bahnstraße über die Suppé-Promenade erfolgen wird, kann gesagt werden, daß zur Verhinderung einer massiven Bodenverdichtung eine Abdeckung der unbefestigten Wege mit einer rund 4 m breiten Blockbohlenlage erforderlich scheint.

ad 6)

Die Kontrolle der Einhaltung der Auflagen bzw. die Ahndung von etwaigen Verstößen ist durch die Bezirkshauptmannschaft Horn als örtlich zuständige Naturschutzbehörde wahrzunehmen.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mayerhofer an LR Mag. Sobotka betreffend Fernwärmeprojekt Mauer, Ltg. 387/A-5/89:

„Die Beantwortung der drei Fragen fällt nicht in meinen Zuständigkeitsbereich.“

Beantwortung der Anfrage der Abg. Mag. Weininger und Mag. Fasan an Landesrat Mag. Stadler betreffend Wasserversorgungsanlage „Parkbrunnen“, Gars/Kamp, Ltg. 400/A-5/90:

„Zu den Fragen 1 und 4 bis 7:

Laut Auskunft der Bezirkshauptmannschaft Horn ist für das Projekt ‚Zentrum für Chinesische Medizin‘ in der Marktgemeinde Gars am Kamp derzeit noch kein wasserrechtliches Verfahren anhängig. Im Rahmen einer Bauverhandlung wurde allerdings seitens des Vertreters der Wasserrechtsbehörde auf die Notwendigkeit zur Vorlage eines wasserrechtlichen Einreichprojektes hingewiesen. Laut Auskunft durch den zuständigen Wasserrechtsreferenten der Bezirkshauptmannschaft Horn ist beabsichtigt, für ein solches Verfahren auch einen Amtssachverständigen für Geohydrologie beizuziehen. In Hinblick auf die Frage nach Auswirkungen auf fremde Wasserrechte sowie der Notwendigkeit zur Vorschreibung von Auflagen wird auf die voraussichtliche Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörde Horn als Wasserrechtsbehörde hingewiesen.

Zu Frage 2:

Im Hinblick auf die Wasserfördermengen betreffend den ‚Parkbrunnen‘ liegen bei der Wasserrechtsbehörde für das Jahr 1999 folgende Daten auf:

| | |
|--|---------|
| Wasserfördermenge in m ³ für 1999: | 16,71 % |
| Juli: 4.822 m ³ (von insgesamt 34.323 m ³): | 14,05 % |
| August: 4.245 m ³ (von insg. 32.770 m ³): | 12,95 % |

Zu Frage 3:

Die Marktgemeinde Gars am Kamp besitzt derzeit eine aufrechte wasserrechtliche Bewilligung für den Parkbrunnen (Bescheid des Landeshauptmannes von Niederösterreich vom 17. Februar 1982, III/1-10.796/70-82). Die Frage, ob das Wasserbenutzungsrecht auch künftig in Anspruch genommen wird, liegt in der Entscheidungsautonomie der Marktgemeinde Gars am Kamp als Wasserberechtigte.“

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Hohes Haus! Die Abgeordneten Sacher, Onodi, Kautz, Krammer, Auer, Cerwenka und Pietsch haben gemäß § 35a LGO einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Sicherung der Gesundheitsversorgung rund um die Uhr im Bun-

desland Niederösterreich“, Ltg. 405/A-8/12, eingebracht. Dieser Antrag wurde am 17. Februar 2000 zurückgezogen. Daraufhin haben die Abgeordneten Sacher, Muzik, Farthofer, Gebert, Mag. Motz, Jahrmann, Keusch, Kautz, Rupp und Pietsch gemäß § 35a LGO einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Infrastruktur in Niederösterreich“, Ltg. 411/A-8/13, eingebracht. Dieser Antrag steht nach der Angelobung eines Mitgliedes des Landtages sowie der Wahl von einem Mitglied und zwei Ersatzmitgliedern des Bundesrates auf der heutigen Tagesordnung.

Mit Schreiben vom 4. Februar 2000 gibt die Landeswahlbehörde beim Amt der NÖ Landesregierung bekannt, dass der Abgeordnete zum NÖ Landtag Klubobmann Dr. Ernst Strasser mit Schreiben vom 4. Februar 2000 erklärt, dass er das anlässlich der Landtagswahl 1998 auf dem Landeswahlvorschlag der Volkspartei Niederösterreich erreichte Mandat gemäß § 103 Abs.1 LWO zurücklegt, jedoch auf der Parteiliste verbleibt. Mit Schreiben vom 17. Februar 2000 gibt das Mitglied des Bundesrates Mag. Karl Wilfing, Wetzelsdorf, bekannt, dass er mit Ablauf des 23. Februar 2000 dieses Mandat zurücklegt. Herr Mag. Herbert Kullnig, Tiefenfucha 43, Furth/Göttweig, erklärt am 17. Februar 2000, dass er auf das frei gewordene Mandat im Bundesrat verzichtet, als Ersatzmitglied jedoch verbleibt. LAbg. Dr. Martin Michalitsch, Eichgraben, teilt mit Schreiben vom 17. Februar 2000 mit, dass er sein Mandat als Ersatzmitglied des Bundesrates mit Ablauf des 23. Februar 2000 zurücklegt.

Weiters teilt der Landtagsklub der Volkspartei Niederösterreich am 21. Februar 2000 mit, dass mit Wirkung vom 17. Februar 2000 LAbg. Mag. Klaus Schneeberger die Funktion des Klubobmannes übernimmt. Dazu möchte ich recht herzlich gratulieren, Herr Klubobmann. Und ich bin überzeugt, es wird eine sehr gute Zusammenarbeit in der Präsidialkonferenz und hier im Landtag geben. Alles Gute! *(Beifall bei der ÖVP sowie Abg. der SPÖ und FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 2. Angelobung eines Mitgliedes des Landtages. Auf Grund der Mandatsrücklegung durch Dr. Ernst Strasser teilt die Landeswahlbehörde mit Schreiben vom 21. Februar 2000 mit, dass das frei gewordene Mandat auf dem Landeswahlvorschlag der Volkspartei Niederösterreich gemäß § 3 der LWO mit Wirkung vom 24. Februar 2000 Herrn Mag. Karl Wilfing, Wetzelsdorf, zugewiesen wird. Wir gelangen nun zur Angelobung des Herrn Abgeordneten. Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Egerer, um Verlesung der Angelobungsformel.

(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzplätzen.)

Schritfführerin Abg. EGERER (ÖVP) (liest): „Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter Mag. Karl Wilfing!

Abg. Mag. Karl WILFING (ÖVP): Ich gelobe!

(Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen Platz.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Auf Grund der Mandatsrücklegung von Dr. Ernst Strasser teilt der Landtagsklub der Volkspartei Niederösterreich gemäß § 41 Abs. 2 LGO 1979 folgende Änderungen in den Ausschüssen des Landtages mit:

Bau-Ausschuss:

Anstelle von Klubobmann LAbg. Mag. Klaus Schneeberger tritt LAbg. Karl Wilfing als Ersatzmitglied.

Kultur-Ausschuss:

Anstelle von LAbg. Dr. Ernst Strasser tritt LAbg. Karl Wilfing als Mitglied.

Landwirtschafts-Ausschuss:

Anstelle von KOSTv. LAbg. Ing. Johann Hofbauer tritt LAbg. Karl Wilfing als Mitglied.

Sozial-Ausschuss:

Anstelle von LAbg. Alfred Dirnberger tritt LAbg. Karl Wilfing als Ersatzmitglied.

Verfassungs-Ausschuss:

Anstelle von LAbg. Dr. Ernst Strasser tritt LAbg. Mag. Johann Heuras als Mitglied, anstelle von LAbg. Mag. Johann Heuras tritt LAbg. Mag. Karl Wilfing als Ersatzmitglied.

Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss:

Anstelle von LAbg. Dr. Ernst Strasser tritt KO LAbg. Mag. Klaus Schneeberger als Mitglied.

Rechnungshof-Ausschuss:

Anstelle von LAbg. Dr. Ernst Strasser tritt KOSTv. LAbg. Ing. Johann Hofbauer als Ersatzmitglied.

Der Klub der Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs gibt im Zusammenhang mit der Besetzung der Ausschüsse des NÖ Landtages eine Änderung in der Besetzung des Kultur-Ausschusses bekannt: KO LAbg. Ewald Sacher scheidet als Mitglied aus und an seiner Stelle wird LAbg. Mag. Günther Leichtfried als Mitglied nominiert.

Mit Schreiben vom 22. Februar 2000 gibt der Landtagsklub der Volkspartei Niederösterreich be-

kannt, dass anstelle von Herrn Mag. Karl Wilfing Frau Anna Höllerer, Engabrunn, Weinbergstraße 59, als Mitglied des Bundesrates namhaft gemacht wird. Als Ersatzmitglied für Anna Höllerer wird Frau LAbg. Marianne Lembacher nominiert. Das Ersatzmitglied Mag. Herbert Kullnig wird Ersatzmitglied für Bundesrat Alfred Schöls, da dessen bisheriges Ersatzmitglied, LAbg. Dr. Martin Michalitsch, sein Mandat zurücklegt.

Wir kommen daher zum Tagesordnungspunkt 3, Wahl von einem Mitglied und zwei Ersatzmitgliedern des Bundesrates. Der NÖ Landtagsklub der ÖVP hat folgenden Wahlvorschlag erstattet: Mitglied des Bundesrates Anna Höllerer, Engabrunn; Ersatzmitglieder des Bundesrates LAbg. Marianne Lembacher für Frau Anna Höllerer und Mag. Herbert Kullnig für Bundesrat Alfred Schöls. Ich bitte die Abgeordneten, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, abzugeben. Ich ersuche dann um Auswertung durch die Schritfführer. Diese mögen sich inzwischen bereit halten. Bitte jetzt die Stimmzettel für die Wahl eines Bundesrates und zweier Stellvertreter abzugeben.

(Nach der Stimmenauszählung:)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schritfführer haben die Stimmenauszählung durchgeführt. Ich gebe folgendes Ergebnis bekannt: Abgegeben wurden 55 Stimmzettel. Mit 51 gültigen Stimmen wurde Frau Anna Höllerer als Mitglied des Bundesrates gewählt. Mit 51 gültigen Stimmen wurde Frau Marianne Lembacher als Ersatzmitglied des Bundesrates gewählt und mit 54 gültigen Stimmen wurde Herr Mag. Herbert Kullnig als Ersatzmitglied des Bundesrates gewählt.

Hohes Haus! Wir haben heute eine außergewöhnlich große Zahl von Gästen im Landtag. Ich möchte diese Gäste begrüßen. Vor allem die größte Gruppe darunter mit rund 140 Personen – der Seniorenbund aus dem Bezirk Amstetten. Herzlich willkommen im Landtag! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Wir kommen nun wie angekündigt zum Tagesordnungspunkt 4, zur Aktuellen Stunde zum Thema „Infrastruktur in Niederösterreich“. Gemäß § 35a Abs. 4 LGO wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung und ersuche jene Mitglieder des Hauses, welche dafür stimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Ist einstimmig angenommen!

Ich mache darauf aufmerksam, dass gemäß § 35a Abs. 6 der Geschäftsordnung die Redezeit des ersten Antragstellers und der Mitglieder der Landesregierung auf 15 Minuten und die der

übrigen Redner auf 10 Minuten beschränkt ist. Ich weise die Damen und Herren des Hohen Hauses darauf hin, dass eine Minute vor Ende der Redezeit das Licht am Rednerpult zu blinken beginnt. Am Ende der Redezeit leuchtet das Licht ohne zu blinken. Ich ersuche Herrn Abgeordneten KO Sacher als ersten Antragsteller, zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Die in letzter Zeit laufend geführte Debatte über Standorte und Regionen ist Ausdruck einer neuen Dimension der Internationalisierung, die unter dem Schlagwort Globalisierung im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit verankert ist. Transportkostenvorteile, blitzschnelle Kommunikationstechnologien, beseitigte Grenzbarrieren sind für die Standortentscheidungen von Unternehmungen mittlerweile die wesentlichsten Kriterien geworden. Die internationale Optimierung von Standortnetzen ist wichtiger denn je geworden. Verschärfte Konkurrenz zwischen den Regionen um Ansiedlungen auf internationaler Ebene ist die Folge geworden. Die Verteilung von Produktionsstandorten wird dadurch mehr denn je zuvor bestimmt.

Das ist die Ausgangsposition Niederösterreichs. Sie erscheint uns Sozialdemokraten noch nicht ausreichend stabil, um erfolgreich zu sein. Es bestehen aus unserer Sicht noch Standortnachteile gegenüber der südlichen Peripherie der EU und gegenüber den angrenzenden Oststaaten bei Produktionsbetrieben mit ausgereiften Technologien und hohem preislichen Wettbewerbsdruck. In Bereichen, wo Größenvorteile oder Innovationsfähigkeit über den Betriebsstandort entscheiden, bestehen dagegen Nachteile Niederösterreichs gegenüber den zentralen Regionen Kerneuropas. Die Konkurrenz dieser Regionen zu uns, Hoher Landtag, wird dabei umso stärker sein, je weiter die Integration fortschreitet und je geringer die Transportkosten dank der technischen Fortschritte und dank des Abbaus von Handelsschranken sein werden.

Dies begründet, sehr geehrte Damen und Herren, unseren infrastrukturpolitischen Handlungsbedarf. Niederösterreichs Wettbewerbsfähigkeit ist noch auszubauen. Diesen positiven Ausbau wollen wir und sollen wir, sehr geehrte Damen und Herren, in Niederösterreich vorantreiben, unterstützen und gemeinsam durchsetzen. Für den Standort Niederösterreich, der im europäischen Vergleich über hohes Einkommen, und damit auch natürlich Kostenniveau verfügt, kann der Weg zu einem tragfähigen Standortprofil nur über die gemeinsame An-

strengung führen, einen möglichst attraktiven Platz auf der Qualitätsleiter zu erringen und dynamisch abzusichern. Wir appellieren daher an alle, vor allem an unseren Regierungspartner in Niederösterreich, angesichts jüngster Irritationen, zum Beispiel EU-Zielgebietsfestlegung oder jüngster Diskurs über das Landesverkehrskonzept, den Weg gemeinsam zu beschreiten und vom Willen des Partners nach konstruktiver Gemeinsamkeit auszugehen.

Ich möchte daher eingangs klarstellen, was ich ursprünglich nicht vorgesehen hatte, weil das für mich und uns eigentlich eine selbstverständliche Prämisse unserer gemeinsamen Arbeit darstellt. Wenn in den letzten Tagen – bewusst oder unbewusst – in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wurde, es wäre der Weg der Gemeinsamkeit von den Sozialdemokraten verlassen worden, so weise ich das klar und unmissverständlich zurück. Wenn unter Bezug auf die letzte Sitzung der NÖ Landesregierung von der ÖVP verbreitet wird, wir Sozialdemokraten hätten gegen die ergänzende Verankerung dringend notwendiger Straßenbauten im NÖ Landesverkehrskonzept gestimmt, dann ist das schlicht und einfach von politischer Taktik geprägte Irreführung! Umso mehr als in weiten Bereichen von uns Sozialdemokraten eingebrachte und durch Überzeugungsarbeit erst durchgesetzte Projekte aufgenommen worden sind. Stichwort Nordautobahn, Stichwort Nord-Ost-Umfahrung Wiens und so weiter. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eindeutig und klar ist: Tatsächlich haben die SPÖ-Mitglieder der NÖ Landesregierung alle angeführten Ergänzungen und Projekte des Landesverkehrskonzeptes befürwortet. Sie haben jedoch darauf hingewiesen, dass die zu beschließende Novelle nicht vollständig ist und diesbezüglich um Ergänzung ersucht. Dies wurde nicht ermöglicht. Es fehlt uns in der Novelle der gesamte Bereich des öffentlichen Verkehrs: Des Schienenverkehrs, der Schifffahrtsstraße und einige spezielle Projekte des Nahverkehrs. Dazu liegen, Hoher Landtag, einhellige Landtagsbeschlüsse von uns allen vor, die nicht berücksichtigt wurden. Wie zum Beispiel Verbesserungen des Nahverkehrs im Süden Wiens, Verlängerung der U-Bahn und so weiter.

In Sorge darum haben die drei SPÖ-Regierungsmitglieder um eine Woche Rückstellung ersucht, um innerhalb dieser Woche eine Vervollständigung der Vorlage durchzuführen. Dieses legitime Verlangen, das keinerlei Verzögerung bedeutet hätte, Niederösterreichs Infrastruktur und Verkehrspolitik aber genützt hätte, dieses Verlangen wurde aus Bestemm und Justament von der ÖVP und der FPÖ in der Landesregierung abge-

lehnt. Sehr geehrte Damen und Herren! Das stellt einen Rückschlag in der zielorientierten Gemeinsamkeit dar. Daran ist, Hoher Landtag, auch nicht zu rütteln, wenn im Nachhinein andere Darstellungsversuche das korrigieren sollen. Korrigieren wir – und das ist mein Aufruf – viel mehr, sehr geehrte Damen und Herren, diesen Fehlschritt durch hinkünftig wieder eine an der Sachlage und nicht an augenblicklichen parteipolitischen Positionierungen orientierte Politik! Nützen wir so dem Land Niederösterreich im Sinne gemeinsamer Zukunftsbewältigung, bevor eine länger andauernde Phase gestörten Klimas zwischen Parteipolitikern eintritt und dadurch die Entwicklung des Landes gestört wird. Ich gehe davon aus, dass jeder hier in diesem Haus das Beste für Niederösterreich will, sehr geehrte Damen und Herren. Unser Ziel muss heißen, „Niederösterreich und sein attraktiver Platz im internationalen Produktions- und Wirtschaftsgefüge“.

Auf Grund der politischen Veränderungen in Osteuropa rückt Niederösterreich stärker ins Zentrum Europas. Die Osterweiterung wird diese Entwicklung noch beschleunigen. Als Folge ist ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in der Ostregion zu erwarten. Deshalb spielt der Ausbau einer zeitgemäßen Verkehrsinfrastruktur eine immer zentralere Rolle, sehr geehrten Damen und Herren.

Bislang wurde die Ost-West-Achse ausgebaut. Jetzt müssen wir daran gehen, der bisher vernachlässigten Nord-Süd-Relation höchste Priorität einzuräumen. Ist der Ausbau der Ost-West-Transversale vor allem im Schienenverkehr bereits weiter fortgeschritten bzw. im Ausbau, so fehlt dieser Aspekt bei der Nord-Süd-Transversale noch ganz. Eines der wesentlichsten Anliegen muss daher der internationale Güterverkehr auf einer Hochleistungsschiene Nord-Süd sein mit den damit verbundenen Ausbaumaßnahmen. Parallel dazu muss die mittlerweile völlig überforderte parallele Straßeninfrastruktur ausgebaut werden. Einige Zahlen: Auf der Südautobahn bei Mödling zählt man mittlerweile 18.000 Lkw pro Tag. Auf der Südosttangente bei der Praterbrücke 13.000. Im Vergleich dazu stellt die Belastung der Brenner Autobahn mit 6.400 Lkw pro Tag eine ruhige Strecke dar. Eine Verbesserung dieses Zustandes verlangt ein globales Denken, das über Landesgrenzen hinaus einen Verbund mit anderen Bundesländern und mit Nachbarstaaten erfordert. Verkehrspolitik für Niederösterreich im Europäischen Verbund im Interesse der Standortqualität, im Interesse der Arbeitsplätze und im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, das ist das erklärte Ziel der NÖ Sozialdemokraten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fasse daher zusammen: Versäumnisse der Vergangenheit müssen so rasch als möglich bereinigt werden. In etlichen Bereichen muss Niederösterreich aus einem verkehrspolitischen Dornröschenschlaf erweckt werden. Der öffentliche Nahverkehr braucht ordnungspolitische Maßnahmen. Ebenso aber auch den dringend notwendigen Abbau von Schwerfälligkeit, von Inattraktivität und vor allem von Missständen, wie sie zuletzt durch einen Rechnungshofbericht akut geworden sind. Umfahrungen und Autobahnausbesserungen sind wichtig. Was wir brauchen, ist allerdings viel mehr Schwung zur Lösung der aktuellen Probleme im regionalen und im überregionalen Verkehr. Den politischen Willenserklärungen des Landesverkehrskonzeptes müssen endlich Taten folgen. Papier ist geduldig. Die Menschen, die Pendler, die Wirtschaft, die Betriebe sind es nicht mehr, sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Konzept ist ein Leitfaden. Man darf Konzepte nicht überbewerten. Aber sie sind erst dann etwas wert, wenn sie rasch realisiert werden. Daher müssen wir uns vor allem bei der Finanzierung alternative Modelle überlegen. Wir niederösterreichischen Sozialdemokraten haben daher nach wie vor die Meinung, dass man an die von Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer vorgeschlagene Verkehrsanleihe zur Finanzierung unserer Vorhaben herangehen sollte. Ebenso rasch sollte - das ist ein Verlangen an die Bundesregierung - das Lkw-Road-Pricing längst notwendige zusätzliche Mittel aufbringen. Allerdings darf man sich nicht darüber hinweg täuschen, dass es beim besten Willen nur rund 2,5 Milliarden Schilling jährlich sein werden, die dabei hereinkommen. Insofern relativiert sich das 15-Milliarden-Schilling-Paket für Niederösterreich, das in keiner Weise paktiert, geschweige denn finanziert ist. Da müssten sechs Jahre lang alle Road-Pricing-Erträge zu 100 Prozent nur nach Niederösterreich fließen. Ich frage, was würde das übrige Österreich dazu sagen?

Man nützt unserem Land daher mehr – und das wollte ich Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, der leider nicht anwesend ist, als Verkehrsreferent sagen – es nützt also unserem Land mehr, wenn man praxisorientierte Vorschläge einbringt - zum Beispiel Verkehrsanleihe - und nicht Illusionen erweckt, die vor Wahlen geboren werden. Und sie werden auch nicht realistischer, wenn man sie in kindlicher Eile dem nächsten Minister unterbreitet, wo doch der Vorgänger bereits davon nichts hören wollte, sehr geehrte Damen und Herren.

Infrastruktur ist nicht nur Verkehr, Infrastruktur sind auch die neuen Kommunikationstechnologien. Neue Technologien, Internet, erfordern neue Zielsetzungen und Grundlagen. In der Kommunikationstechnologie, in der internationalen Vernetzung der Produktionsabläufe liegen große Chancen, aber auch Risiken. Wenn wir es nicht schaffen, rechtzeitig auf diese Erfordernisse zu reagieren, werden wir nicht reüssieren.

Hoher Landtag! Straße, Schiene, Wasserstraße, Telekommunikation: Niederösterreich muss neue Initiativen setzen. Niederösterreich muss verstärkte Anstrengungen unternehmen. Niederösterreich darf nicht ins Hintertreffen geraten. Handeln wir, Hoher Landtag, nicht für uns, sondern für die künftige Generation! Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Hinterholzer.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt nun Frau Abgeordnete Hinterholzer.

Abg. HINTERHOLZER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die guten, ja exzellenten niederösterreichischen Wirtschaftskennzahlen zeugen von einem positiven wirtschaftlichen Klima in unserem Bundesland. Die NÖ Wirtschaft verzeichnete in den letzten Jahren Zuwächse, die immer über dem Bundesdurchschnitt lagen. So wuchs die österreichische Wirtschaft im Jahr 1998 um 3,2 Prozent, während in Niederösterreich ein Wachstum von 3,4 Prozent verzeichnet werden konnte. Der Beschäftigungszuwachs lag im letzten Jahr in jedem Monat weit über dem Bundesschnitt. Mit 526.000 Beschäftigten im Vorjahresschnitt wurde ein absoluter Höchststand an unselbständig Beschäftigten in Niederösterreich erreicht. Und letztlich konnte vor wenigen Tagen die Wirtschaftskammer die stolze Zahl von 67.000 Mitgliedern in Niederösterreich verkünden. Der Zuwachs an Selbständigen betrug im Jahr 1999 in Niederösterreich 4,1 Prozent, während im Bundesschnitt nur ein Zuwachs von 2,8 Prozent zu verzeichnen war. Stolze Zahlen, über die wir uns freuen können und die ein untrügliches Zeichen dafür sind, dass man in dieses Bundesland als Wirtschaftsstandort Vertrauen setzt und mit Mut Investitionen in die Zukunft tätigt.

Niederösterreich hat es geschafft, von der ökonomischen Normalspur auf eine Überholspur zu wechseln. Neben dem Vertrauen in die Rechtssicherheit und in eine gute Verwaltung nennen Niederösterreichs Unternehmer in Befragungen vor allem den Beitritt zur EU und die örtliche Nähe zu den Hoffungsmärkten des Ostens als eine besondere Standortqualität. Der Faktor Zeit wird in unse-

rem schnelllebigem Wirtschaftsgefüge immer wichtiger. Was heute noch hoch aktuell ist, kann morgen bereits überholt sein. Auf Initiative unseres Wirtschaftslandesrates Gabmann ist in den letzten Jahren ein richtiger Quantensprung, was die Beschleunigung von Betriebsanlagenehmigungsverfahren anlangt, geglückt. Rund 80 Prozent aller betrieblichen Genehmigungsverfahren werden heute in unserem Bundesland in weniger als 12 Wochen erledigt.

Globalisierung und Standortkonkurrenz sind heute die neuen Schlagworte in der Wirtschaftspolitik. Beim globalen Wettbewerb ist nicht nur die Konkurrenz zwischen den Unternehmen auf dem Weltmarkt gemeint, sondern auch jene der Staaten und Regionen um die Betriebsansiedlungen. Der Wettbewerb, dem wir uns zu stellen haben, ist härter geworden und verlangt hinsichtlich der Anforderungen an einen Unternehmensstandort immer mehr. Der Erfolg eines Standortes ist daher auch eine Frage der Logistik, wie internationale Studien eindeutig zeigen. Österreich, und gerade der Osten mit Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, liegt am Schnittpunkt transeuropäischer Verkehrswege und hat daher einen gewaltigen Standortvorteil, den es weiter auszubauen gilt.

Mit Wien-Schwechat hat die Region einen renommierten Flughafen, der noch dazu einer der wenigen ist, die 24 Stunden täglich angefliegen werden können. Mit der Donau verfügt Niederösterreich über eine an Bedeutung gewinnende Wasserstraße. Und durch den Ausbau der Donauhäfen in Krems und in Enns-Ennsdorf und den angeschlossenen Industrieparks hat die Landesgesellschaft ECO-PLUS rechtzeitig die richtigen Weichen gestellt um den Wasserweg als einen Verkehrsweg der Zukunft vernünftig nutzen zu können.

Die Lösung der Verkehrsproblematik mit dem zunehmenden Güterverkehr, auch aus unseren östlichen Nachbarstaaten, wird nur in einer optimalen Vernetzung von Straße, Schiene, Wasser- und Luftweg zu finden sein. Sinnvoll und zielführend ist daher ein Miteinander und ein gegenseitiges Ergänzen aller hochrangigen Verkehrsverbindungen. Noch im Vorjahr war im Masterplan des Herrn Ex-Verkehrsministers von dieser geforderten Ausgewogenheit allerdings nichts zu merken. Dem Ausbau des Schienennetzes wurde gegenüber dem Straßenbau eine massive Vorzugsstellung eingeräumt. *(Abg. Kautz: Gottseidank! - Beifall bei Abg. der SPÖ.)*

Unser Landeshauptmann hat sich aber in seiner Funktion als Landesverkehrsreferent von diesem Ministervorhaben nicht beirren lassen und

durch das 15-Milliarden-Straßenpaket den weiteren Ausbau unseres hochrangigen Straßennetzes in Niederösterreich, Herr Klubobmann, wie ich glaube, auch sichergestellt. (*Abg. Kautz: Wo steht das geschrieben, dass wir das Geld bekommen?*)

Den Bedenken der Sozialdemokratischen Partei über die Ausfinanzierung kann man entgegen halten, dass mit der Novelle zum Bundesstraßengesetz vom 19. August 1999 und mit einem Ministerratsbeschluss vom 15. Juni auf Bundesebene bereits die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen geschaffen wurden. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kautz: Wer hat das? Wo steht das?*)

Durch die Einführung des Lkw-Road-Pricings im Jahr 2002 und die zusätzlichen Einnahmen aus der Autobahnvignette werden daher zusätzlich 5 Milliarden Schilling jährlich für den Ausbau von Straßen zur Verfügung stehen. Niederösterreich hat auf Grund seiner geopolitischen Lage, jahrzehntelang bis 1989 am Eisernen Vorhang, einen gewaltigen Nachholbedarf an leistungsfähigen überregionalen Verbindungen, vor allem im Grenzbereich. Alle, die hier im Saal sitzen, sind daher aufgefordert, ihren Teil dazu zu leisten, damit für das Ausbauprogramm in den nächsten Jahren jährlich von diesen 5 Milliarden 1,5 Milliarden nach Niederösterreich fließen können. Wir glauben, dass es dadurch möglich ist, dieses 15-Milliarden-Straßenpaket zu finanzieren. Und es ist nicht notwendig, Herr Klubobmann Sacher, den Bürgern zusätzliches Geld durch eine Verkehrsanleihe aus der Tasche zu ziehen. (*Beifall bei der ÖVP und Abg. Dkfm. Rambossek. – Heftige Unruhe bei der SPÖ.*)
Ich weiß es wie man eine Anleihe zeichnet.

Die Durchführung wichtiger Straßenbauvorhaben, wie der Ausbau der Nordautobahn, die Wiener Nordostumfahrung und die Waldviertler Schnellstraße sind ein wichtiger Meilenstein zur Umsetzung des Fitnessprogramms in unserer Grenzregion, an unserer letztlich 414 Kilometer langen EU-Außengrenze. Je schneller und je zügiger diese Ausbauprojekte umgesetzt werden können, umso besser wird Niederösterreich auf die kommende EU-Osterweiterung, die eines Tages sicher kommen wird, vorbereitet sein. Als Mandatarin des westlichsten Bezirkes begrüße ich natürlich den dreispurigen Ausbau der Westautobahn mit Pannenstreifen, mit dem bereits im März zwischen Amstetten und Haag und bei Erlauf begonnen wird. Kein Verständnis kann ich daher der Ablehnung für die Adaptierung des Landesverkehrskonzeptes in der Landesregierung entgegen bringen. Nur mit der lapidaren Begründung, man habe noch Ergänzungswünsche und der öffentliche Verkehr würde fehlen - konkret werden diese Maßnahmen nicht einmal benannt - ein derartiges Programm abzu-

lehnen, dafür kann man eigentlich nur Unverständnis aufbringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zu hoffen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, bleibt allerdings, dass diese Ablehnung ein einmaliger polemischer Ausrutscher war und dass sich die SPÖ wieder zu einer konstruktiven Mitarbeit einfindet und ihren Oppositionskurs auf Bundesebene nicht auch auf den Landtag überträgt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben den Verkehrswegen ist auch der Ausbau von flächendeckenden, leistungsfähigen Telekommunikationsnetzen eine absolute Notwendigkeit. Die Abwicklung von Geschäften über Internet und Vermarktungssysteme wie E-Commerce sind immer stärker im Kommen und verlangen nach immer mehr Leistungsfähigkeit der Netze. Nicht nur in den Ballungsräumen, auch in den peripheren Gebieten. Auch in diesem Bereich ist Niederösterreich auf dem richtigen Weg. Denn mit Hilfe der NÖKOM wurden zum Beispiel alle Bezirkshauptstädte mit einem Glasfasernetz, über welche auch eine Breitbandkommunikation möglich ist, versorgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wären die innovativsten Betriebe und die bestens ausgestatteten Standorte ohne motivierte und gute, geschulte Mitarbeiter. Die Mitarbeiter sind das größte Kapital eines Unternehmens. Wenn wir uns daher im harten Wettbewerb bewähren, wenn wir da bestehen wollen, müssen wir unsere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten immer wieder neu überarbeiten und überdenken. Niederösterreich kann auf ein breit gefächertes, gutes Schulsystem verweisen und auch das duale Ausbildungssystem bei den Lehrlingen gehört weltweit zu den besten, was durch Auszeichnungen immer wieder bewiesen wird. Ein wichtiger Themenbereich zur Verbesserung der Standortqualität wird sicherlich auch die geplante Technologieoffensive des Landes Niederösterreich sein. Wissen ist in unserer Informationsgesellschaft bereits zum Produktionsfaktor Nummer 1 geworden. Je schneller neue Entwicklungen und Erkenntnisse aus der Forschung und aus der Wissenschaft den Betrieben zur Verfügung gestellt werden können, um so größer kann der Nutzen sein, der daraus erwirtschaftet werden kann. Eine möglichst enge Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist daher unbedingt anzustreben. Der Ausbau eines flächendeckenden Netzes an regionalen Innovationszentren ist daher ein erster richtiger und zielführender Schritt in diese Richtung.

Meine Damen und Herren! Im harten Wettbewerb um Wirtschaftserfolge und Standortqualitäten muss aber auch in Zukunft der Mensch und seine

Bedürfnisse das Maß aller Dinge sein und im Mittelpunkt stehen. Für das Wohlbefinden und die Lebensqualität darf nicht nur das vorhanden sein, was Technik und Fortschritt über lassen. Es gilt daher auch im besonderen Maß die Infrastruktur zum Wohlfühlen in diesem Bundesland weiter auszubauen. Im Besonderen meine ich daher die Bereiche Familie, Umwelt, Gesundheit, Freizeit und Kultur. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele Aufgaben, die in dieser spannenden Zeit der raschen Veränderungen auf uns warten. Wir sollten sie mit Mut und Zuversicht angehen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzler.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Abgeordnete Hinterholzer, du hast einen Teil deiner Rede vergessen. Sie war nicht so weltbewegend, dass ich sie mir mitnehme. Ich lasse sie da liegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Infrastruktur in Niederösterreich“. Bevor ich zu meinen Ausführungen komme, möchte ich wirklich zu dir, Frau Kollegin Hinterholzer etwas sagen. Wir sind auf der Überholspur in Niederösterreich, wortwörtlich. Ich habe hier eine Aussendung vom heutigen Tag, Wirtschaftskammer: 1999 241 Betriebe in Konkurs oder Ausgleich. Niederösterreichs Gewerbebetriebe mussten im Vorjahr in Konkurs gehen oder den Ausgleich anmelden. Das ist neuer Pleitenrekord. Und jetzt aber, was ein Wirtschaftskammerfunktionär sagt, ein Wirtschaftskammerfunktionär eurer Partei. Das ist nämlich hoch interessant für den Standort Niederösterreich: Von Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt. Die schlechte Baukonjunktur ist aber nicht der einzige Grund für den Pleitenrekord im letzten Jahr. Allgemein klagen Niederösterreichs Gewerbebetriebe über eine schlechte Geschäftslage. Man sei von der übrigen Wirtschaftsentwicklung fast abgekoppelt, sagt Kurt Trnka, Vertreter der Gewerbebetriebe in der Wirtschaftskammer. Das heißt, wir Niederösterreicher schaffen es nicht einmal, die guten Wirtschaftsdaten des Bundes zu erreichen. Und dann stellt man sei her als ÖVP-Politiker und sagt, man sind auf der Überholspur. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich komm' schon dazu. Es funktioniert viel in dem Land. Aber bitte, tun wir uns da nicht herstellen und alles mit der rosa Brille betrachten. Und fünfmal sagen, der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll macht es schon. Nein, so ist es nicht!

Und jetzt zur Aktuellen Stunde. Herr Klubobmann Sacher! Ich lass euch schon in Ruhe, lasst mich bitte da zur Aktuellen Stunde kommen. *(Heiterkeit und Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Klubobmann Sacher! Ich habe mir wirklich ein bisschen mehr erwartet von dieser Aktuellen Stunde. Da stellt man sich her... *(Abg. Sacher: Das kommt ja noch!)*

Du bist der Begründer dieser Aktuellen Stunde. Ich habe wirklich teilweise nicht folgen können, was ihr wollt. Du sagst, du willst das Straßenbaupaket, gleichzeitig stimmen eure Regierungsmitglieder dagegen. Mit dem Grund, weil das nicht gemacht ist. *(Heftige Unruhe bei der SPÖ.)*

Nein. Also ich verstehe es nicht. Und eines muss man schon auch sagen. Da stellt sich ein SPÖ-Klubobmann her und sagt, es ist die Finanzierung dieses Straßenbaupaketes nicht gesichert'... *(Neuerlich heftige Unruhe bei der SPÖ.)*

Ja, weil ihr 30 Jahre den Finanzminister gestellt habt. Das ist doch die Wahrheit! *(Beifall bei der FPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Im Finanzministerium einen Scherbenhaufen hinterlassen habt. Wie der neue Finanzminister in das Ministerium gegangen ist, sind die Gemeindearbeiter mit den letzten Sackerln hinaus, was ihr alles in die Müllverbrennung geführt habt, an Akten vernichtet worden ist. Das ist die Wahrheit! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und es muss sich eine neue Bundesregierung erst die Zahlen zusammen suchen, weil der Herr Edlinger sein Finanzministerium nicht ordnungsgemäß übergeben hat. Das sind die Fakten. Und daran kommen wir nicht vorbei! *(Nach wie vor Unruhe im Hohen Hause.)*

Und dann kann man nicht sich da herstellen als SPÖ-Politiker und sagen, die Finanzierung ist nicht gesichert. Also ich gratuliere, das muss ich schon sagen. Diesen Spagat zu schaffen, das ist wirklich ein Traum. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nächster Punkt: Dann regt ihr euch auf in Niederösterreich. Über 50 Jahre seid ihr Koalitionspartner der ÖVP – bedingungslos! *(Heiterkeit und Unruhe im Hohen Hause.)*

Über 50 Jahre! Obwohl es das in unserer Verfassung gar nicht brauchen würde. Weil bei uns sowieso ab der Stärke jeder in der Regierung mitmachen kann. Nein, ihr seid der Partner, auch der Wechsel an der Klubspitze hat damit überhaupt nichts zu tun. Ihr spielt da nicht die Beleidigten, rücken wir noch ein bisschen mehr zusammen. Also, sich da herstellen als SPÖ-Klubobmann und sagen, dem Land geht es auch schlecht, also bitte, da seid ihr mit dabei. Das nimmt euch, glaube ich,

niemand ab. Ich glaube, es ist das Ganze, auch diese Abstimmung in der Landesregierung parteipolitisches Theater. Ihr versucht, irgend welche Kernschichten für euch zu mobilisieren, zum Beispiel vielleicht die Eisenbahner. *(Heiterkeit und Unruhe bei der SPÖ.)*

Es steht ja drinnen: Ja zum Straßenpakt, aber mehr für die Schiene, und so weiter. Ich erkenne schon, was da dahinter steckt. Wir, unser Regierungsmitglied hat sein Ja zum Straßenpaket gegeben. Ich glaube, dass euer Nein schlecht ist für dieses Land, wenn ihr die Mehrheit gehabt hättet. Ich glaube, es ist wirklich schlecht. Man muss jetzt schauen, dass man diese nötigen Verkehrsverbindungen schafft. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Ihr habt euch das erste Mal seit 20 Jahren irgendwo dagegen zu stimmen getraut und jetzt seid ihr stolz darauf. Aber ich glaube, es war nicht der richtige Punkt.

Man muss bei diesen Straßenbaumaßnahmen sicher auch die Arbeitsplatzproblematik sehen. Sollten diese Vorhaben umgesetzt werden - und da sitzt ihr als ehemalige Arbeiterpartei - sollten diese Vorhaben umgesetzt werden, schafft das ja Arbeitsplätze. Und vorher bei dem Zitat, mehr als hundert Betriebe in der Bauwirtschaft sind in Konkurs gegangen: Das kann doch bitte einer Arbeiterpartei nicht egal sein. Da ist, glaube ich, der Ansatz falsch.

Ich gebe euch insofern recht, dass man selbstverständlich das Thema U-Bahn, das du kurz angerissen hast, weiter betreiben muss. Das ist auch ein bisschen doppelzünftig, wenn ich jeden Tag in der Zeitung lese, dass ein ÖVP-Politiker die U-Bahn nach Mödling verlängern will - jetzt sind wir schon in Schwechat, wir kommen bald überall hin. Wir haben gesagt, Mödling, aber auch Richtung Westen bis an die Stadtgrenze, um hier für die Niederösterreicher etwas zu machen. Weil mit der Situation durch das Parkpickerl ist es für unsere Pendler wirklich schwer. Hier muss der Verkehrsreferent sofort Verhandlungen aufnehmen mit dem Bürgermeister von Wien. Da seid ihr wieder gefordert, dass man hier, glaube ich, etwas zustande bringt.

Aber auch bei der Schiene ist es nicht rosig. Ein Beispiel: Krems-St. Pölten-Lilienfeld. So lange ich in diesem Landtag bin, wird geredet. Jetzt fängt man schön langsam an. Sicher um zehn Jahre zu spät. Das betrifft alle, die, glaube ich, hier verantwortlich sind.

Aber Infrastruktur heißt für mich nicht nur - ich glaube, das Thema hätte heißen müssen „Verkehrspolitik in Niederösterreich“ - Infrastruktur ist nicht nur Verkehr. Dieser Standort hat auch so eini-

ges zu leiden. Wenn ich mir anschau, und das werden wir uns auch genau anschauen wie das ist bei der Telekom: Dass wir heute noch nicht in der Lage sind, in Niederösterreich ein flächendeckendes Handynetz zu haben. Das ist für einen internationalen Standort einfach nicht tragbar. Das gibt es in keiner Bananenrepublik mehr, dass so etwas passiert.

Man fährt ins Weinviertel 'rauf - Weinviertel-Abgeordnete sind da - und da reißt ein Gespräch fünfmal ab. Das ist wirklich nicht tragbar. Und hier muss die Telekom handeln. Vielleicht wird das besser, wenn wir diese Telekom privatisieren. Ich weiß es ja nicht, aber es ist vielleicht ein Ansatz. Aber für mich ist Infrastrukturpolitik eine Standortpolitik. Und da gehört das eben auch dazu. *(Abg. Kautz: Aber das gilt für One und Connect und die anderen auch wie für Telekom.)*

Die anderen sind privat. *(Abg. Kautz: Ja, aber auch der private Betreiber ist zu verpflichten!)*

Ich kann dem Geschäftsführer von Connect nicht sagen, wo er seinen Mast aufstellen soll. Aber dort, wo der Staat beteiligt ist, haben wir gefälligst den Auftrag, als Politiker unsere Verantwortung wahrzunehmen. Oder? *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich meine, so sehe ich das. *(Abg. Kautz: Sind Sie für oder gegen Privatisierungen! Auch der Private hat sich dem Standard zu verpflichten!)*

Na selbstverständlich bin ich für Privatisierungen. Das sieht man ja, wohin uns die Verstaatlichten-Politik geführt hat. Das sieht man doch jetzt an den Budgetzahlen. Und ich glaube, dass es viel zu spät ist, dass wir mit den Privatisierungen anfangen.

Aber ich habe noch ein Beispiel, das auch zur Standortpolitik gehört. Das sind die Ereignisse der letzten Tage, was sich am Strommarkt abspielt. Da kommt ein neuer Wirtschaftsminister, sagt, wir wollen, wie das im Koalitionsübereinkommen auch steht, mit 2001 den Strommarkt total liberalisieren. Sieben Landesgesellschaften sagen, das geht. Die EVN und Wienstrom sagen, das geht nicht. Wenn ich mir die Begründung durchlese, dass die Kundenverrechnungen so schwierig sind und man drei Jahre braucht, dass man das umstellt, wo man einen Tarif im Computer umstellen muss, dann kann ich das nicht mittragen. Und hier sind auch die Verantwortlichen gefordert, etwas zu tun. Das heißt, der Strompreis muss 'runter, eben durch diese Totalliberalisierung ab 2001 und nicht ab 2003. *(Abg. Kautz: Der Finanzminister Grassler sagt, er braucht 10 Prozent mehr Steuern! Eine Stromsteuer gibt's!)*

Es gibt eine Leitungsabgabe, die leicht durch die Liberalisierung abzudecken ist. Das ist Propaganda, Herr Kollege Kautz. Das ist Propaganda! Das ist durch die Liberalisierung leicht zu machen.

Herr Präsident! Bitte, ziehen Sie mir die Zwischenrufe des Herrn Abgeordneten Kautz von der Zeit ab. Das kostet mich so viel wertvolle Redezeit. *(Heiterkeit und Unruhe im Hohen Hause.)*

Damit bin ich schon beim Letzten, und das ist der Blick in die Zukunft. Ich glaube, dieses Land muss auf die Überholspur. Es ist nicht auf der Überholspur, aber es muss auf die Überholspur! Und dafür sind alle Parteien hier gefordert. Und das geht nur, wenn wir in neue Technologien investieren. Wir müssen, ich habe das bei der Budgetdebatte schon gesagt, wir müssen die Technologiemilliarde im NÖ Budget einplanen. Ich sage ein Beispiel zur Standortpolitik: Stadt St. Pölten. Das ist eine klassische Industriestadt, wo man nicht geschaut hat dass man in neue Technologien geht. Und jetzt sieht man, bei der Voith, in allen diesen Betrieben werden laufend Mitarbeiter abgebaut. Und der Standort St. Pölten ist ein schlechter Standort. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich bin schon fertig. Zum Schlusssatz: Und darum, glaube ich, müssen wir in die Infrastruktur, in die Technologie gehen. Eine Technologiemilliarde schaffen. Wir sind dazu bereit. Ich glaube, wir haben eine große Chance in Niederösterreich. Wir dürfen nur eines nicht: Verschlafen wir nicht die Zukunft, denn sonst kommen wir nicht auf diese Überholspur. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und LR Mag. Sobotka.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages!

Nachdem, wie festgestellt werden konnte, ja seitens des Herrn Präsidenten ein Abzug betreffend der Redezeit auf Zwischenrufe nicht möglich ist und in Anbetracht all dessen, was heute vorzutragen ist, muss ich mich auf manche Zwischenrufe beschränken.

Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen, halbe Sache, halbes Engagement, Niederösterreichs Verkehrspolitik droht in ein Fiasko zu stürzen. So oder ähnlich könnten aktuelle Schlagzeilen in den Zeitungen über Niederösterreichs Verkehrspolitik unter dem verantwortlichen Landesverkehrsreferenten Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll lauten. Weit entfernt, meine Damen und Herren, sind wir nicht mehr von solchen Schlagzeilen. Wie man aus den Medien der vergangenen Woche erfahren konnte, hat sich das viel gerühmte 15-Milliarden-Straßenbauprojekt in Niederösterreich in Luft aufgelöst. Die Tageszeitung „die Presse“ schreibt, dass es derzeit keine Anzeichen gibt, dass der 15-

Milliarden-Schilling-Pakt zum Umbau und Ausbau des NÖ Straßennetzes auch umgesetzt wird. Die Bundesstraßenbaugesellschaft ASFINAG umschreibt die Problematik vielleicht noch etwas treffender. Die ASFINAG als Finanzier hält die Pläne des Landes für ein sogenanntes „Wunschkonzert“, ist in der gleichen Ausgabe zu lesen.

Meine Damen und Herren! Wer nur halbe Sachen macht, muss sich auch damit abfinden, dass er auch nur halbe Sachen bekommt. Ein wahres Fiasko für Niederösterreich, was vor wenigen Tagen auch Landesverkehrsreferent Landeshauptmann Dr. Pröll bestätigen musste. Das von der ÖVP so propagierte 15-Milliarden-Paket ist leider nicht existent. Dies bestätigte Landesverkehrsreferent Dr. Pröll im Rahmen einer Anfragebeantwortung an den NÖ Landtag. Da kein unterschriebenes Paket vorhanden ist, verweist der Landesverkehrsreferent zumindest auf das sogenannte Bundesstraßengesetz, in welches mit einer Novelle vergangenes Jahr verschiedene Straßenzüge aufgenommen wurden. Das Wirtschaftsministerium selbst hält aber fest, dass die Aufnahme bestimmter Ausbaumaßnahmen in das Bundesstraßengesetz keine definitive Umsetzung bedeutet. Meine Damen und Herren! Dies bedeutet schlichtweg, dass es weder eine unterschriebene Vereinbarung gibt, noch die Zusicherung des Bundes. Große Versprechungen, nichts dahinter! Halbe Sachen, keine Realisierung. So sieht derzeit die Verkehrspolitik in Niederösterreich aus.

Der politischen Willenserklärung müssen endlich auch Taten folgen, meine Damen und Herren. In den kommenden zehn Jahren muss auf eine Umsetzung der geforderten Maßnahmen hingearbeitet werden. Denn die NÖ Verkehrspolitik verlor in den letzten Jahren an Dynamik, und ich behaupte sogar, dass die Ostregion zehn Jahre verschlafen hat. Und eine Studie, meine Damen und Herren, übrigens von der Österreichischen Volkspartei in Wien in Auftrag gegeben, ortet sogar schwere Anpassungsmängel an die neue, durch die Ostöffnung entstandene Ära sowie dass einmal versäumte Chancen und daraus resultierende Entwicklungsrückstände nicht mehr aufgeholt werden können. Was ebenfalls als äußerst besorgniserregend bezeichnet wird. Wir Sozialdemokraten setzen daher auf eine Politik der Verwirklichung anstatt der schriftlichen Verwahrung.

Meine Damen und Herren! Heute ist bereits über die am vergangenen Dienstag in der NÖ Landesregierung beschlossene Ergänzung des Landesverkehrskonzeptes gesprochen worden. Ergänzung ist vielleicht eine zu hohe Ehre für dieses sogenannte mangelhafte Schriftstück. In der soge-

nannten Ergänzung fehlen völlig, wie bereits erwähnt von Herrn Klubobmann Sacher, öffentlicher Verkehr, Ausbaumaßnahmen der Schieneninfrastruktur, Wasserstraßen und viele wichtige Straßenausbauvorhaben in den Regionen in Niederösterreich.

So wurde seitens des NÖ Landesverkehrsreferenten auf den öffentlichen Verkehr und den Ausbau, auf die Attraktivierung der Schiene völlig vergessen. Keine Rede mehr davon, dass der NÖ Landtag vergangenes Jahr einen Antrag über die Verlängerung der Wiener U-Bahn in das Umland nach Niederösterreich beschlossen hat. Keine Rede mehr davon, dass wichtige Bahnstrecken ausgebaut oder beschleunigt werden sollen. Keine Rede mehr davon, dass weitere Park and ride-Plätze entstehen sollen um den Pendlern das Umsteigen auf die Bahn schmackhafter zu machen.

Was ist ein Landesverkehrskonzept ohne wichtige Nahverkehrsausbaumaßnahmen für die Regionen? Die ÖVP hat sich offensichtlich von der Forderung nach einer Tarifvereinfachung in der Ostregion und von der Verbilligung der öffentlichen Verkehrsmittel verabschiedet. Keine Rede mehr von den Forderungen nach einer Ausweitung der VOR-Kernzone, damit der Berufsweg für hunderttausende Pendlerinnen und Pendler aus Niederösterreich billiger wird. Die Aufzählung ließe sich noch weiter fortsetzen, meine Damen und Herren. Allerdings, würde ich allen Versäumnissen nachkommen beim öffentlichen Verkehr, würde das meine Redezeit weit, weit sprengen. Meine Damen und Herren seitens der Österreichischen Volkspartei! Wie wollen Sie den Menschen in den Gemeinden und in den Regionen denn erklären warum sie plötzlich wichtige regionale und überregionale Ausbaumaßnahmen nicht mehr für wichtig erachten?

Das NÖ Landesverkehrskonzept dient zu detaillierten Positionierungen des Landes gegenüber dem Bund. Diesem Erfordernis hat der verantwortliche Verkehrsreferent mit seiner äußerst mangelhaften Ergänzung weder entsprochen noch hat er Niederösterreich noch der verkehrsgeplagten Bevölkerung einen guten Dienst erwiesen. Was wir jetzt haben ist weiterhin ein verkehrspolitischer Torso. Ohne Erleichterung für die Gemeinden, ohne Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Ohne eine in Zukunft gerichtete Verkehrsplanung für Niederösterreichs wirtschaftlichen Standortqualität. Wir können den Menschen in den Regionen nicht sagen, wann sie ihre berechtigten Erleichterungen bekommen. Wir können ihnen nur sagen, dass der Herr Landesverkehrsreferent zwar viel versprochen hat, aber einhalten kann er es sicher nicht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und damit bleibt der schale Nachgeschmack, meine Damen und Herren, geplatzter ÖVP-Wahlkampfversprechungen. Und die Sicherheit, dass Niederösterreich weiterhin um den raschen Ausbau seiner Infrastruktur kämpfen muss. Wir Sozialdemokraten werden uns weiterhin dafür einsetzen. Denn Versäumnisse der Vergangenheit müssen so rasch als möglich bereinigt werden.

Auf den für die Wirtschaft besonders wichtigen Bereich der Wasserstraße wurde gleich völlig vergessen. Die Vernetzung der Häfen mit Straße und Schiene und die Aufnahme des Donau-Oder-Elbe-Kanales als vorausschauende Zukunftsperspektive war den Planern nicht einmal eine Erwähnung wert. Offensichtlich hat aber die Vernunft über populistische Rundumschläge gesiegt, was den Beitritt zum Verein Donau-Oder-Elbe-Kanal anbelangt. Aber auch hier bedurfte es, meine Damen und Herren, mehrerer Anläufe von uns Sozialdemokraten, bis sich die ÖVP durchringen konnte, diesem Antrag zuzustimmen, diesem Verein beizutreten.

Zusammenfassend kann ich feststellen: Nichts ist gesichert! Weder Umsetzung noch Finanzierung noch Baubeginn. Und die Regionen müssen weiter auf wichtige Infrastrukturvorhaben warten. Anstatt Wunschkonzerte zu spielen, sollte sich der verantwortliche Verkehrsreferent endlich einmal durchringen, Nägel mit Köpfen zu machen. Wir brauchen keine geplatzten Seifenblasen, sondern eine gesicherte Vereinbarung mit dem Bund zum Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur. Wir brauchen keine leeren Kilometer, sondern stichhaltige und gesetzlich abgesicherte Vereinbarungen. Wir brauchen keine bloße Fortschreibung des Landesverkehrskonzeptes mit sehr mangelhaften Ergänzungen, sondern wir brauchen einen zukunftsfähigen Entwurf eines Verkehrskonzeptes für die gesamte Ostregion. Dieses Konzept muss sich an der Siedlungspolitik, der Raumordnung, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, den Standortqualitäten und vor allem an den Wünschen der Menschen in den Regionen orientieren. Wir brauchen kein tägliches Stauchaos auf den Haupttransitrouten und keine populistischen Meldungen über „gute Tunnels“ und „schlechte Tunnels“. Meine Damen und Herren! Wir brauchen Glaubwürdigkeit und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für die Regionen, für die Gemeinden, für die Wirtschaft. Wir brauchen Zukunft für unser Land und die Menschen, die sich zu Recht erwarten, dass die Politik vorausdenkt. Dass die Politik aktiv agiert anstatt nur auf bereits jahrelange Probleme zu reagieren.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen Zukunft für unser Land! Davon sind wir aber doch viele, viele Meilen entfernt. Handeln wir, meine

Damen und Herren, nicht für uns, sondern für die künftigen Generationen unseres Heimatlandes Niederösterreich! Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute das Thema Infrastruktur. Ein derart umfangreiches Thema, dass wir wahrscheinlich längere Zeit hier diskutieren könnten, und wir hätten das Land Niederösterreich in keinsten Weise umfassend erwähnt.

Ich möchte aber vielleicht auch zu dem Verkehrskonzept und zu den Ergänzungen etwas sagen. Hier wurde vom Verkehrssprecher der SPÖ die Beamtenschaft, aber auch natürlich Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll in einer Form angesprochen, die man zurückweisen muss. Und zwar in der Form, dass sehr viel geschehen ist. Nicht nur an Konzepten, sondern auch an Umsetzung. Vielleicht hat der Verkehrssprecher der SPÖ diese Broschüre oder diese Ergänzungen nicht gelesen, wo sehr viel auch drinnen steht, was in dieser Zeit hier schon umgesetzt wurde.

Ich erinnere zum Beispiel nur, und wir haben das noch nicht allzu lang hier diskutiert, an den sogenannten Masterplan von einem längst vergangenen Verkehrsminister Einem über ein 300-Milliarden-Ding, wo zum Beispiel nur der öffentliche Verkehr vorgekommen ist und in keiner Form der Straßenverkehr, in keiner Form Niederösterreich hier vorgekommen ist. *(Abg. Sacher: Für den war er auch nicht zuständig!)*

Man hat hier die Verkehrslawine aus dem Osten und aus dem Norden vollkommen negiert und war einäugig in all diesen Ansichten. Und ich habe mich ein bisschen gewundert, als ich jetzt in den Medien eigentlich Kritik über dieses neue Ergänzungspaket gehört habe. Es gibt Kritik über den Ring um Wien, über die Nordautobahn und all diese Dinge. *(Abg. Muzik: Das stimmt ja nicht! Das stimmt in keiner Weise!)* Und auf der anderen Seite, wenn man dann im Bezirk draußen ist, ist man sehr wohl dafür. Das ist eine Doppelzüngigkeit, die ich ablehne! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Muzik: Das ist eine Unterstellung!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 1998 schon hat Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll das Fitnessprogramm ins Leben gerufen. Und eine der Maßnahmen war eine Fortentwicklung, eine Weiterentwicklung für Maßnahmen der hochrangigen Verkehrsinfrastruktur. Wir wissen alle, dass sicher auch ein hochrangiges Schienennetz vorhanden sein muss. Aber wer die Regionen Niederösterreichs kennt, der weiß sehr wohl auch, dass das Straßennetz uns verbinden wird in Zukunft. Ein hochrangiges Straßennetz, das man nicht von vornherein hier ablehnen kann durch Blockaden oder durch Bremsen von diversen Beschlüssen. Denn wir wissen ganz genau, dass gerade der Standort gesichert wird durch entsprechende Straßen, durch entsprechende Autobahnen. Wir können das ohne weiters beweisen. Wie schwierig es zum Beispiel im Norden unserer Region, wo wir überhaupt keine Autobahnen haben, ist, einen Betrieb dort hin zu bekommen. Wenn Sie sagen, wir wollen das nicht, dann ist das bitte auch eine Entscheidung gegen den Standort. Und auch gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

1998 hat die Planungsgemeinschaft Ost ein gemeinsames Verkehrskonzept erstellt, bitte. Ein gemeinsames Verkehrskonzept! Und daher wundere ich mich und bin verwundert, dass man jetzt gegen schnelle Entscheidungen ist. Zum Beispiel die Wiener Nordostrandstraße, die B 305, von der Lobau über Groß Enzersdorf, Deutsch Wagram und nach Leobendorf. Dort haben wir einen Anschluss an ein hochrangiges Straßennetz. Mich wundert es auch, dass man die Nordautobahn hier blockieren will. Und zwar obwohl das im Bundesstraßengesetz vorhanden ist. *(Heftige Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Muzik: Das ist wieder eine Unterstellung! Wir drängen darauf, dass das schnell realisiert wird!)*

Es hat hier - die Beamten sind schneller als die SPÖ bitte - es hat hier schon diesbezüglich Besprechungen gegeben mit Tschechien, dass in diesem Bereich die Übertritte schon geregelt sind und so weiter. Also ich glaube, das sollte man in den Vordergrund stellen, dass hier sehr schnell etwas geschieht. Und nicht, wie der Verkehrssprecher der SPÖ gesagt hat, wir reden nur davon, sondern es wird auch gehandelt in Niederösterreich.

Mich wundert es auch, dass man nichts wissen will von der Weinviertler Straße, der B 303, mit den

notwendigen Umfahrungen. Mich wundert es auch, dass man nichts wissen will von einem Ausbau der B3 mit einer Verbindung des Weinviertels - und jetzt darf ich bitte auch für mich sprechen, für meine Region sprechen -, damit wir in den Zentralraum nach St. Pölten kommen mit der Brücke von Traismauer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein täglicher Weg, oder nicht täglich, aber doch öfter in der Woche, führt nach St. Pölten. Aus dem Weinviertel. 27 Ortschaften, gezählte 27 Ortschaften muss man mit dem Pkw durchfahren. Das bedeutet natürlich auch für den öffentlichen Verkehr - und ich zähle da auch die Wiesel-Busse dazu - dass der genauso lang unterwegs ist. Und wenn jemand täglich pendeln muss, so sind das aus unserer Region zwei Stunden jeden Tag. Es sind dann noch die Anfahrtszeiten zu den einzelnen Wiesel-Bus-Haltestellen. Daher eine gewaltige Inkaufnahme, wenn man das Straßennetz hier nicht ausbaut. Und gerade du, Herr Abgeordneter Muzik, müsstest als Deutsch Wagramer jetzt schnell handeln und schauen, dass diese Beschlüsse schnell gemacht werden. Denn die B8 in Deutsch Wagram, die harret einer Erledigung. Und ich glaube, man sollte wirklich gemeinsam daran arbeiten.

Tatsache ist aber auch, dass wir im Norden und Osten einen Nachholbedarf haben. Und ich glaube, wenn hier Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll so drängt auf schnelle Beschlüsse, so ist es natürlich so: Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat hier auf schnelle Schlüsse gedrängt aus einem einfachen Grund: Es gibt eine neue Bundesregierung, und bei dieser Bundesregierung sollen wir uns nicht hinten anstellen mit unseren Wünschen, sondern Niederösterreich soll vorne mit dabei sein, damit wir all diese Maßnahmen umsetzen können! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn wir heute von den 15 Milliarden Schilling sprechen, dann sehen all diese Maßnahmen mit der sogenannten Nahverkehrs- und der Verkehrsanleihe der SPÖ sehr alt aus. Das können Sie mir schon glauben. Die SPÖ versteift sich in irgend einer Form auf Ausreden, die U-Bahn ist nicht dabei und so manche Dinge sind nicht dabei, und verzögert das. Aber ich glaube, man hat fast den Eindruck, dass Niederösterreich für die SPÖ in Niederösterreich beim Umland von Wien aufhört. Und dass an die Regionen draußen nicht so sehr gedacht wird.

Ich bin nicht gegen den öffentlichen Verkehr. Wir sind auch nicht gegen den öffentlichen Verkehr. Ich darf daran erinnern, dass gerade Niederösterreich sehr viel geleistet hat. Wir haben ein Paket

von 200 Millionen Schilling, das pro Jahr in den öffentlichen Verkehr, in die ÖBB vor allem, einfließt. Es gibt diese Doppelstockwaggons, die wirklich anerkannt sind und sehr gut angenommen werden. Die von Niederösterreich mitfinanziert werden. *(Abg. Jahrmann: Aber nicht auf der Westbahn bitte! Wo sind die auf der Westbahn?)*

Es gibt tausende Park and ride-Plätze, die wir geschaffen haben mit Hilfe der Niederösterreichern und Niederösterreichern. Und es gibt auch zum Beispiel in unserer Region den Ausbau der Schnellbahn S2 nach Laa, wo in Zukunft ein Viertelstundentakt nach Wolkersdorf kommen soll, ein Halbstundentakt nach Mistelbach und so weiter. Und dieser Ausbaupertrag, weil immer wiederum gesagt wird, es wurde nichts gemacht, ist, bitte, 1999 beschlossen worden. Und nächstes Jahr ist Baubeginn! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sage auch eines: Die ÖBB ist immer wieder unter Kritik gestanden bei den Pendlern, und das zu Recht. Ich habe es selbst erlebt. Einmal habe ich gedacht, fahre ich nach Innsbruck um ein bisschen auszuspannen bei der Fahrt und dort eine Sitzung zu einem gewissen Zeitpunkt sofort zu erreichen. Nicht möglich gewesen. Ich fahre alle drei Jahre einmal so eine längere Strecke mit dem Zug und außerhalb von St. Pölten ist gleich die Lok eingegangen. Man musste hier eine neue Lok holen. Oder - gestern bei mir an der Schule, Hauptschule Hohenau, ich unterrichtete in der ersten Stunde - Nordbahn - die Schüler kommen 40 Minuten verspätet. Und das fast jeden Mittwoch, wo ich an der Schule bin. Das sind natürlich Dinge, die nicht sehr erfreulich sind. Das müssen die Pendler büßen draußen in der Region. Das müssen alle anderen büßen. *(Unruhe bei Abg. Keusch.)*

Und jetzt gehört es bitte schon dazu, dass wir schnellere Verbindungen hier schaffen sollten. Das heißt, Niederösterreich hat hier Vorleistungen erbracht. Aber ich glaube, die ÖBB sollte hier schnell handeln. Nur eines: Auch hier gibt es einen Nachholbedarf. Wir dürfen ja nicht vergessen, dass die ÖBB zeitweise so geführt wurden, als würde es die Gewerkschaft managen, dieses Unternehmen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Denn eines ist bitte schon, dass in der Vergangenheit hier sehr viele Versäumnisse waren. Und wenn wir von der ÖBB sprechen, so gibt es auch den gewissen Güterverkehr. Und da komme ich auf dich, Herr Abgeordneter Sacher, zurück, Herr Klubobmann. Wo du gesagt hast, so und so viel tausend Tonnen sind mit dem Lkw unterwegs. Ich darf schon erwähnen, dass gerade die ÖBB es verabsäumt hat in der Vergangenheit hier ordentliche Maßnahmen zu treffen, dass der Güterverkehr sich nicht nur auf der Straße bewegt, sondern auch auf die Schiene gestellt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Redezeit ist vorbei. Ich gehe nicht mehr auf das Projekt ein, wo du so schön abgebildet bist, Herr Abgeordneter, mit dem Donau-Oder-Elbe-Kanal. Das sind Zukunftsprojekte. Semmeringtunnel, das sind Zukunftsprojekte, die jetzt bitte nicht aktuell sind. *(Anhaltende heftige Unruhe bei der SPÖ.)* Die Pendler wollen jetzt rasche Handlungen, schnelle Entscheidungen. Und dafür steht die ÖVP Niederösterreich mit Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll an der Spitze. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als ich den Antrag gelesen habe, der heute zu debattieren ist, habe ich mir schon gedacht, das ist jetzt einmal etwas Neues: „Infrastruktur in Niederösterreich“. Ich habe schon überlegt, welche Infrastruktur ist denn gemeint? Ist vielleicht gemeint die ökologische Infrastruktur? Ist vielleicht gemeint die soziale Infrastruktur? Ist vielleicht gemeint die medizinische, die Gesundheitsvorsorge? Medizinische Infrastruktur? Ist vielleicht gemeint in Anlehnung an einen Antrag der Sozialdemokraten am heutigen Tage die Infrastruktur der Feuerwehren? Nein! Die Vorredner haben es ganz klar zum Ausdruck gebracht – es geht um die Verkehrsinfrastruktur. Und ich bin ja schon froh, dass die SPÖ zunächst einmal in der Landesregierung erstmals seit, ich glaube, ich weiß nicht wie vielen Jahrzehnten, tatsächlich für den öffentlichen Verkehr eingetreten ist. Und tatsächlich einmal versucht hat, die Verkehrspolitik des Herrn Landeshauptmannes und Verkehrsreferenten kritisch zu betrachten. Und das zeigt mir, dass da vielleicht doch Hopfen und Malz noch nicht ganz verloren sind. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Der Kern aber, und das habe ich, der Kern, lieber Kollege Nowohradsky, der Angelegenheit ist dennoch die Transitautobahnpolitik der Landesregierung, die wir kritisch durchleuchten möchten und müssen.

Dieses Autobahntransitprojekt, dieses sogenannte 15 Milliarden-Paket ist gar kein 15 Milliarden-Paket mehr. Als Grüner muss ich sagen, Gottseidank ist es das nicht. Es ist nämlich abgespeckt. Es ist im heutigen „Kurier“ bereits auf ein 10 Milliarden-Paket geschrumpft. Und das ist auch durchaus verständlich, Kollege Marchat. Das ist auch durchaus verständlich, dass das so ist. Denn wenn wir uns anschauen, wie der Herr Landeshauptmann seinerzeit dieses Paket finanzieren wollte, dann kommt man drauf, dass er damals gesagt hat, mit

einer Finanzierung aus Privatisierungen des Bundes. Wenn man nun dem neuen Finanzminister Glauben schenkt, der ja das Budgetloch stopfen will oder muss mit seinen Privatisierungen des Bundes, dann ist klar, dass dieses Projekt also abspeckt. Und wir hoffen, dass es im Bezug auf den Autobahntransit auch noch weiterhin abgespeckt wird.

Es ist in diesem Zusammenhang auch hoch interessant, dass die ÖVP nicht weiß was im Finanzministerium los ist, obwohl sie selber, ich weiß nicht wie viele Jahre und Jahrzehnte schon in der Regierung gesessen ist. Und es erscheint mir doch wichtig in dem Zusammenhang auch zu behaupten... *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Lieber Kollege Nowohradsky! Wie haben Sie so schön gesagt? Niederösterreich muss bei der Bundesregierung unter den Ersten sein, nicht? Und das glaube ich auch. Und diese Bundesregierung weiß mittlerweile noch nicht einmal, wo das Geld ist. Und daher haben die Grünen im Parlament heute auch einen Untersuchungs-Ausschuss beantragt, wie es kommt, dass eine Partei, die seit 14 Jahren in der Regierung sitzt, nicht weiß, wo das Geld hingekommen ist in dieser Regierung. *(Beifall bei den Grünen.)*

Jedenfalls hat man manchmal den Eindruck, in Niederösterreich haben wir in gewisser Hinsicht eine verkehrte Welt. Eine verkehrte Welt im Vergleich beispielsweise zu Westösterreich. Wenn man in Westösterreich, wenn man in Tirol beispielsweise draufkommt, wie entsetzlich eigentlich die Auswirkungen dieses internationalen Lkw-Transits sind. Und wenn ich an das heutige Mittagsjournal denke, wo ein Landeshauptmann bereits ganz klar sagt, wenn diese Brennermaut fällt, dann wird es Sanktionen von Seiten des Landes Tirol geben. Dann wird er ein Nachfahrverbot verordnen. Ich wünsche mir einmal eine derartige Politik auch in Niederösterreich. Und nicht das Gegenteil. Nicht das Gegenteil, das nämlich in Niederösterreich passiert. Dass man angesichts der Tatsache, dass derartige Mautbeschlüsse gar nicht mehr aufrecht zu erhalten sind, dem internationalen Transit vom Baltikum bis nach Sizilien die Autobahnen noch hin baut, damit man dann ohne Maut drüberfahren kann.

Eine Zahl dazu. Man hat am Brenner zum Beispiel zwischen 1960 und 1997 Steigerungen im Lkw-Transit um das Zehnfache gehabt, auf der Schiene nur um das Dreifache. Man hat enorme Schadstoffbelastungszuwächse gehabt. Stickstoffoxid ist innerhalb von nur einem Jahr um 40 Prozent gestiegen. Der Lkw-Verkehr über den Brenner zwischen 1990 und 1998 von knapp unter 800.000 auf beinahe 1,3 Millionen. Diese Zahlen sprechen

doch eine klare Sprache! Und statt dass wir in Niederösterreich versuchen, andere, ökologischere Wege in der Verkehrsinfrastruktur zu gehen, machen wir genau dieselben Fehler wieder, die vor Jahren schon im Westen passiert sind. Wir in Niederösterreich, meine Damen und Herren, wir haben auch einen Brenner. Und bevor ich auf diesen Brenner, nämlich den Semmering, ein wenig näher eingehe, möchte ich noch auf drei Argumente der Kollegen vor mir eingehen.

Natürlich schafft jede Baumaßnahme Arbeitsplätze. Aber gerade im Autobahnbau, gerade im Straßenausbau – und das gilt aber nur zum Teil auch für den Ausbau im Schieneninfrastrukturnetz, aber bei weitem nicht so stark – werden Baumaschinen beschäftigt und keine Menschen. Da gibt es ganz genaue Untersuchungen der Arbeiterkammer, die das feststellt, was pro investiertem Kapitalbetrag an Arbeitsplätzen gesichert wird. Am schlechtesten schneidet hier der Großbau ab. Auf diesen Riesen-Baustellen werden Experten und Baumaschinen beschäftigt, aber keine Menschen.

Die Wirtschaftlichkeit: Es ist keineswegs erwiesen, dass Wirtschaftlichkeit in unmittelbarem Zusammenhang mit Straßeninfrastruktur in diesen Ausmaßen steht. Mittlerweile ist das Gegenteil schon der Fall. Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftlichkeit und wirtschaftliche Prosperität ist entkoppelt vom Straßenbau. Die drei Bundesländer in Österreich, die die höchste Autobahninfrastruktur haben, haben mittlerweile das geringste Wirtschaftswachstum. Das sollte uns zu denken geben. Das ist mittlerweile längst entkoppelt. Es gibt mittlerweile ganz andere Standortfaktoren wie gute Ausbildung, eine gute Infrastruktur in der Telekommunikation, Kollege Sacher, und vieles mehr. Das sind viel, viel wichtigere Kriterien für die Standortqualität als die Infrastruktur im Autobahnnetz.

Auch die Pendlerfrage! Es geht doch nicht darum, den Pendler schneller von hüben nach drüben zu bringen. Es geht darum, Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Dass er eben nicht in der Lage ist, gezwungen zu sein, 100 Kilometer am Tag und mehr fahren zu müssen, bis er seinen Arbeitsplatz erreichen kann. Das ist eine Frage der Wirtschaftspolitik. Verkehrspolitik ist eben auch Wirtschaftspolitik. Und Infrastrukturpolitik ist das auch.

Und nun einige Bemerkungen zum NÖ Brenner – dem Semmering. Es ist tatsächlich so, und das hat auch die ÖSAG völlig unumwunden zugegeben, dass in wenigen Jahren der Lkw-Transit am Semmering Brenner-Ausmaße erreicht haben wird. Es gibt ganz konkrete Zahlen, die sagen, die Verlagerungen des Lkw-Transits von der Süd-

autobahn auf die Semmering-Schnellstraße wird in wenigen Jahren Brenner-Ausmaße erreicht haben, wenn die Semmering-Schnellstraße, wenn der S6-Vollausbau kommt. Es hat zweitens der Vorstandsdirektor Schedl von der ÖSAG auch zugegeben, sich bezüglich des Gewässers und der Gewässerverluste beim Scheiteltunnel verschätzt zu haben. Er ist damit in guter Gesellschaft. Er ist damit in der Gesellschaft der HL-AG, die sich auch verschätzt hat bei den Schätzungen was den Gewässerverlust betrifft. Schedl hat geschätzt 30 Sekundenliter, jetzt sind es in Wahrheit beim S6-Tunnel bis zu 100 Sekundenliter. Die HL-AG hat im eisenbahnrechtlichen Verfahren geschätzt 100 Liter, jetzt sind es bis zu 600 Liter. Der „Gigl“ hat sich also ums Dreifache verschätzt, der „Gogl“ hat sich ums Sechsfache verschätzt. Es bleibt in jedem Fall ein ökologischer Schaden. Nur, meine Damen und Herren, was wir uns schon vor Augen führen müssen, der S6-Tunnel auf den Semmering ist nicht der einzige Tunnel des S6-Vollausbaues zwischen Gloggnitz und Mürrzuslag. Sondern es ist eine ganze Kette von Tunnels, die da entsteht, mit vielfältigen ökologischen Maßnahmen. Und ich halte es für undenkbar, dass in ein- und demselben Landschaftsschutzgebiet mit ein- und demselben Naturschutzgesetz, dass die eine Maßnahme innerhalb von 14 Tagen durchgeboxt wird im naturschutzrechtlichen Verfahren und die andere Maßnahme über Jahre und Jahrzehnte hinausgeschoben wird. Entweder – oder. Man muss sich entscheiden. Wir sagen, lasst den Semmering in Frieden. Tut das, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat!

Wir erinnern uns an den Herrn Landeshauptmann, wie er salbungsvoll gesprochen hat zur Eröffnung des Weltkulturerbes der Ghega-Bahn. Was hat der Herr Landeshauptmann gesagt? Mir sind diese Worte heute noch im Ohr: „Wir müssen alles vermeiden, was dieser ökologisch äußerst sensiblen Region nur irgendeinen Schaden zufügt.“ Ja! Recht hat er, der Herr Landeshauptmann! Nur hält er das nicht, was er verspricht. Im Gegenteil! Er ruiniert diese Region! Er ruiniert die Ökologie, er ruiniert auch den Fremdenverkehr des Luftkurortes Semmering, indem er dort eine Transitroute ungeahnten Ausmaßes, nämlich Brenner-Ausmaßes hinstellt und hinbaut. Natürlich - auf Niederösterreichischer Ebene sind diese Auswirkungen beschränkt. Viele dieser Auswirkungen betreffen eben die Steiermark. Und es ist uns schon klar, dass zwischen Niederösterreich und der Steiermark nicht immer Meinungseinigkeit herrscht, wenn ich an die ÖVP denke. Aber auch wenn ich beispielsweise an die Freiheitlichen denke und ihren neuen Verkehrsminister, der ja ausrichten ließ, am Semmering-Basistunnel führt kein Weg vorbei. (LR Mag. Stadler: Das ist auch bei den Grünen so!)

Da gebe ich Ihnen durchaus Recht, Herr Landesrat, das ist auch bei den Grünen so. Das ändert aber nichts daran, dass der Herr Landeshauptmann verpflichtet wäre, wenn er es ernst meint mit dem Weltkulturerbe Ghega-Bahn, dass er dieses Weltkulturerbe insgesamt schützen müsste. Und das tut er nicht. Im Gegenteil! Auf der steirischen Seite kommt 30 cm unter dem Gleiskörper der Ghega-Bahn der Tunnel der Semmering-Schnellstraße heraus. Und nichts ist es mit dem Weltkulturerbe! Und nichts ist es mit der Alpenkonvention! Und nichts ist es mit dem Naturschutzgesetz!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Sie kommen jetzt zum letzten Satz.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Ich komme zum letzten Satz: In Sachen Basistunnel hat es in Wirklichkeit Landeshauptmann Dr. Pröll verabsäumt, wirkungsvoll den Basistunnel zu verhindern, weil er das Naturschutzgesetz in Wirklichkeit zu einem nichtssagenden, verwaschenen Machwerk verkommen hat lassen. (*Beifall bei den Grünen.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter Jahrmann hat sich zur tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet.

Abg. JAHRMANN (*SPÖ*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich habe mich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Und zwar zur Rede des Herrn Kollegen Nowohradsky. Ein Argument oder eine Aussage scheint mir symptomatisch für alle Aussagen oder für fast alle, die in seiner Rede aufgeschienen sind, ich möchte das herausgreifen. Nicht so wie er schildert, dass das Land sehr viel getan hat und sozusagen auf allen Pendlerstrecken im Nahverkehr Doppelstockwaggons verkehren, sondern ich stelle hiermit fest: Auf der Westbahn, einer der wichtigsten Strecken, gibt es keine Doppelstockwaggons. Die Leute fahren dort immer noch in vorsintflutlichen Waggons, wo während der Fahrt die Tür geöffnet werden kann. Das zu dem Thema Doppelstockwaggon und allgemein zu der Aussage von der Rede von Herrn Kollegen Nowohradsky. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (*FPÖ*): Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als ich gelesen habe worum es gehen wird bei dieser Aktuellen Stunde, habe ich erwartet, dass die SPÖ wirklich Inhalte liefern wird. Dass sie sich zumindest mit ihrem Lieblingsthema, dem Semmering-Basistunnel hier heute beschäftigen

wird. Oder dass es plötzlich die hervorragenden Vorschläge von Seiten der ÖBB gibt, wie etwa die sogenannte tatsächliche Berichtigung hier gezeigt hat, wie jetzt die ÖBB in Zukunft Doppelstockwaggons auch auf der Westbahn investieren und installieren wird. Aber all das weit gefehlt! Ihr habt keine Konzepte. Ihr könnt mit eurer neuen Situation nicht umgehen. Ihr seid ganz einfach noch nicht mit der Tatsache fertig geworden, dass ihr auf Bundesebene auf der Oppositionsbank sitzt. Das ist die Tatsache! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und ihr tut so, als ob euch das alles, was ihr hier gemeinsam 30 Jahre lang auf Bundesebene, 50 Jahre lang auf Landesebene in trauter Zweisamkeit mit der ÖVP beschlossen habt, als ob euch das alles nichts mehr angehen würde. Und ihr wisst offenbar nicht mehr, dass der Finanzminister, der dieses Chaos hinterlassen hat in dieser Republik, sein Name ist Edlinger, einer eurer nach wie vor führenden SPÖ-Mitglieder ist. (*Beifall bei der FPÖ. – Unruhe bei Abg. Kautz.*)

Und ihr wisst, lieber Herr Abgeordneter Kautz, offenbar auch nicht mehr, dass der Mann, der für das Chaos, das ihr heute darstellt, in der Verkehrspolitik verantwortlich ist, jener links-linke Minister Einem ist, der ebenfalls bis vor wenigen Tagen für die Verkehrspolitik in diesem Land zuständig war. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir Freiheitliche haben es immer behauptet: Keine Konzepte, nur ein Riesenkonzept, nämlich einen Tunnel. Das ist das Einzige, was dieser Mann zustande gebracht hat. Am Papier, in der Realität sind wir auch davon weit entfernt. 30 Jahre lang habt ihr auf Bundesebene Taten missen lassen. Auch und gerade in Bezug auf Niederösterreich. 50 Jahre lang, ich sage es noch einmal, seid ihr Schritt für Schritt und Tritt für Tritt mit der ÖVP in diesem Land mitgegangen. Und jetzt passt nichts? Die Investitionen sind alle „Wunschkonzert“, Herr Kollege Muzik, alles „Wunschkonzert“? Wo sind dann eure Taten geblieben die letzten Jahre, Jahrzehnte? Was haben eure Regierungsmitglieder gemacht? Was ist alles verschlafen worden, wie du so richtig heute hier gesagt hast, auf Bundesebene, auf Landesebene?

Ich glaube daher, dass die Installierung eines Infrastrukturministeriums ein sehr, sehr entscheidender Schritt auf Bundesebene ist. Hier werden wir einmal die nächsten vier Jahre zeigen können, was wir alles umsetzen können. Aber es geht nicht um die Bundespolitik, es geht auch um die Landespolitik, wo beide Parteien große Lücken hinterlassen haben. Ich darf nur etwa als Abgeordneter der Südregion daran erinnern: Die Ostumfahrung etwa von Oeynhausen bis Wr. Neustadt, wo es darum ginge, dass man 10.000 Verkehrsbewegungen Tag

für Tag aus Ortskernen hinaus bringt. Ich darf nur erinnern etwa an das Triestingtal in der Südregion. Hier hat gerade euer Kollege Höger ein Industriemuseum hinterlassen. Industrieruinen hinterlassen mit Arbeitslosen, mit vielen Familien, die heute dort ohne Einkommen sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die mit viel kleinerem Einkommen auskommen müssen als es ihnen ursprünglich in Wirklichkeit versprochen worden ist. *(Heftige Unruhe bei der SPÖ.)* Oder was ist mit der Ostanbindung? Ihr redet immer von Osterweiterung. Es gibt zwischen zwei Hauptstädten in Europa, zwischen den beiden, die am nächsten beisammen liegen, nämlich zwischen Wien und Pressburg nicht einmal eine Bahnverbindung. Obwohl ihr drei Jahrzehnte lang den Bundesminister gestellt habt, obwohl die ÖBB wie euer Privateigentum jahrzehntelang behandelt wurde, wart ihr nicht in der Lage, zwei europäische Hauptstädte miteinander zu verbinden. Oder wenn wir den Straßenzustand anschauen, den ihr hinterlassen habt. Den Straßenzustand zwischen Wien und Preßburg. Der geht mitten durch die Schlafzimmer der Leute durch. Die Hauptverkehrsverbindungen gehen mitten durch die Orte. Hainburg, das Nadelöhr von Hainburg ist nur das Synonym eurer Verkehrspolitik in der Ostregion, die ihr hier in Niederösterreich in Wirklichkeit verursacht habt. *(Unruhe bei Abg. Vladyka. – Abg. Sacher: Wer war Straßenbauminister? Ein gewisser Herr Schüssell!)*

Frau Kollegin, Sie wissen ja genau, was ihr mit eurer sozialdemokratischen Politik hinterlassen habt auf Bundesebene. Gerade im Brucker Bezirk. Gerade in der Ostregion. Das ist einfach die Tatsache.

Und damit will ich aber auch darauf zurückkommen, weil es ist das schon ein interessantes Ergebnis dieser Aktuellen Stunde, dass sich die sogenannten Sozialdemokraten offenbar heute vom Semmering-Basistunnel verabschiedet haben. Herr Kollege Muzik! Sie sind Eisenbahner. Mit keinem Wort haben Sie den Semmering-Basistunnel gestreift! *(Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Farthofer: Den bespreche ich, wenn es dich nicht stört!)*

Ich weiß schon, warum ihr das Thema nicht streift. Weil es euch ganz einfach peinlich ist, dass Minister Einem immer nur in eine Richtung gefahren ist. Nämlich, es muss diesen Tunnel geben, es hat diesen Tunnel zu geben. Und alle anderen Alternativen wurden nicht einmal überprüft, da gibt es nicht einmal Gutachten. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Es wird Aufgabe des Infrastrukturministers sein, dass er in vier Jahren vieles dessen aufholt, was ihr in 30 Jahren nicht zustande gebracht habt. Was ihr in 30 Jahren versäumt habt in Wirklichkeit! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Frage stellt sich, Herr Kollege Farthofer, und vielleicht beantworten Sie es nachher noch, warum gibt es kein Konzept für einen Ausbau der Aspang Bahn? Warum hat man die sogenannte „Kukuruz-Strecke“ - ich geb' den Eisenbahnern viel vor - warum hat man die sogenannte „Kukuruz-Strecke“ von Haus aus verschlafen? Warum überlässt man diese sogenannte „Kukuruz-Strecke“ wahrscheinlich den sogenannten Osterweiterungsstaaten? Dass nämlich diese Strecke irgendwann über Slowakei, Ungarn, Slowenien geschlagen wird, während wir in Österreich die Infrastruktur und die notwendigen Maßnahmen für die Regionen des östlichen Niederösterreich, des Burgenlandes und der Steiermark auch wieder einmal verschlafen haben. 30 Jahre sozialdemokratische Verkehrspolitik sind ganz einfach in diesem Bereich destraströs!

Ganz kurz noch wäre zu streifen die Elektrifizierungen, die ihr versäumt habt: Pottendorfer Linie: Nach wie vor nicht flott. St. Pölten-Krems, zwei der größten Städte Niederösterreichs. Die Bahnlinie dazwischen ist nicht einmal elektrifiziert. Da bummt die Bahn dahin. Ich will gar nicht reden von der Linie hinunter Richtung Lilienfeld und so weiter, wo es nur eine Deckung von vier Prozent der tatsächlichen Kosten gibt. Das heißt, der Kollege Farthofer wird hier mindestens eine halbe Stunde in Anspruch nehmen müssen, um all das zu erläutern und all das zu erklären, was in diesen letzten 30 Jahren von euch versäumt wurde, aber auch auf Landesebene, und da gebe ich Ihnen bedingt recht, in 50 Jahren. Nämlich in denen, wo ihr gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei in diesem Land regiert habt. Und ganz einfach nicht in der Lage wart, etwas umzusetzen.

Und daher darf ich um eines wirklich ersuchen: Gebt ihr uns endlich die Chance, in diesen vier Jahren als Freiheitliche mit unserem Infrastrukturminister das zu skizzieren, was ihr 30 Jahre lang auf Landesebene und auf Bundesebene in Wirklichkeit versäumt habt. Darauf kommt es an. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Denn ihr habt immer wieder Schonfristen und Schonzeiten verlangt. Lasst uns jetzt endlich einmal arbeiten! Lasst uns arbeiten für dieses Land und nicht für die Interessen gewisser ÖBB-Bediensteter und gewisser Ministerien. Die versäumt haben, die tatsächlichen Probleme in diesem Land Niederösterreich in Angriff zu nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Kautz zu Wort gemeldet.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist leider notwendig, eine tatsächliche Berichtigung anzubringen. Denn die Arroganz der F überschreitet praktisch jeden ... (Abg. Marchat: FPÖ! So viel Zeit muss sein!) Das „Ö“ gebührt euch nicht mehr. Ihr seid ein Schädling von Österreich, daher seid ihr die „F“-Partei. Denn was ihr zur Zeit in Österreich oder Schaden für Österreich anrichtet, muss man das „Ö“ bei eurem Parteinamen streichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das Erste: Herr Kollege Haberler! Ich würde Sie ersuchen, dass Sie heraus gehen, sich entschuldigen für die Anschuldigungen, dafür, was Sie an persönliche Beleidigungen gegenüber dem Finanzminister und anderen Ministern getätigt haben. (Abg. Haberler: Ein Tatsachenbericht! Tatsachen, Herr Kollege!)

Herr Kollege! Die Tatsachen schauen anders aus! Die Tatsachen schauen so aus, dass euer Finanzminister eine Woche Lernphase gebraucht hat um zu wissen was „brutto“ und „netto“ ist. Und der jetzige Finanzminister hat auch jetzt schon zugegeben, dass die Zahlen, die Finanzminister Edlinger genannt hat, richtig sind. Nur „brutto“ und „netto“ konntet ihr nicht unterscheiden! (Beifall bei der SPÖ.)

Als Zweites darf ich nur mitteilen, dass Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger keinen einzigen Betrieb gehabt hat. Sondern die Betriebsinhaber waren Unternehmer. Der Herr Kollege Marchat hat heute schon gesagt, die Konkurszahlen steigen. Nur, das ist die Wirtschaftspolitik des Landes Niederösterreich und des Wirtschaftsministers gewesen. Landeshauptmannstellvertreter Höger hatte keinen einzigen Betrieb. Und hat keine einzige Kündigung ausgesprochen. Er hat sich bemüht, die Kündigungen zu vermeiden! (Beifall bei der SPÖ.)

Und das Dritte, Herr Kollege Haberler:

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Jetzt muss ich vorher etwas sagen. „Tatsächliche Berichtigung“ heißt, man sollte präzise sagen, das wurde gesagt, richtig ist viel mehr, dass...

Abg. KAUTZ (SPÖ): Richtig ist viel mehr, dass die Verkehrspolitik, die Umfahrung von Hainburg euer jetziger Bundeskanzler, euer jetziger Freund Schüssel verschlafen hat. Und dass kein sozialdemokratischer Minister dafür zuständig war. (Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Eine weitere tatsächliche Berichtigung erfolgt von Klubobmann Marchat. Aber das gilt jetzt für alle: Man sagt: Das wurde behauptet, das ist nicht richtig. Richtig ist viel mehr ... Und so präzise bitte die tatsächlichen Berichtigungen auszusprechen.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine tatsächliche Berichtigung betrifft zwei Behauptungen des Herrn Kollegen Kautz. Nämlich die Berichtigung der Berichtigung. Die Freiheitliche Partei Österreichs heißt laut Auszug „Freiheitliche Partei Österreichs“. Und du wirst uns den Österreich-Bezug nicht absprechen. Einmal so viel dazu. (Unruhe bei der SPÖ.)

Die zweite tatsächliche Berichtigung: Euer Finanzminister hat das Finanzministerium nicht ordentlich übergeben. Es wurden Computer beschädigt. Es wurden Kabel herausgerissen. Und es wurden die Akten vernichtet. Das muss auch gesagt sein! (Beifall bei der FPÖ und Abg. der ÖVP. – Heftige Unruhe bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Farthofer.

Abg. FARTHOFER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zuerst einmal eine bedauerliche Feststellung: Es ist mir in meiner ganzen politischen Tätigkeit nicht passiert, wenn man über ein Thema redet, das ein zuständiges Regierungsmitglied betrifft, und das ist nicht anwesend. Ich sage das mit aller Deutlichkeit. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament werden mir Recht geben. Das hat es im Parlament nie gegeben! Es hat sogar der Herr Wirtschaftsminister auf Antrag der Freiheitlichen vom Urlaub zurück geflogen werden müssen. Nehmt das zur Kenntnis! Richtet ihm das aus! Das ist eine Deskreditierung, liebe Freunde. Auch für die ÖVP-Funktionäre: Nehmt das zur Kenntnis! (Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Dazu eine Feststellung. Wenn Sie sagen, irgendein bestimmtes Regierungsmitglied ist nicht da, dann könnte ich sagen, dieses Thema „Infrastruktur in Niederösterreich“ betrifft viele Regierungsmitglieder.

Abg. FARTHOFER (SPÖ): Ich habe gesagt, das zuständige.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Es gibt mehrere zuständige.

Abg. FARTHOFER (SPÖ): Weiters, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich geglaubt bis zu der Rede des Herrn Haberler, dass es heute zu Mittag Kreidesoufflé oder Kreideaufwurf gegeben hat. Das muss ich zurück nehmen. Auf meiner Speisekarte ist das nicht gestanden. Ich habe geglaubt, das habt ihr gegessen. Aber ich stelle fest, dem ist nicht so. Haberler hat das korrigiert. Er hat keine Kreide gegessen, sondern irgend etwas Schärfes.

Gleich einmal zu zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger, der sich zwei Jahrzehnte, nehmen Sie das zur Kenntnis, zwei Jahrzehnte für dieses Land eingesetzt hat! Und der von dieser Stelle aus nie die Lehrlinge als „Läuse“ bezeichnet hat. Nimm' das zur Kenntnis! Das hatte der Herr Landeshauptmannstellvertreter nicht notwendig, was er gemacht hat. Denn du hast das gemacht von dieser Stelle aus. Hast die Lehrlinge als „Läuse“ bezeichnet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! „ÖBB“ ist gefallen. Na selbstverständlich gebe ich dir Recht, dass wir bei den ÖBB-Kollegen jetzt werben müssen. Die sind uns zuhauf weggelaufen. Aber warum denn? Die waren in einer derartigen tristen Situation dass sie alles geglaubt haben was die Freiheitlichen gesagt haben. Die Freiheitlichen haben nämlich sonst nichts zu tun gehabt als zu fordern. Sind Sie bei den Bauern gestanden, haben Sie die ÖBB kritisiert. Sind Sie bei den ÖBB, kritisieren Sie die Bauern. Und jetzt habe ich das wirklich große Vergnügen und bin in der glücklichen Situation, dass ich draußen bei den Versammlungen ähnlich agieren werde wie die Freiheitlichen. Ich werde zum Beispiel bei der nächsten Sitzung, weil heute der Finanzminister Edlinger kritisiert wurde... Übrigens, zur Zeit, zur Stunde wird er im Parlament sich der Rede stellen. Und ihr werdet hören, es ist nicht so, wie ihr gesagt habt. Denn selbst der Rechnungshof hat festgestellt, dass im Finanzministerium gute Arbeit geleistet wurde, wogegen in anderen Ministerien das Budgetziel nicht eingehalten wurde. Das werden wir heute alles wahrscheinlich am Abend in den Nachrichten hören. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber zu den Eisenbahnern: Ich gebe schon zu, dass bei den Eisenbahnern relativ viel eingespart wurde. Ich fahre jetzt zu meinen Eisenbahnern und sage, die FPÖ hat euch versprochen, wenn sie was zum Reden haben, dass die Nebenbahnen erhalten bleiben. Die FPÖ hat versprochen, dass ihr mehr Personal bekommt. Die FPÖ hat versprochen, dass ihr mehr Fuhrpark bekommt oder einen besseren

Fuhrpark bekommt. Und dann werde ich ihnen sagen, der Finanzminister, nicht der letzte, der jetzige, sein erstes Anliegen war, dass das rote Auto weg kommt und er ein blaues bekommt. Und das zweite Anliegen, das ihm eminent wichtig war, dass er mehr als 60.000,- Schilling bekommt. Das waren die Sorgen des jetzigen Finanzministers! Da kann ich nur immer sagen, es wird immer krasser. Das zu dem. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Semmering-Basistunnel ist genannt worden. Meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich vor gehabt, dass ich gar nicht rede darüber heute, sondern über andere wichtige Dinge rede. Die Frau Kollegin Hinterholzer war es, glaube ich, die gesagt hat, Logistik braucht das Land. Die Europäische Union hat Logistik und hat paneuropäische Netze geschaffen. Und in diesem paneuropäischen Netz ist unter anderem die Pontebbana, das heißt, eine Nord-Süd-Verbindung enthalten. Das ist von dieser Stelle aus schon gesagt worden. Und diese Nord-Süd-Verbindung geht nun einmal über den Semmering. Die Zulaufstrecken haben 160 km/h, manchmal schon 180 km/h. Und der Semmering selbst ist bei dieser international hochrangigen Strecke ganz einfach eine Barriere. In vielerlei Hinsicht. In technischer Hinsicht einmal: Wir wissen ja, wir müssen in Gloggnitz bzw. in Mürzzuschlag die Züge teilen und dann wieder zusammen hängen. Wir brauchen Vorspann-Lokomotiven. Das kostet ganz einfach sehr viel. Es gibt betriebliche Barrieren. Denn nur an 23 Tagen im Jahr, ich wiederhole, denn nur an 23 Tagen im Jahr ist diese Semmeringstrecke auf beiden Gleisen befahrbar. Also auch ein enormer finanzieller Verlust für die ÖBB.

Und dann gibt es natürlich die geologische Barriere. Das ist ganz einfach der Berg. Und ich behaupte, und ich sage das mit allem Nachdruck, geschätzte Damen und Herren, in oder an der Schwelle zum dritten Jahrtausend über einen Berg, der 25 Kilometer lang ist und 1.000 Meter hoch ist, oben drüber zu fahren, ist nicht nur politischer Schwachsinn, sondern auch technischer Humbug! Das sei hier einmal festgestellt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wir wissen das und das wird schon sehr lange diskutiert. Erfreuliche Tatsache ist, dass der neue Verkehrsminister das sehr deutlich gesagt hat. Er beharrt auf den Beschlüssen, die im Parlament, in den Parlamenten, auch in den Landesparlamenten, getroffen wurden. Und er gibt, stellt euch vor, auch dem Herrn Landeshauptmann Dr. Haider Recht, der diesen Semmering-Basistunnel in einem Memorandum in der Kärntner Landesregierung beschlossen hat. Nehmt das zur Kenntnis, das ist so! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Dass man beim Semmering-Basistunnel natürlich in der Öffentlichkeit ganz große Probleme bekommen hat, weil die Diskussion natürlich verpolitisiert wurde, na gut, das wissen wir, meine Damen und Herren. *(Unruhe im Hohen Hause. – Abg. Kurzreiter: Aber die Strecke ist doch nicht ausgelastet, Herr Kollege!)* Nein, ich rede nicht über die Auslastung, ich zitiere den „Kurier“ von voriger Woche. „Pröll bremst ...“ stand vorige Woche zu lesen. Der Pröll bremst sehr oft, das weiß ich. Aber vorige Woche ist im „Kurier“ gestanden, Pröll bremst Schmid ein in der Frage des Semmering-Basistunnels. Und unter anderem ist in diesem Bericht des „Kurier“ gestanden, dass der erste Repräsentant des Landes, der Herr Landeshauptmann, mit Infrastrukturminister Schmid schon über den Semmering-Basistunnel gesprochen hat. Der Herr Verkehrsminister hat vorige Woche im Bundesrat bei einer parlamentarischen mündlichen Anfrage behauptet – und das sei dreimal unterstrichen – er hat, bitte, noch nicht mit dem Herrn Landeshauptmann über den Semmering-Basistunnel gesprochen. Die Zuhörer mögen sich ein Urteil bilden. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Eines ist natürlich schon klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass diese Diskussion, diese ewige Diskussion um den Semmering-Basistunnel verpolitisiert wurde. Da schau' ich schon in diese Richtung *(zur ÖVP-Seite gewandt)*. Denn der erste Repräsentant des Landes, der Herr Landeshauptmann hat hier natürlich mit Hilfe der „Kronen Zeitung“, ist ja kein Geheimnis, nur mit der niederösterreichischen Mutation, denn die steirische Mutation ist ja dafür, hat also dafür gesorgt, dass das echt ein Problem ist. Mir hat ein steirischer ÖVP-Abgeordneter gesagt, macht eines: Jetzt gibt es den „Elisabeth-Tunnel“ auf der Schiene. Die HL-AG hat ja einen Tunnel, jetzt hätte ich bald gesagt, nach der Königin Elisabeth, nach der Gattin des Landeshauptmannes benannt. Probiert, vielleicht wäre es möglich, wenn wir jetzt im Land beschließen, statt „SBT“, das heißt Semmering-Basistunnel, „EPT“ - „Erwin Pröll-Tunnel“. Vielleicht würde er dann umdenken. Das könnten wir ja probieren, wenn das ein ständiges Zeichen dafür ist. Aber macht den Vorschlag. Wenn er dafür ist, die HL-AG lässt wirklich darüber reden. Ist überhaupt kein Problem. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kautz: Es gibt ja auch die Erwin Pröll-Aussichtswarte! – Unruhe bei der ÖVP. – LR Mag. Sobotka: Ein wirtschaftliches Desaster ist das, sonst nichts!)*

Das ist kein wirtschaftliches Desaster! Eine ÖROK-Studie besagt, auch die „Little-Studie“ besagt, volkswirtschaftlich wird durch den Bau des Semmering-Basistunnels eine Milliarde Schilling

erspart. Und betriebswirtschaftlich ebenso. Also kann es kein wirtschaftliches Desaster sein.

Den Straßentunnel darf ich nicht vergessen. Ich hoffe, es ist noch so viel Zeit, meine Damen und Herren. Ein paar fixe Daten: Schnellstraße S6 - Zeitersparnis 9 Minuten, beim SBT 30 Minuten. Länge wissen wir: Tunnelanteil 38 Prozent zu 97 Prozent. Ganz, ganz wichtig: Einschnitte in die Landschaft. Weil der Herr Pröll hat ja die Umwelt beim Semmering-Basistunnel auf der Schiene entdeckt. Länge der Einschnitte 4 Millionen Kubikmeter. Dämme 3,5 Millionen Kubikmeter. Tunnelportale 5 bei der Straße. Dauernde Rodung 600.000 m², meine sehr verehrten Damen und Herren. Also da ist einiges dahinter!

Und abschließend, meine Damen und Herren, ich habe es eingangs schon erwähnt, zu dieser Diskussion in der Landesregierung. Bitte schön, ich könnte jetzt auflisten, was in diesem NÖ Verkehrskonzept fehlt. Wir Sozialdemokraten haben sonst nichts gewollt als zusätzlich etwas dazu zu geben. Den gesamten öffentlichen Verkehr, die ganzen Eisenbahnen. Als Waldviertler: Der Landeshauptmann stellt sich im Waldviertel hin, die Waldviertler Mandatare wollen mir Recht geben. Wir haben beschlossen, dass in das Konzept kommt eine Nordumfahrung Zwettl. Der Herr Landeshauptmann verspricht das im Waldviertel. Jedoch: Keine Nordumfahrung Zwettl vorhanden!

Übrigens: Da ist irgendwo gesagt worden, der Herr Klubobmann Sacher hätte Beamte kritisiert. Also ich möchte das zurückweisen! Er hat nicht die Beamten kritisiert. Ich muss dankenswerterweise namens der sozialdemokratischen Fraktion sagen, die Beamten haben uns in dieser Frage sehr unterstützt. Denn alle Vertreter der Parteien werden mir Recht geben, dass sich die zu uns gesetzt haben und gemeinsam mit uns ein Verkehrskonzept gemacht haben. So schaut es aus. Nehmt das zur Kenntnis! *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Ihre Redezeit ist um. Ich bitte Sie um das Schlusswort.

Abg. FARTHOFER (SPÖ): Der Schlusssatz: Meine Damen und Herren! Zur Zusammenarbeit in Zukunft. Es hat der jetzige Bundeskanzler ein wirklich hervorragendes Beispiel gegeben. Er macht nach jeder Regierungssitzung mit der Frau Vizekanzlerin eine Pressekonferenz. Der Herr Landeshauptmann kann diese gute Zusammenarbeit dokumentieren, wenn er nach jeder Regierungssitzung mit unserem Landeshauptmannstellvertreter eine Pressekonferenz macht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist nun der Herr Abgeordnete Hintner.

Abg. HINTNER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Ausbau der Infrastruktur war und ist im Wesentlichen von den Faktoren des politischen Willens, den objektiven Notwendigkeiten sowie vom Budget abhängig. Um dies zu verdeutlichen: Wer hätte noch vor zwei Jahrzehnten an den Bau der Nordautobahn auf Grund einer möglichen Ostöffnung gedacht? Wer hätte gedacht, dass es heute bei weitem mehr Menschen gibt, die sich für den Bau von Straßen und Schienenwegen einsetzen als diese verhindern zu wollen? Und wer hätte gedacht, dass unsere Mobilitätsanforderungen dermaßen gestiegen sind? Das Land Niederösterreich setzt mit seinem Landesverkehrskonzept die Marschroute auf diesem Gebiet. Und wir bekennen uns gleichzeitig zur flexiblen Handhabung dieses Konzepts, damit wir auch sofort auf diese neuen Entwicklungen reagieren können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zum wiederholten Mal festhalten: Am 15. Juni vergangenen Jahres hat die Regierung Klima dem 15 Milliarden-Straßenbaupaket zwischen Landeshauptmann Dr. Pröll und Bundesminister Dr. Farnleitner zugestimmt. Am 19. August 1999 wurde die dementsprechende Novelle zum Straßenbaugesetz verabschiedet. Damit sind die im 15 Milliarden Schilling-Paket enthaltenen Maßnahmen umzusetzen und keine weiteren Vertragswerke mehr notwendig, weil auch bisher bei ähnlichen Projekten nicht üblich. Die im 15 Milliarden-Paket enthaltenen Maßnahmen, die Notwendigkeiten für unser Bundesland darstellen und worüber wir mit Ausnahme der grünen Fraktion in diesem Haus immer einen Konsens bildeten, ich verweise hier auf die Budgetdebatte vom 22. Juni 1999, sollten plötzlich nicht mehr gelten? Die Haltung der christlich-sozialen Fraktion zur Finanzierung ist dabei vollkommen klar: Aufgaben des Bundes haben Aufgaben des Bundes zu sein. Aufgaben des Landes haben Aufgaben des Landes zu sein. Deshalb ein Nein zur Verkehrsanleihe!

Mit den Einnahmen aus der Mautvignette von 2,5 Milliarden sowie aus dem Road Pricing für Lkw von 2,5 Milliarden werden wir in den nächsten 10 Jahren 50 Milliarden Schilling lukrieren. Daher steht es für uns außer Frage, dass diese Straßenbauvorhaben auch umgesetzt werden. Die Zeit, die sich manche für ihre Ängste um die Finanzierung der Projekte nehmen, sollten sie lieber dazu verwenden, manche Gemeinden vom notwendigen Bau der B 301 zu überzeugen, meine Damen und Herren!

Ein Punkt dieses 15 Milliarden-Paketes sieht den Ausbau der Südautobahn von der Wiener Stadtgrenze bis hin zum Knoten Guntramsdorf vor. Und wenn wir bei der Umsetzung sind, darf ich auch auf den sechsspürigen Ausbau der Westautobahn mit Pannestreifen ab nächstem Monat hinweisen. Doch zurück zur Südautobahn im genannten Abschnitt. Wie Sie wissen und wie wir schon gehört haben, gehört die A2 im Bezirk Mödling zu den meist befahrenen Straßenabschnitten Österreichs. Im Durchschnitt werden täglich mehr als 150.000 Fahrzeuge gezählt. Ein Vielfaches von dem, wie wir wissen, was sich auch auf der Brenner-Autobahn abspielt. Angesichts dieser Zahlen sehen Sie, wie notwendig die Ergänzungen zum Landesverkehrskonzept sind. Wie notwendig es ist, ab dem Knoten Vösendorf zum Beispiel die B 301 zu errichten!

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Während wir bei vielen anderen Straßen- und Schienenbauvorhaben hoffen, dass mit dieser Infrastruktur auch die jeweiligen Standorte für die Wirtschaft attraktiver werden, müssen wir uns heute im Südraum Wiens mit der Entflechtung des Verkehrs auseinander setzen, damit unsere Wirtschaft auf Grund des starken Verkehrsaufkommens keine betriebs- oder volkswirtschaftlichen Schäden davonträgt. Das heißt für uns zunächst einmal Verkehrsvermeidung durch Verkehrserziehung sowie der weitestmögliche Verzicht auf das Auto, und das Benutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln. Für uns gibt es kein entweder Straße oder Schiene, sondern sowohl ein Ja zur Straße als auch ein Bekenntnis zum Betrieb und zum Bau von öffentlichen Verkehrsmitteln.

Dem entsprechende Maßnahmen heißen für uns Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, wo wir bereits mit der Einführung des 15 Minuten-Taktes von Wien nach Mödling bzw. des Halbstundentaktes von Wien nach Wr. Neustadt nicht nur den Pendlerwünschen Rechnung getragen haben, sondern, was die Spitzenzeiten des öffentlichen Verkehrs von Mödling nach Wien anbelangt, mit 6 Minuten pro ausfahrendem Zug schon dem Fahrplanintervall der Wiener U-Bahn entsprechen. Darüber hinaus wird die Badner Bahn von Wien-Oper nach Wr. Neudorf im Siebeneinhalb-Minuten-Takt geführt werden. Und auch hier sei mir eine Bemerkung erlaubt: Nachdem Verkehrsexperten von Wien und Niederösterreich ein Badner Bahn-Konzept erstellt und ausdiskutiert haben und dort immer wieder von der Problematik der Kreuzungen die Rede ist. Sehr geehrte Damen und Herren! Es kann nicht sein, Bekenntnisse zum Ausbau des öffentli-

chen Verkehrs abzugeben und dann, wenn es Spitz auf Knopf geht, dem motorisierten Individualverkehr die Mauer zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn das nämlich die Praxis einer Verkehrspolitik sein sollte, dann verstehe ich schon, warum der ehemalige Verkehrsminister Einem in seinem Masterplan für den Ausbau der Schienenwege 300 Milliarden Schilling vorgesehen hatte und für die Straßen 35 Milliarden. Weil es politisch gut ausgeschaut hat! Dass aber eine solche Politik am Rücken der Steuerzahler betrieben wird, weil die Kosten in keiner Relation zur Benutzung und zur Frequenz, und zwar trotz aller Anstrengungen, stehen, muss auch einmal in diesem Haus gesagt werden! Bei allem Bekenntnis zum Ausbau der Schienenwege ist der Anteil der Schiene am Gesamt-Transportaufkommen sogar rückläufig. Und genau das ist das Problem moderner Verkehrsinfrastruktur: Wenn diverse Wünsche und Träume der Realität und der Wirklichkeit gegenüber stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich wünsche ich mir ein dicht ausgebautes U-Bahnnetz weit über die Grenzen der Landeshauptstadt hinaus in das Wiener Umland. Gegenwärtig sieht es allerdings so aus, dass die Errichtungskosten eines U-Bahnkilometers von mindestens 1,5 bis 2 Milliarden Schilling - ohne jährliche Betriebskosten - in keiner Relation zu den zu erwartenden Auslastungsquoten stehen. Es ist Ihnen ja bekannt, dass ich neben der Verstärkung des Taktes von Schiene und Bus, neben der weiteren Forcierung von Park and ride-Anlagen auch den Cable Liner als Nahverkehrsmittel der Zukunft sehe. Und es freut mich daher, dass am 20. Jänner das Verkehrsministerium grünes Licht gab, nun endlich mit dem Bau am Gelände im Bereich der SCS beginnen zu können.

Ich weiß, dass unsere Anstrengungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs, was die Verbund- und Tarifzonen anbelangt, Fortschritte machen. Die von den Politikern des Wiener Umlandes geforderte Tarif- und Zonenreform wird in ihren ersten Ergebnissen schon im nächsten Monat vorgestellt werden. Das Land Niederösterreich stellt jährlich 200 Millionen Schilling für die ÖBB zur Verfügung und steht damit an der Spitze vergleichbarer Bundesländer. Über die Verkehrsverbände werden Leistungen eingekauft. Für die Leistungen selbst sind allerdings die Verkehrsträger verantwortlich. Es ist ganz einfach festzustellen, dass die Österreichischen Bundesbahnen die Qualitätssicherung nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes leisten müssen. Mit dem finanziellen Beitrag des Landes zum Beispiel zu den Doppelstockwaggons haben wir darüber hinaus ein Vielfaches zu dieser Qualitätssicherung geleistet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass die gewählten Mandatäre der gesetzgebenden Körperschaften immer das Beste für die Entwicklung ihrer Gemeinde, des Landes, des Bundes erreichen wollen. Ich bin da ganz bei Herrn Klubobmann Sacher. Es wäre zum allergrößten Schaden des Landes, wenn nicht mehr das Erreichen von Zielen für das Land im Vordergrund stehen würde, sondern Fundamental-Opposition oder wie es manche formulieren „Widerstand“, oder wie das manche wie der Herr Abgeordnete Mag. Fasan durch ein „Taferl“ in die Fernsehkamera von diesem Rednerpult aus demonstrieren wollten. *(Unruhe bei Abg. Mag. Fasan.)*

Sollten wir aber unsere Namen einmal in den Geschichtsbüchern des Landes finden wollen, dann soll man lesen, was wir zusammen gebracht haben. Und nicht das, was möglicherweise verhindert wurde, weil eine Partei nach 30 Jahren nicht mehr den Bundeskanzler stellte. In diesem Sinn ein herzliches „Glückauf“ für die Infrastrukturmaßnahmen unseres Bundeslandes, auf die wir alle stolz sein können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Werte Abgeordnete! Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Infrastruktur in Niederösterreich“ für beendet. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt und ich ersuche Herrn Abgeordneten Breininger, die Verhandlungen zu **Ltg. 404/A-1/22** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Hiller, Kautz, Dr. Michalitsch, Cerwenka, Dr. Strasser, Jahrmann, Breininger, Sacher, Egerer und Schittenhelm betreffend die Bewerbung für die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft im Jahr 2008 in Österreich.

Das Projekt der Fußballverbände von Österreich und Ungarn, im Jahr 2004 gemeinsam und in beiden Ländern die Fußball-EM zu veranstalten, wurde - laut einer informellen Mitteilung - vom Exekutivkomitee der UEFA hinter Portugal an die zweite Stelle gereiht. Bei einer Summierung der ersten und zweiten Plätze konnte Österreich/Ungarn mit insgesamt 13 Stimmen genauso viel Unterstützung erfahren wie Portugal; Spanien als dritter Bewerber fiel im Resultat deutlich ab. Es gibt eine Reihe von Gründen, die eine neuerliche Bewerbung von Österreich/Ungarn für die Fußball-EM im Jahr 2008 erfolversprechend erscheinen lassen:

- Positive Erfahrungen mit der ersten länderübergreifenden Fußball-EM 2000 in Niederlande/Belgien
- Startvorteil für den zweiten Rang bei der Bewerbung für 2004
- Bevorzugung „kleinerer“ Länder
- mögliche EU-Mitgliedschaft von Ungarn bis 2008.

Damit eine neuerliche Bewerbung von Österreich/Ungarn für 2008 erfolgreich ist, müssen gleichzeitig mehrere Voraussetzungen erfüllt werden:

- Angebot der Infrastruktur
- Verbesserung des sportlichen Rankings der Nationalmannschaften von Österreich und Ungarn
- konzentrierte und spürbare öffentliche Unterstützung der Bewerbung
- gezieltes und frühzeitiges Lobbying bei der UEFA.

Ich stelle daher den Antrag des Kultur-Ausschusses (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Hiller, Kautz u.a., mit dem die Landesregierung die Bundesregierung auffordern wolle, an den Österreichischen Fußballbund heranzutreten und diesen einzuladen,

- die Bewerbung für die Fußball-EM 2004 zu analysieren,
- die Chancen bei einer neuerlichen Bewerbung für 2008 abzuschätzen und
- sich bei einer realistischen Chance, 2008 die Fußball-EM ausrichten zu können, gemeinsam mit dem Ungarischen Fußballverband bei der UEFA um die Ausrichtung der Fußball-EM im Jahr 2008 zu bewerben, wird genehmigt.“

Ich bitte um Durchführung der Debatte und um Abstimmung.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke, Herr Abgeordneter für diesen Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren!

Ich rede in einer etwas ungewöhnlichen Rolle. In einer doppelt ungewöhnlichen Rolle heute. Erstens als einzige Frau zum Thema Fußball und zweitens als mit dem heutigen Tag dienstälteste Fraktionsvorsitzende in diesem Landtag. Ich freue

mich auf eine gute Zusammenarbeit mit meinen ab jetzt an Dienstjahren als Fraktionsvorsitzende jüngeren Kollegen. Und hoffe, es gibt auch einmal irgendwann wieder eine Präsidialsitzung.

Zum Antrag jetzt: Nach dem gestrigen Spiel ist es ja ein wenig schmerzlich, heute über Fußball zu sprechen. Und es kommt jetzt darauf an, wie man es anschaut. Die Optimisten sagen, es war ja eh schon gar nicht so schlecht. 4:1 ist immerhin besser als noch das 9:0 gegen Spanien oder die damalige blamable Niederlage gegen die Färoer-Inseln. Der Einzige, der es eigentlich noch übertroffen hat an Niederlagen ist offenbar jemand, der beim nicht wirklich immer glückreichen Nationalteam eine Anleihe genommen hat. Nämlich unser neuer Kanzler mit seinem neuen Team, der gleich zu Antritt der neuen Mannschaft 14:1 gespielt hat. Und selbst das 1 ist eigentlich nur ein halbes, wenn man sich das so anschaut.

Das ist auch das Problem, das dieser Antrag hat. Dieser Antrag auf Abhaltung der Fußball-Europameisterschaften 2008 in einer Kooperation Österreich/Ungarn im Land wurde ja zu einer Zeit gestellt, als die jetzige Entwicklung und Situation noch nicht ganz so absehbar war. Damit hat der Antrag tatsächlich ein richtiges Problem. Und es gibt zwei Varianten wie man damit umgehen kann. Das eine, man zieht den Antrag zu diesem Zeitpunkt jetzt zurück. Das ist ein Vorschlag, den ich den Antragstellern unterbreiten kann. Es würde mich überraschen, wenn dieser Vorschlag aufgegriffen wird. Daher werde ich mich in meinen Ausführungen auf den zweiten Bereich konzentrieren. Nämlich, dann muss man halt etwas tun dafür, dass man da irgendeine Chance hat. Denn das, was früher einmal vielversprechend erschien, diese Kooperation Österreich/Ungarn als Projekt anzugehen, schaut aus heutiger Sicht ganz traurig aus.

Österreich hat sich ins Abseits manövriert mit dieser neuen Bundesregierung. Und bekanntlich ist es mehr als schwierig, aus dem Abseits ein gültiges Tor zu schießen. Die Verbündeten, die man braucht, um hier zu so einem Zuschlag zu kommen auf europäischer Ebene, die habe ich mir einmal herausgesucht an Hand eines „profil“-Artikels. Ich glaube, letzte Woche war das, das „profil“ vom 14. Februar 2000. Mit einer, wenn Sie gestatten, nur kurz die Karte herzuzeigen (*zeigt Zeitung*), mit einer Europakarte, wo man ablesen kann, wer derzeit zu den Freunden oder doch weniger gut gesinnten Ländern Europas zählt. Das heißt, an Hand dieser Karte müsste man annehmen, dass Ungarn zum Glück noch zu den Freunden zählt. Ich hoffe, die Ungarn überlegen sich das nicht mittel- und langfristig noch sehr gut, da sie ja immerhin

EU-Beitrittswerber sind. Und wie weit sie mit jemandem gemeinsame Sache machen wollen, der in Europa zur Zeit zumindest nicht besonders beliebt ist, wird sich noch zeigen. Dann haben wir Serbien als Verbündete. Die Schweiz steht da irgend wie auch noch mit dabei. Das kommt vermutlich darauf an, wie sich das entwickelt. Und Rußland haben wir da noch auf dieser Karte. Alle anderen sind eher gegnerisch eingestellt. Also wir haben es hier mit einer spielerischen Übermacht gegen einen österreichischen Vorstoß zu tun. Milosevič und Le Pen werden halt zu wenig sein um den Zuschlag für die Europameisterschaften zu bekommen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Also das ist doch ein Skandal bitte! – Abg. Weninger: Beim Haberler hast du dich nicht aufgeregt! Da warst du ruhig!)*

Ich wüsste nicht, was da Skandal ist, wenn ich über die Chancen eines Antrages auf Abhaltung der Europameisterschaft ... *(Abg. Hiller: Was hat das mit Milosevič zu tun?)*

Milosevič ist bekanntlich der Präsident von Serbien und Serbien ist hier als befreundetes Land aufgeführt. Wollen Sie, Herr Abgeordneter Hiller, mir klar machen und weis machen, dass Österreich völlig im Alleingang irgendwie diesen Zuschlag für die Europameisterschaften kriegen kann, ohne internationale Unterstützung? Glauben Sie das allen Ernstes, Herr Abgeordneter? *(Unruhe bei Abg. Hiller.)*

Was wir dann nämlich tun – da bin ich dann schon beim nächsten Punkt. *(Abg. Kurzreiter: Sie haben ja außerdem für den Herrn Milosevič seinerzeit beachtlich Partei ergriffen!)*

Nein, das war Ihre Verdrehung, gegen die ich mich heftig gewehrt habe. *(Nach wie vor heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Okay. Ich nehme zur Kenntnis, die Herren Abgeordneten auf dieser Seite des Hauses sind nicht bereit, über die Chancen dieses Antrages auch nur ernsthaft und annähernd zu diskutieren und ergeben sich in einer Polemik, von der ich mich bei der damaligen Sitzung schon heftig distanziert habe. *(Beifall bei Abg. Mag. Fasan.)*

Nur fürs Protokoll: Ich halte nach wie vor herzlich wenig von dem Herrn Milosevič und auch wenig vom Herrn Le Pen und ich denke, es sollte einem Land zu denken geben wenn das die Einzigen sind, die der neuen Bundesregierung gratulieren.

Zum Antrag zurück: Also das war jetzt einmal die Analyse dessen, was wir derzeit an Verbündeten haben. Und jetzt zum Thema, und offensichtlich ist es ein ganz heißes Thema: Sport und Politik. Das war immer eine, auch in den letzten Jahrzehnten, nicht nur in Europa schwierige, manchmal heikle Verbindung. An sich hat der Sport, und ich würde das intensiv unterstützen, die Rolle, verbind-

end zu wirken auf internationaler Ebene, zu fair ausgetragenen Spielen zu führen. Aber wir wissen genauso gut, dass gerade auch diese olympischen Spiele immer wieder natürlich Spielball, Austragungsort politischer Interessenslagen waren und damit eine enge Verquickung von Sport und Politik immer gegeben ist.

Nur um eines ganz klar zu machen: Wir als Grüne, und das haben wir in den letzten Tagen und Wochen mehr als deutlich immer wieder festgehalten, auch unser Bundessprecher und Klubobmann im Parlament, Van der Bellen, wir treten dezidiert dagegen auf, dass Schülerinnen oder Schüler und Schulklassen eingeladen werden von internationalem Austausch oder Veranstaltungen. Dass Radsportlerinnen oder Radsportler von Veranstaltungen ausgeschlossen werden. Dass man Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler wieder auslädt von Kongressen. Da trete ich strikte dagegen an. Noch dazu können die wenigsten ad personam wirklich irgend etwas dafür. Das ist ein Boykott, der sich mit Recht gegen eine Bundesregierung richtet, aber der zu Unrecht auf dem Rücken von Schulklassen ausgetragen wird. Das, was aber notwendig ist, ist, dass man den Tatsachen ins Auge blickt, Herr Abgeordneter, und dass man hier nicht, und ich distanzieren mich gleich vorab, bevor es wieder Missverständnisse gibt, von Handke und seiner politischen Position zu 100 Prozent, dass man nicht „die Angst des Tormannes vor dem Elfmeter“ kultiviert und sich hinstellt ins Tor, die Augen fest zu drückt und sagt: „Wird schon nichts passieren“. Genau das ist nämlich die politische Haltung, die Sie einnehmen wenn Sie sagen, na, der Antrag ist zwar Anfang Jänner schon formuliert und eingebracht worden, aber die Welt hat sich nicht verändert, ist uns alles egal. Es läuft eh wunderbar, wir machen das alles. *(Abg. Kurzreiter: Sie sind offenbar nicht bereit, demokratische Entscheidungen zur Kenntnis zu nehmen!)*

Und Sie sind nicht bereit, Herr Abgeordneter, sich über die Konsequenzen auch nur eine Sekunde lang den Kopf zu zerbrechen! *(Abg. Kurzreiter: Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass diese Regierung auf demokratische Art und Weise zustande gekommen ist!)*

Ja, aber, Herr Abgeordneter! Sie sind offensichtlich nicht bereit oder nicht im Stande zu erkennen, dass es auch Konsequenzen gibt, die man sich anschauen muss. Und die man sich anschauen muss, wenn man eine erfolgreiche Initiative setzen will. Wenn Sie bereit sind, den Antrag als Scherzartikel zu behandeln und in den Sand zu setzen, ist das Ihre Entscheidung. Meine Entscheidung ist, dass ich sage, ich will, dass niederösterreichische Initiativen Erfolg haben. Und daher bin ich bereit, mir das Umfeld seriös anzuschauen und entsprechende

Initiativen zu setzen. Das, was nämlich Sie oder Ihr Bundesparteiobmann gemacht hat in den letzten Monaten, ist, den Kopf in den Sand zu stecken. Schüssel hat immer wieder auf europäischer Ebene die gelbe Karte gezeigt bekommen. Und jetzt ist er bass erstaunt, dass er plötzlich die rote Karte von Europa gezeigt bekommt. Jetzt ist man überrascht, dass man auf dem internationalen Spielfeld nicht mehr mitspielen darf. Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, verstecken Sie nicht den Kopf von mir aus im Fußballtrikot, sondern schauen Sie sich an, wo wir stehen und arbeiten wir doch gemeinsam daran, dass es hier eine Chance geben kann. Tun wir nicht so als könnten wir Fußball spielen ohne einen Fußball. Das ist ja absurd!

Zur Spielstrategie, die da manchmal betrieben wird. Damit vielleicht hier wieder ein bisschen Ruhe hineinkommt, wende ich mich ganz kurz in einem Intermezzo der anderen Seite des Raumes zu. Es gibt unterschiedliche Strategien, wie man in einer Initiative zum Erfolg kommen kann. Eine ganz merkwürdige Spielstrategie verfolgt manchmal die SPÖ in diesem Haus, die offenbar im Arbeitsübereinkommen mit der ÖVP beschlossen hat, dass die SPÖ immer nur aufs eigene Tor spielen darf. Okay. Wenn Sie sich daran halten ist das Ihre Entscheidung. Ich spiele an auf die Aktuelle Stunde und deren Entwicklungen. Es gibt eine ÖVP, die glaubt dann überhaupt, sie sind Schiedsrichter, Linienrichter, Spielkapitän, Tormann, Stürmer, alles in einer Person. Okay. Soll auch eine Strategie sein. Und auf Bundesebene haben wir sowieso eine Situation wo der eigentlich Teamkapitän irgendwo draußen spielt.

Was man für ein erfolgreiches Spiel aber braucht... (*Unruhe bei Abg. Kurzreiter.*)
Na gut. Ich mache Ihnen einen anderen Vorschlag, Herr Abgeordneter Kurzreiter, der ja gar nicht mitspielt im Moment sondern auf der Ersatzbank sitzt. Ich schlage Ihnen eine Rolle vor: Werden wir schauen, ob wir da zusammen kommen. Weil mir geht es darum, konstruktiv etwas weiter zu bringen und nicht so wie Sie die Realität einfach zu verleugnen. (*Abg. Mag. Schneeberger: Da muss man aber anders reden Frau Kollegin!*)

Nehmen wir doch einmal die Rolle des Aufbauläufers. Aufgabe des Aufbauläufers ist es, Bälle im Mittelfeld günstig zu positionieren, damit man tatsächlich den Ball auch ins gegnerische Tor einmal bringt und punkten kann. Das Problem ist, dass wir jetzt... (*Unruhe im Hohen Hause.*)
Darf ich vielleicht einmal drei Sätze ununterbrochen sprechen? Wäre das, bitte, möglich?

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Frau Abgeordnete! Das liegt im Interesse von beiden Seiten. Also, ich habe auch Ihnen hier einen Freiraum eingeräumt. Man muss auch den Zwischenrufen einen Freiraum einräumen.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Gut. Ich nehme zur Kenntnis und ich gebe zu Protokoll, es provoziert die ÖVP offensichtlich aufs Heftigste wenn eine Frau über Fußball spricht. Punkt. (*Beifall bei Abg. Mag. Fasan.*)

Noch mal zur Rolle, die ich vorschlage. Aufbauläufer. Als Aufbauläufer haben wir im Moment offensichtlich ein gewisses Problem so in der generellen Situation, weil es einen Rechtsaußen gibt. Ich glaube ja, er hat eigentlich Torangst und deswegen nimmt er die günstig aufgespielten Bälle nur bedingt an und bombt sie dauernd ins rechte Eck. Es ist bekannt, ein Eckball wird von der gegnerischen Mannschaft zurückgespielt. Und es bleibt dann der ursprünglichen Mannschaft nur noch eines, und das erleben wir offenbar jetzt in diesem Haus auch schon, ich habe eigentlich gedacht nur auf Bundesebene, nämlich Mauern. Mauern und irgendwie verweigern was alles gerade ausgeht.

Die Strategie, die ich jetzt aber vorschlagen möchte für diesen Antrag, damit er nämlich überhaupt eine Chance hat auf Erfolg. Dass wir eine Ausgangssituation schaffen, die ihm Chancen überhaupt mal einräumt weil wir sie derzeit nicht haben. Und Sie werden mir das hoffentlich nicht abstreiten, Herr Abgeordneter Kurzreiter, es ist nun mal so, dass zur Zeit Radfahrer ausgeladen werden, dass Städtepartnerschaften aufgekündigt werden, dass Schulklassen heimgeschickt werden, dass im Tourismus die Stornos hereintröpfeln und dass wir eine diplomatische Eiszeit haben. (*Abg. Kurzreiter: Und das findet sehr wohl Ihr Wohlfallen!*)

Nein, das findet unsere Initiative im Ausland, wie Sie genau wissen. (*Abg. Kurzreiter: Damit kommt Ihr Patriotismus sehr stark zum Ausdruck! - Heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

Nur als Anmerkung. Es sind die Grünen im Moment, die als einzige patriotisch unterwegs sind und als einzige in Europa die Kontakte haben und nutzen und die sich einsetzen dafür, dass nicht das ganze Land für etwas in Geiselnhaft genommen wird, was die Bundesregierung und die ÖVP verbockt haben.

Die Strategie, die ich eigentlich vorschlagen möchte für diesen Antrag auf Fußballmeisterschaften, ist, dass wir sozusagen einen Aufbauläufer irgendwo finden, der den Ball günstiger aufspielt.

Und dass wir uns nicht begnügen mit schön reden, es gibt keine Probleme, oder dem im Sport berühmten und jetzt auf die Politik übergreifenden „hätt i - war i“, ja? Hätten die nicht so, dann wäre ich ja eh Sieger gewesen. So wird es nicht gehen. Sondern es gibt einen dringenden Handlungsbedarf. Und ich gebe die dringende Empfehlung ab, auf diesen unberechenbaren Rechtsaußen zu verzichten.

Welche Maßnahmen könnten nun geeignet sein und welche sind es nicht? Also ganz kurz zwei Maßnahmen. Eigentlich eine, die ich für nicht geeignet halte. Ich halte Inserate in internationalen Zeitschriften um teures Geld noch dazu für eher entbehrliche Maßnahmen. Also ich glaube nicht, dass die Fußball-EM leichter zu kriegen ist, wenn wir im „International Herald Tribune“ jetzt eine ganzseitige Einschaltung machen und dafür zahlen. Genauso wie Werbemaßnahmen, und das haben auch mehrere Agenturen ja bestätigt, in so einer Situation nicht angebracht sind. Eine geeignete Maßnahme wäre sicher, da ist mir gleich der nächste Aufruhr gewiss, wenn die Regierung einfach zurücktritt. Weil dann ist der Anlass der Verstimmung weg. Und das Problem ist ja, dass die Regierung kein Problem hat, sondern ein Problem ist. Um es fußballerisch zu formulieren. Die ÖVP hat es ein bisschen gemacht wie der FCN, oder? Man hat fusioniert, obwohl eigentlich das fehlende Spielermaterial ein Problem ist. (*Beifall bei SPÖ und Grüne.*)

Man hat, aber da muss man sagen, das ist gut gelungen, weil zwei Mannschaften auf eine Spielstrategie zu bringen ist ja normalerweise schwierig. Man hat sich im Spielstil unglaublich rasch gefunden. Allerdings auf Unterliga-Niveau. Der FCN ist heute bankrott. Die Bundesregierung, denke ich, ist vermutlich mit dieser Spielstrategie bald einmal abstiegsgefährdet. Um Schaden abzuwenden, um diesem Antrag überhaupt auch nur den Funken einer Chance zu geben, dass daraus was wird, schlagen wir im Interesse erstens des Sports und des Fußballes, zweitens im Interesse der Bevölkerung und des Landes vor, uns an die Bundesregierung zu wenden. Also sozusagen spielen wir jetzt hier als Aufbauspieler den Ball günstig auf. Es liegt an Ihnen allen ob Sie diesen Ball dann aufgreifen. Und ich bringe eine Resolution ein (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 404/A-1/22 betreffend Verbesserung der Ausgangschancen für eine Bewerbung um die Fußball-Europameisterschaften 2008.

Eine Bewerbung um die Austragung der Fußball-Europameisterschaften 2008 als gemeinsame Initiative von Österreich und Ungarn scheint zum derzeitigen Zeitpunkt angesichts der internationalen Isolation Österreichs und der verschlechterten Beziehungen zu vielen europäischen Staaten wenig erfolgversprechend und daher verfrüht. Gleichzeitig ist aber eine zeitgerechte Sondierung der Chancen und eine rechtzeitige Erarbeitung eines Konzepts für eine solche Bewerbung sinnvoll.

Um die derzeit denkbar ungünstigen Ausgangschancen für eine Austragung der Fußball-Europameisterschaften 2008 in Österreich zu verbessern und um Sympathie für einen derartigen Vorstoß aufzubauen, besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für eine Verbesserung der Ausgangschancen für eine Bewerbung von Österreich gemeinsam mit Ungarn für die Abhaltung der Fußball-Europameisterschaften 2008 zu sorgen und diesbezüglich bei der Bundesregierung vorzusprechen, um

- die große Sorge um die außenpolitische Isolation Österreichs und die Verschlechterung der Beziehungen zu vielen europäischen Staaten seit Bildung der neuen Bundesregierung, welche auch eine massive Verschlechterung für österreichische Initiativen wie jene für die Fußball-EM 2008 bedeuten, zum Ausdruck zu bringen,
- sich für eine konsequente Politik auszusprechen, welche sich eindeutig und konsequent von verleumderischen, beleidigenden und rassistischen Äußerungen distanziert, um so zu einer Wiederherstellung des Ansehens Österreichs beizutragen und hinkünftig internationale Kooperationen im Sport wieder zu erleichtern,
- die Bundesregierung aufzufordern, zur Hebung des internationalen Ansehens Österreichs und der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in ihrem Bekenntnis zu den Grundwerten von Demokratie und Toleranz auf einschlägige Werbeinserate und PR-Kampagnen zu verzichten und statt dessen die dafür vorgesehenen Mittel an anerkannte Nicht-Regierungsorganisationen (wie z.B. SOS Mitmensch) für Anti-Rassismus-Initiativen zu vergeben.“

Ich ersuche Sie im Sinne des Antrages und des Interesses, das dahinter steht, um Zustimmung zum Resolutionsantrag. Der Ball ist sozusagen aufgespielt für Sie. Es liegt an Ihnen, ob er ins Out

geht, ob es ein Eckball wird, ob es ein Erfolg werden kann. Es ist Ihre Entscheidung. Wir haben uns bemüht um einen konstruktiven Beitrag im Interesse des Landes. Und im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratierform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schimanek.

Abg. SCHIMANEK (FPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Vorerst möchte ich einige Sekunden meiner Redezeit dem Dank widmen an die SPÖ-Fraktion für diese Aktuelle Stunde. Die war hervorragend. Die hätte nur mehr übertroffen werden können durch eine Aktuelle Stunde über das Platzen der Nachtbereitschaft der Medizinischen in Niederösterreich. Das nur dazu. Ich möchte auch anmerken, dass ich mich nicht in die Niederungen des Kollegen Kautz gebe, sondern der SPÖ-Fraktion danke. Wenn ich so wie Sie, Herr Kollege Kautz, agieren würde, müsste ich aus dem „S“ ein „K“ machen. Das mache ich aus Überzeugung nicht. Das möchte ich auch hier betonen. Und Sie alle würde ich bitten, dass Sie den Herrn Kollegen Kautz ein bisschen im Zaum halten, dass solche Ausfälle künftig nicht mehr in diesem Haus und auch sonst nirgend mehr passieren. Das zu Beginn einmal. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt zum Thema! Liebe Frau Kollegin Weinzingler! Einige Worte möchte ich schon auch an Sie verlieren. Nur als Beispiel, weil Sie den Tourismus, den schlechten Tourismus in Österreich auf Grund der Situation und der angeblichen Ausländer, die nicht zu uns kommen, angesprochen haben. Ich darf Ihnen nur ein Beispiel zitieren: Kärnten! Vergangener Sommer. Das beste Tourismusergebnis seit zehn Jahren! Unter Landeshauptmann Dr. Jörg Haider! *(Beifall bei der FPÖ. – Unruhe im Hohen Hause.)*

Und wir haben im heurigen Winter bisher das beste Saisonergebnis in Kärnten seit zehn Jahren. Unter Landeshauptmann Dr. Jörg Haider! Wissen Sie, wer vor zehn Jahren, als die letzten besten Ergebnisse waren, regiert hat in Kärnten, an der Spitze dieses Landes? Landeshauptmann Dr. Jörg Haider! Nur zu Ihrer Information. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich nenne auch Kitzbühel als ein Beispiel. Ein freierheitlicher Bürgermeister. In Kitzbühel bekommen Sie nicht einmal mehr ein Kammerl. Es ist alles ausgebucht! Das alles unter freierheitlicher Führung. Also Sie sollten ein bisschen mehr innerösterreichische Tourismusinformationen einholen.

Grundsätzlich, wenn ich Ihrer Rede so gefolgt bin, muss ich annehmen, dass Sie und Ihre Kolle-

ginnen und Kollegen sich offenbar freuen über die unqualifizierten Angriffe aus dem Ausland, die auf Österreich jetzt zuletzt niedergeprasselt sind. Mittlerweile müssten Sie aber auch bemerkt haben, dass sogar der Herr Präsident Chirac und andere Regierungs- und Europapolitiker in anderen Ländern längst erkannt haben, dass sie hier falsch gehandelt haben. Und sie haben auch schon einiges zurück genommen. Das geht natürlich nicht so von einem Tag auf den anderen. Die Herrschaften haben das zwar erkannt, so nehme ich an, aber sie werden natürlich nicht von einem Tag auf den anderen ihre Meinung so rasch ändern. Aus optischen Gründen. Aber ich glaube, dass diese Falschinformationen, denen diese Herrschaften unterlegen sind, zum Großteil auf Grund von Verleumdungen passiert sind, die aus Österreich gekommen sind und von Herrschaften wie Vockenhuber, Pilz und anderen Genossen aus dem Grün-Bereich. *(Beifall bei der FPÖ und Abg. der ÖVP.)* Ich hoffe, dass Ihnen das ein bisschen zu denken gibt.

Zur Bewerbung um die Europameisterschaften für Österreich gemeinsam mit Ungarn für das Jahr 2008: Na selbstverständlich sollen wir Österreicher darauf dringen, dass wir alle nur möglichen internationalen Bewerbe zu uns bekommen. Wir haben ja bewiesen, dass wir einiges imstande sind, nicht nur zu organisieren, sondern auch hervorragend durchzuführen. Nur glaube ich, eine Bewerbung um die EM 2008 alleine ist zu wenig. Da sollten wir in Niederösterreich schon auch ein bisschen Vorreiter spielen und schauen, dass wir die Entwicklung, die derzeit Platz gegriffen hat in Gesamt-Österreich, speziell auf dem Fußballsektor, dass wir die einbremsen und in die andere Richtung bewegen. Und da wird auch ein Stadionbau in St. Pölten beispielsweise zu wenig sein.

Wir müssen Gegenmaßnahmen setzen, auch in Niederösterreich! Und hier hat der Nachwuchs im Vordergrund zu stehen. Denn die Besten auch aus Niederösterreich sollen Österreich im Jahr 2008 bei dieser Fußball-Europameisterschaft vertreten, und wenn es geht, in Österreich und in Ungarn. Wenn allerdings die Entwicklung so weiter geht - da gebe ich der Frau Abgeordneten Mag. Weinzingler schon Recht - dann wird Österreich auch im Jahr 2008 Prügelknabe werden, selbst wenn wir diese Europameisterschaften ausrichten dürfen. Und wir werden weiter zum Gespött Fußball-Europas werden. Das gestrige 1:4 gegen Griechenland ist ja nur eine nahtlose Fortsetzung des 0:9 gegen Spanien, des 0:5 gegen Israel, des 1:3 gegen Spanien in der Folge. Also hier hat einiges zu geschehen. Und wir sollten endlich erkennen, dass dieser Fußball in Österreich nicht nur in einer spielerischen, in einer fußballerischen Krise steckt - auch in Niederöster-

reich -, sondern dass es sich hier um eine langjährige Funktionärskrise handelt.

Und vor allem diese Funktionärskrise hat sich niedergeschlagen in der fehlenden Jugendarbeit. Und die traurige Situation auch in Niederösterreich ist nicht zuletzt der Politik in diesem Land zu verdanken. Ich erinnere nur an das Schicksal der Fußballvereine Krems, Admira, St. Pölten. Da ist die Politik sehr wohl mit ihrem Daumenabdruck zu sehen. Jetzt noch. Und ich glaube, dass hier ein Gegensteuern in der jetzigen Situation dringend notwendig ist. Etwa auch durch eine Erneuerung im NÖ Fußballverband. Wir sollen uns nicht nur bewerben für die Europameisterschaften, wir sollen auch im eigenen Haus ein bisschen Ordnung machen. Wenn ich mir vorstelle, dass im österreichischen Fußballverband ein Sammelbecken von Spätpensionisten am Werk ist, dann müsste man hier ein bisschen was ändern. Ich selber stehe vor der Tür zur Pension. Aber ich glaube, dass es nicht der Sinn und Zweck ist, dass man 75-Jährigen, die noch einmal kandidieren wollen zum Präsidenten, dass man denen das Schicksal dieses Landes in die Hand geben sollte. Der hat Seines geleistet, der Präsident, daher sollte man jetzt schauen, dass Jüngere wieder zum Zug kommen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich will den Pensionisten-Funktionären ja nicht nahe treten. Ich will ihnen nicht nahe treten, ich sage es ja. Aber von einer „Muppet-Show“ im NÖ Fußballverband können wir ganz einfach nichts erwarten. Wir müssen das ändern. Wir müssen da etwas tun. *(Heftige Unruhe bei Abg. Erber.)*

Nein, die haben bis jetzt nichts zusammen gebracht in den letzten Jahren, Kollege Erber. Nein, das ist schon so. Sie brauchen nur die Ergebnisse anzuschauen, was in Niederösterreich passiert.

Darf ich zur Erinnerung jetzt den Antrag bringen, der damals am 21. Juni 1999 einstimmig angenommen wurde. Und zwar wurde die NÖ Landesregierung, insbesondere die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop aufgefordert, beim ÖFB neuerlich vorstellig zu werden, um die Installierung eines Bundesnachwuchszentrums in der Saison 2000/2001 in St. Pölten zu erwirken. Das hat sie auch getan. Und es ist zurückgekommen - das werden Sie wissen -, dass eine Entscheidung dem Bundesvorstand im Frühjahr 2000 vorbehalten ist. Diese Entscheidung sollten wir jetzt nicht abwarten, sondern wir sollten neuerlich vorstellig werden. Und die Frau Landeshauptmannstellvertreterin könnte den Herrn Peppo Mauhart sozusagen ununterbrochen darauf ansprechen, dass er diesen Antrag nicht vergisst. Weil damit die Rahmenbedingungen für Niederösterreich auch

hinsichtlich einer Europameisterschaft 2008 verbessert werden.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass der NÖ Fußballverband und das Land mit entsprechenden Förderungen prominente ehemalige Fußballer als „Wandertrainer“ für den Nachwuchsbereich zu den Vereinen schickt. 14 Tage geht er dort hin und schaut dort, sucht Talente. Und diese Talente kann man dann eventuell einem Bundesleistungszentrum, einem Bundesnachwuchszentrum in St. Pölten zuführen. Das wäre eine sinnvolle Überlegung, um für 2008 die besten jungen Leute für unsere Fußballnationalmannschaft auch aus Niederösterreich zu bringen. Also da haben wir noch einiges zu tun. Und ich sage, solche Begleitmaßnahmen, die könnten dann natürlich den Ausschlag dafür geben, für Österreich und auch für Niederösterreich, dass die Grundsteine für eine erfolgreiche Fußballzukunft in diesem Lande gelegt werden. Ich glaube, dann wäre auch ein Stadionneubau gerechtfertigt. Und ich glaube auch, liebe Frau Landeshauptmannstellvertreterin, der Ball liegt jetzt an dir, aber auch an uns allen. Wir werden jedenfalls diesem Antrag gerne zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger gemeldet.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich möchte tatsächlich berichtigen, dass weder Peter Pilz noch Johannes Voggenhuber noch sonst jemand von den Grünen in irgendwelcher Weise Druck auf Chirac oder sonst einem europäischen Staatsführer oder ein Land ausgeübt haben um Sanktionen zu erreichen. Punkt 2: Ich darf auch stellvertretend praktisch berichtigen, dass die Sanktionen der 14 in der EU sich nicht auf Österreich und seine Menschen, sondern auf Österreich, nämlich die Bundesregierung, die neue Bundesregierung beziehen und auf bilateraler Ebene gesetzt werden. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ *(SPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich weiß schon, manche vertragen die Wahrheit nicht! Und wenn man ihnen die Wahrheit sagt, werden sie persönlich und beleidigend. Herr Kollege Schimanek. Ich bin das gewohnt von Ihnen. Seien Sie aber nicht böse, wenn ich keine Antwort gebe. Weil auf dieses Niveau, das Sie hier vorge-

bracht haben, begeben Sie sich wirklich nicht hinunter. Nur eine Frage: Gehen Sie hier in Pension oder gehen Sie in ORF-Pension, nachdem Sie gesagt haben, Sie stehen irgendwo an der Tür zur Pension.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Frau Kollegin Mag. Weininger hat, ausnahmsweise, von meiner Warte aus betrachtet, fast ausnahmslos Recht. Die Frage einer EM-Bewerbung ist natürlich im Raum gestanden, als Österreich eine Bundesregierung hatte, die im Ausland gute Reputation hatte. Ist dann im Raum gestanden, als wir knapp unterlegen sind. Warum sollten wir es nicht ein zweites Mal versuchen? Noch dazu, wo wir wissen, dass eigentlich die ehemaligen Ostblockstaaten, die miteinander Jahrzehnte auf Ge- und Verderb verbunden waren, momentan nicht miteinander konnten. Und daher die Bewerbung durchgefallen ist. Das heißt, man darf es natürlich ein zweites Mal versuchen und soll es versuchen. Der gestrige Tag war auch nicht angetan, dass man das heute diskutiert. Aber trotzdem. Es wurde von dieser Stelle heute schon festgestellt, wie es in Österreich mit dem Fußball aussieht. Nur, von unkompetenter Stelle. Denn wenn ich irgendwann einen Trainer 14 Tage zu einer Fußballmannschaft hinschicke und irgendwelche Jugendlichen zusammensammle, die Talent haben, und die dann vielleicht aus Zöbern, das ist nämlich der letzte Ort in Niederösterreich, nach St. Pölten bringen soll, so zeigt das die Qualität dieser Aussagen. Ich kann aus Erfahrung reden: Mein Sohn war in einem Leistungszentrum. Ich wohne in Neunkirchen, er hat in Wr. Neustadt gespielt. Und die Aufgabe, die da ein Elternteil hat, um ihn immer zur Schule zu bringen, zum Training zu bringen, jedes zweite Wochenende die Schule zu versäumen... Die HTL hat er dann in Eisenstadt besucht, das war etwas anderes. Aber wie es halt bei den Blauen so üblich ist: Es wird irgendetwas gesagt, irgend etwas bleibt schon hängen. Ob es durchführbar ist, ist eine zweite Angelegenheit. *(Abg. Schimanek: Du kennst die Südstadt nicht, aber es macht nichts!)* Wir können in die Südstadt schauen, ja. Doch hast du, Herr Kollege Schimanek, gesagt St. Pölten. Ich habe richtig gehört, St. Pölten. Du hast von der Südstadt nichts gesagt. Daher habe ich deine Worte verwendet. *(Unruhe bei Abg. Schimanek.)* Ich würde dich einmal ersuchen, mit dem ÖFB zu reden, mit dem NÖ Fußballverband zu reden, die Statuten anzuschauen. Dann kann man vielleicht sachlicher darüber diskutieren.

Nun, das 4:1 gestern hat natürlich auch Wunden aufgerissen. Und man könnte es anders sagen. Wenn wir schon keine Qualifikation schaffen, dass wir in dieser Klasse mitspielen können, so sollte

man zumindest das Freilos dann nützen, wenn die Europameisterschaft in Österreich stattfindet. Weil dann darf man mitspielen. Da kann man lernen, da kann man sich anschauen, wie die besseren Nationen das Spiel aufziehen. Man darf es auch von der anderen Seite sehen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Eine Bewerbung für die Ausrichtung einer Europameisterschaft ist ja nicht nur eine sportliche Angelegenheit, sondern ist auch eine wirtschaftliche. Es heißt zwar, Sport verbindet Völker. Momentan nicht ganz, wenn ich nach Belgien schaue, das Rad-Nationalteam mir anschauen, das ausgeladen wurde, das U23-Team, aber vielleicht kommt es wieder. Das heißt, schauen wir nach Innsbruck, wo wir zwei Olympiaden gehabt haben, welchen wirtschaftlichen Aufschwung es dort gegeben hat. Schauen wir in die Region Dachstein/Ramsau nach der Weltmeisterschaft. Schauen wir nach St. Anton, wo sie jetzt schon fast übergehen, weil eine Weltmeisterschaft kommt. Und schauen wir nach Kärnten – nicht, weil der Herr Landeshauptmann Haider dort ist, sondern wir hatten die Rad-Weltmeisterschaft in Kärnten. Und auch dort ist das dementsprechend positiv wirtschaftlich zu bewerten gewesen.

Um bei der Wirtschaft zu bleiben. Ich war vergangene Woche, vor 14 Tagen in Kärnten auf Schiurlaub. Hatte leider das Vergnügen, in einem schönen Hotel zu wohnen. Und die Hoteliers haben gesagt, nächste Woche sind Zimmer frei. Nämlich 3, weil holländische und belgische Familien kurzfristig storniert haben auf Grund dieser Bundesregierung. Und wenn heute das Argument gekommen ist, na im Sommer war Kärnten voll - ist ja klar. Zu dem Zeitpunkt der Buchungen für den Sommerurlaub hat es den Haider als Menschen in Kärnten gegeben, aber noch nicht als Landeshauptmann. Und in Zukunft werden wir das auch in den kommenden Sommersaisonen sehen. Und ich sage, Kitzbühel hängt sicher nicht vom Bürgermeister ab, sondern hängt sicher vom Tennisturnier ab, hängt sicher von der Streif ab, dass Kitzbühel entsprechend ausgebucht ist. Aber man kann natürlich immer versuchen, das in ein anderes Licht zu tauchen.

Das heißt, wenn wir diese Europameisterschaft bekommen, ist es auch wirtschaftlich für Österreich von Vorteil. Ich kann nur hoffen. Und Frau Kollegin Mag. Weininger, Ihr Antrag, alles okay. Nur die Frage, wir müssen heute den Ball weiter spielen, wie Sie richtig gesagt haben: Es muss sich eine Bundesregierung einmal dazu bekennen, ob sie will oder nicht will. Und dann kann man entsprechende Maßnahmen setzen. Für mich ist das eigentlich eine Chance, 2008 die Europameisterschaft zu

bekommen. Die Entscheidung fällt 2003, 2004. Und ich rechne eigentlich nicht damit, dass zu dem Zeitpunkt diese Bundesregierung noch im Amt ist. Denn so lange wird sie das nicht aushalten. So lange kann man Österreich sicher nicht isoliert betrachten. Denn diese Bundesregierung hat außer Schaden für Österreich noch nichts gebracht! Die Reputation, die diese Regierung im Ausland hat, ist leider nicht so wie wir Österreicher es gewohnt sind, und die letzten 40 bis 50 Jahre es gewohnt waren, dass Österreich im Ausland Reputation hatte. Diese Regierung hat es von einem Tag auf den anderen zustande gebracht, diese Reputation zu verlieren, zu verspielen. Es ist so! Fakten wollt ihr nicht hören, sie sind aber da. Und ich kann es nur immer wieder wiederholen. In der Schule sagt man auch, je öfter man es wiederholt hat, umso leichter lernt man es. *(Abg. Mag. Schneeberger: Das gilt aber für euch mindestens genauso!)*

Ja, Herr Kollege, keine Frage. *(Abg. Kurzreiter: Ihr habt aus der Waldheim-Geschichte nichts gelernt!)* Warum? Herr Kollege! Mir tut leid, dass du eigentlich als älterer Mensch, als älterer, erfahrener Politiker nicht weißt, dass das Ausland - wir sind ein Jahrgang, ich weiß schon, ich fühl mich auch schon als älterer Mensch - dass ihr nicht wisst, was sich da draußen abspielt in der Welt. Oder mit geschlossenen Augen das nicht sehen wollt. Das ist das Tragische daran. Es ist passiert. Es ist ohnehin schon da. Nur, dass man es nicht sehen will, dass man die Augen zu macht, das ist das Tragische an dem, was da jetzt passiert. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Entschuldigung, ich habe mit der Regierungsbildung kein Problem. Das ist demokratische Mehrheit. Nur, was herauskommt und welcher internationale Schaden damit herausgekommen ist, das habt ihr zu verantworten. Die Regierung ist demokratisch zustande gekommen. Das hat niemand bezweifelt. Nur, der Schaden ist auch demokratisch zustande gekommen. Und die, die jetzt am Ruder sind, haben diesen Schaden wieder gut zu machen. *(Abg. Schimanek: Durch Verleumdung ist der entstanden!)* Ist keine Verleumdung, Herr Kollege. Es sind Fakten. *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)* Eines muss ich eigentlich schon sagen. Von einem Abgeordneten, der in diesem Hohen Haus sitzt, hätte ich eigentlich mehr Verständnis erwartet und nicht so große Naivität, dass einer das nicht verstehen kann. Aber ist so. Das ist eben die Politik der Freiheitlichen. *(Abg. Haberler: Das ist Nestbeschmutzung!)*

Ihr habt das immer gemacht. Wir haben es nie getan!

So, meine sehr geschätzten Damen und Herren, damit darf ich mich einem zweiten Thema zuwenden, neben der Europameisterschaft. Wir ha-

ben natürlich sehr gute Sportler in Niederösterreich, ausgezeichnete Sportler, die auch entsprechend geehrt werden und für die auch die Presse dementsprechend eine Wahl zum „Sportler des Jahres“ durchführt. Bis auf zwei Jahre 1999 und 2000 hat es immer eine Festveranstaltung gegeben, in der die Sportler des Jahres geehrt wurden. 1999 war das in der Südstadt anlässlich des „Südstadtballes“. 2000 war es beim Union-Ball hier in St. Pölten, wo zu später Nachtstunde diese Ehrungen durchgeführt wurden. Ich weiß schon, man kann es damit begründen, naja, da ist ein Event, da kann man sparen. Frau Landeshauptmannstellvertreter! Ich glaube, es ist nicht richtig. Aus zwei Gründen: Erstens einmal ist die Optik schief, wenn es gerade der Union-Ball ist und Sie Präsidentin sind. Zweitens haben Sie es nicht nötig, sich dafür in das Rampenlicht zu stellen. Und der dritte Grund: Es wird sicher eine andere Möglichkeit auch geben, diese Sportler in die Öffentlichkeit zu bringen. Und ich darf daher einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Kautz, Hiller, Schimanek zum Antrag der Abgeordneten Hiller, Kautz u.a. betreffend die Bewerbung für die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft im Jahr 2008 in Österreich, Ltg. 404/A-1/22, betreffend Ehrung der NÖ Sportler des Jahres.

Eine Auswahl von NÖ Sportjournalisten wählt jährlich die NÖ Sportler des vorangegangenen Jahres. Diese Sportler werden dann im Rahmen einer Veranstaltung durch das für Sportangelegenheiten zuständige Mitglied der NÖ Landesregierung besonders geehrt. In der Vergangenheit wurde diese Ehrung im Rahmen von Sportveranstaltungen (z.B. Handball-WM, Basketballspiel), von Bällen (z.B. Ball des Leistungszentrums Südstadt, Ball der Sport-Union St. Pölten) oder als eigene Veranstaltung durchgeführt. Es erscheint zweckmäßig, die Form der Ehrung der NÖ Sportler des Jahres, die Örtlichkeit und den Termin im Landessportrat zu beraten.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere LHStv. Liese Prokop wird aufgefordert, im Landessportrat über den Rahmen für die zukünftige Ehrung der NÖ Sportler des Jahres zu beraten und in Zukunft diese Ehrung im Sinne des Vorschlages des Landessportrates auszurichten.“

Ich darf ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Ich glaube, es ist besser, wenn

eine andere Veranstaltung als eine Ballveranstaltung herangezogen wird, um die Sportler des Jahres zu ehren. Denn es hat sicher wenig Öffentlichkeitswirkung, wenn irgendwann zwischen 22.00 Uhr und 23.00 Uhr am Abend bei einem Ball die Ehrung überreicht wird. Es wäre besser, wenn man das medial besser gestalten könnte, auch im Sinne der Sportler.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Noch ein Wort zur Ausrichtung der Europameisterschaft: Momentan können wir den Ball nur weiter spielen. Die Bundesregierung muss sich einmal entschließen, ja, wir wollen das. Und der ÖFB muss sich entschließen. Und dann sollten wir gemeinsam an einem Strick in die gleiche Richtung ziehen, um diese Veranstaltung zu bekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Bevor ich jetzt Herrn Abgeordneten Hiller das Wort gebe, möchte ich noch die Schülerinnen und Schüler der Maturaklasse der HBLA Sitzenberg als interessierte Zuhörer bei uns begrüßen. Herzlich willkommen! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Herr Abgeordneter! Sie haben das Wort.

Abg. HILLER (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich darf mich zu vorliegendem Antrag melden und darf am Beginn einige Feststellungen treffen zu den Ausführungen meiner Vorrednerin und meiner Vorredner.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand hätte gedacht, dass eine so einfache, sachliche Materie solch' politisch vielfältige, widersprüchliche und überzogene Aussagen nach sich zieht. Nichts anderes als jene Umstände, die wir vor Jahren hier schon abgehandelt haben. Nämlich dass wir es für gut befunden haben, dass Österreich sich gemeinsam mit unserer Nachbarrepublik Ungarn um die Austragung eines großen internationalen sportlichen Bewerbes, nämlich einer Fußball-Europameisterschaft bemüht, war Gegenstand. Und nunmehr ist gleiches gegeben. Wobei ich vor allem der Kollegin Mag. Weinzingler genaues Studium des Antrages raten würde, da sehr wohl große Teile ihrer Kritik hier mit beinhaltet sind. Es ist ja nicht die Aufforderung des Landtages auf Austragung, sondern es steht im Antragstext ganz klar ausgewiesen, dass an die Bundesregierung und den Österreichischen Fußballbund die Bitte ergeht, die Bewerbung für die Fußball-EM 2004 zu analysieren. Einerseits die Bewerbung Österreichs, mit der wir im Wettbewerb vieler Bewerber den ausgezeichneten zweiten Platz erreichen konnten. Zum Zweiten, die Chancen einer neuerlichen Bewerbung für 2008 abzuschätzen. Und bei einer

realistischen Chance, 2008 die Fußball-EM auszurichten, das mit dem Ungarischen Fußballverband entsprechend abzustimmen. Das ist der Gegenstand, sehr geehrte Damen und Herren! Und ich sehe darin ja nicht ein unbedingtes Muss oder einen Willen, sondern man soll wie bisher den Sport Sport sein lassen und die Politik dort hin geben, wo sie hingehört, Frau Mag. Weinzingler. Und soll nicht alle Bereiche des Lebens so verpolitisieren wie Sie das tun. Das verwirrt die Leute, das destabilisiert! Und das zeugt nicht von Patriotismus, sondern von politischem Aktionismus, den Sie nicht nur hier üben, sondern auch auf der Straße. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wenn hier die Aktivitäten der Sportpolitik und der Verbände gleichermaßen kritisiert werden, so möchte ich nur darauf hinweisen, sehr geehrte Damen und Herren, dass gerade in unserem Bundesland Niederösterreich die Sportpolitik sehr große Erfolge und speziell im Fußball diese aufzuweisen hat. Weil die Funktionäre nicht daran gehen, politisches Kleingeld hier einzulösen. Die Nachwuchsmannschaften Niederösterreichs etwa - alleine am Sektor Fußball sind es zirka 1.600 Nachwuchsmannschaften - brauchen ihre Erfolge nicht zu verstecken, sondern wir können mit Stolz und mit Recht sagen, wir sind im prozentuellen Vergleich auch das Fußball-Topland beim Nachwuchs Österreichs. Und das ist ein stolzer Erfolg, der nicht von den Jugendlichen alleine kommt, meine Damen und Herren. Sondern durch ein funktionierendes Zusammenwirken zwischen allen Verantwortungsträgern, jenen engagierten Idealisten, die vor Ort die Verantwortung für die Vereine nicht nur des Erfolges willen, sondern auch für die Zukunft, für die Volksgesundheit und eine vernünftige Freizeitgestaltung tragen.

Ich muss auch schärfstens zurückweisen, was Kollege Schimanek hier dargelegt hat: Verdiente Funktionäre, die Jahrzehnte ihres Lebens, den Gegenwert vieler tausender Schilling in den Sport in idealistischer Form eingebracht haben dann letztendlich als eine „Muppet Show“ abzutun, wenn diese landauf, landab ihre Freizeit, ihre Gesundheit, ihre Nerven strapazieren, damit in Niederösterreich „etwas weiter geht“. Wir können nicht verordnen, wie gut in den Spitzenpositionen letztlich der NÖ Fußball ist. Aber ausgewiesene Tabellenplätze und Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass in den Gremien, in den Wirkungsbereichen, wo der NÖ Fußballverband, wo der Landessportrat seine Wirkung einbringen kann und umsetzen kann, dass dort alles bestens funktioniert. Wie weit dann in den einzelnen Vereinen die Managements besser, glücklicher agieren, das ist sicherlich auch zum Teil ein Zufallsaspekt. Hier hat sich die Politik nie

eingemischt in Niederösterreich. Sondern das ist eine Sache jener, die die Management-Verantwortung zu tragen haben. Ich weise es daher auf das Schärfste zurück, diesen Idealismus, der hier erbracht wird, mit Erfolg erbracht wird, für den sportlichen Nachwuchs Niederösterreichs hier so herabzumachen und zu beleidigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig, dass sich der Sport in Niederösterreich und somit die Politik darum kümmert, in wie weit hier Österreich, Niederösterreich und Österreich, versuchen soll, auch weiterhin wichtige Sportveranstaltungen nach Niederösterreich zu holen. Und Österreich ist und war ein bewährtes Land, in dem die diversen Events aller Größenordnungen bis hin zu Olympiaden mustergültig abgeführt werden konnten. Wofür wir auch großes Lob und Anerkennung geerntet haben. Es liegt dies noch gar nicht so lange zurück. Auch wenn wir eine andere Seite sehen, wie Sport auch passieren kann. Wo damals in den staatssozialistischen Ländern der Sport in einer anderen Form missbraucht wurde als Imagerträger Nummer 1 für den Beweis einer angeblichen oder herbeigeredeten Überlegenheit einer Staatsform oder Ideologie.

Ich glaube, Sport ist in unseren Ländern westlicher Demokratie immer entsprechend unterstützt worden. Und so wollen wir es auch in Zukunft halten. Und es hat sich dabei die Politik auch immer sehr weit zurückgenommen. Einzige Ausnahmen sind vielleicht da oder dort die Eröffnungsfeiern oder Preisverleihungen. Aber sonst ist die Autarkie des Sportes in Österreich bezüglich politischer Abhängigkeit festzustellen. So wird das auch in Zukunft sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und daher ist es nicht angebracht, wie zuvor kritisiert wurde, dass man hier den Sport mit der Politik verknüpfen wollte. Sondern es ist vielmehr darauf hinzuweisen, dass Sport als ein wichtiges Element für eine Lebensqualität unserer Bevölkerung auch in Zukunft verstärkt unterstützt werden soll. Und das ist auch Absicht der neuen Bundesregierung und im speziellen auch der Politik des Landes Niederösterreich.

Man kann feststellen, sehr geehrte Damen und Herren, dass der Sport immer mehr Zulauf erhält. In unserer Freizeit-, Konsum- und Gesundheitsgesellschaft heutiger Tage ist er ein wichtiger Teil unseres Lebens geworden. Vor allem die aktive Ausübung ist dabei, vermehrt in den Vordergrund zu treten. Aber auch die passive Teilnahme am Sport hat in Österreich ihre Tradition. Vor allem die vielen tausend Fans, die hier nicht nur einen ehrlichen

Patriotismus einbringen sind es, die dem Sport die Unterstützung bringen in Form ihres Interesses, sondern viele sind bereit, als Vereinsmitglieder und Funktionäre zu wirken, damit sportliche Erfolge einerseits, andererseits auch das Element der Unterhaltung und zum Dritten vor allem auch jenes der Freizeitbewältigung in seinen besten Möglichkeiten angeboten werden kann.

Im Fußball speziell kann ich darauf verweisen, dass wir derzeit leider nicht jene Highlights erleben, die wir auch in vergangenen Jahren nicht immer in durchgehenden Serien zu verzeichnen hatten. Sondern gerade auch nach dem gestrigen Spiel gegen Griechenland muss man sagen, dass wir zweifellos an der Talsohle einer Negativserie angelangt sind. Nach einem „Schneckerl“ Prohaska ist es auch einem „Otto Maximal“ nicht gelungen, aus der Minimumserie bis jetzt herauszukommen. Wir hoffen aber, dass bedingt vor allem durch den von mir schon erwähnten sehr stark forcierten Jugendaufbau hier über die nächste Generation die entsprechenden Erfolge zu erbringen sind. Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Gesamtbetrachtung des österreichischen Sportes brauchen wir uns nicht zu schämen, sondern wir können uns darüber gemeinsam freuen, auch in Niederösterreich, dass es gelungen ist, gerade in Disziplinen, in welchen wir jahrzehntelang abgemeldet waren, großartige Erfolge einzufahren. Wenn ich darauf verweisen darf, dass wir bei der Biathlon-WM eine Gold- und eine Silbermedaille errungen haben. Wenn ich die Erfolge im Tischtennisbewerb anführen darf, wo ein Team aus Niederösterreich bereits im Finale der Champions-League steht oder das Tennis der jüngsten Vergangenheit. Auch im Fußballsport wird es eines Tages wieder aufwärts gehen, wenn es jene Früchte zu ernten gilt, wenn wir jene Früchte ernten können, die derzeit über eine sehr gute, nachvollziehbar verantwortungsbewusste Sportförderung, ganz besonders über die Sportpolitik des Landes Niederösterreich gesät werden und die dann Erfolg zeigen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden daher nicht nur den Antrag an die Bundesregierung verabschieden mit positiver Zustimmung, sondern wir werden auch danach trachten, dass wir die Bundesregierung unterstützen. In all jenen Voraussetzungen, die man braucht, um große Veranstaltungen durchzuführen, auch die entsprechende Infrastruktur auszubauen und zu unterstützen. Ich darf nun abschließend zu den beiden Resolutionsanträgen Stellung nehmen. Dem ersten Resolutionsantrag von den Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan werden wir nicht beitreten. Es ist hier angeführt im Begleittext, dass Österreich sich in einer internationalen Isolation befinden würde.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine Sicht aus einer parteipolitischen Brille. Es ist keine allgemeine Sicht der Dinge. Denn man muss auch sehen, und diese Kritik geht auch in Richtung der Sozialisten, Österreich ist eine Demokratie. Österreich ist kein gottgewollter linker oder sozialistischer Staat (*Beifall bei ÖVP und FPÖ*), sondern ist eine Demokratie, die den Qualitätsvergleich mit jedem anderen westeuropäischen Staat nicht zu scheuen braucht in seiner Verfassung, in seiner Ausrichtung und auch in punkto des Spektrums seiner politischen Parteien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nachvollziehbar, wie sehr die Connection der Sozialistischen Internationale, vor allem in der Europäischen Union durch das momentane Glück oder die Situation, dass hier gleichzeitig höchstrangige Parteifunktionäre wie der Vorsitzende des Europäischen Rates derzeit auch Vorsitzender der sozialistischen Internationale ist, wie die Fäden hier parallel durch die Medienlandschaften laufen. Und vor allem auch dieses tief sitzende Bedürfnis seitens der Sozialisten einerseits, Regierungsfrust hier abzuleiten seitens der Grünen hier natürlich in einem von ihnen gewollten und immer aufgezeigten Populismus, endlich hier ein vermeintlich gutes Thema vorzufinden. Dem werden wir seitens der Volkspartei nicht näher treten. Die Volkspartei war immer ein Bindeglied zu den einzelnen politischen Richtungen, ob etwas links, etwas rechts von uns stehend. Wir schauen uns die Programme an, die letztendlich für die Entwicklung Österreichs von Vorteil sind. Und danach werden wir handeln und unsere Politik ausrichten. Daher ist all jenes, was auf der Straße passiert, nicht zielführend. Ich würde beiden Fraktionen raten, die Aktivitäten vielleicht vermehrt in die Sportbranche einzubringen. Da kann man sich ebenfalls beweisen. Denn letztendlich geht es um die Auseinandersetzung, um das Angebot der besseren politischen Ideen und nicht um das Verächtlichmachen und das Ausgrenzen von Andersdenkenden, soweit sich diese im Rahmen des Bogens der demokratischen Verfassung bewegen. (*Beifall bei ÖVP und Abg. der FPÖ.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Stadler.

LR Mag. STADLER (*FPÖ*): Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Die Reaktionen, die heute von der Grün-Fraktion gekommen sind, waren jedenfalls davon gekennzeichnet, Frau Kollegin Weinzinger, dass Sie Ihr Amusement über die gegenwärtige Situation kaum verbergen konnten. Das war unmissverständlich wahrnehmbar. Und es ist bedauerlich,

dass es in diesem Land demokratische Parteien gibt, die sich über die derzeitige Situation, in der sich unser Land befindet, auch noch innerlich freuen. Und versuchen, das auch noch für ihre parteipolitischen Zwecke zu nutzen. Und sich dann bei gleicher Gelegenheit auch noch selber als die einzig wahren Patrioten in diesem Land zu gerieren. Meine Dame, mein verehrter Kollege der Grün-Fraktion! Nehmen Sie zur Kenntnis: In diesem Land gibt es gute und weniger gute Patrioten. Aber jene, die sich über die derzeitige Situation freuen, können nicht zu den guten Patrioten gezählt werden, meine Damen und Herren, Hohes Haus! (*Beifall bei der FPÖ und Abg. der ÖVP.*)

Dieser Antrag, den Sie hier vorschlagen, zielt darauf ab, einer Vorfeldorganisation der SPÖ, „SOS-Mitmensch“, Geld zukommen zu lassen. Das ist nicht verwunderlich. Sie erwarten sich, glaube ich, ein „politisches Morgenlüfterl“ zu verspüren. Sie erwarten sich, irgendwann einmal mit der SPÖ eine neomarxistische Koalition machen zu können (*Heiterkeit bei SPÖ und Grüne.*)

Die SPÖ rückt deutlich nach links mit ihrem neuen Vorsitzenden, der beim Küssen des Bodens von Moskau „meine Heimat“ ausgerufen hat, und dann behauptet hat, das sei lustig. (*Unruhe bei der SPÖ.*) Die Grünen sind bekannt dafür, dass sie ihren Melonenmarxismus hinter einer grünen Fassade verbergen, meine Damen und Herren. Das ist ja nicht illegitim. Es ist ja legitim! (*Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*)

Es ist legitim, dass das, was man in Deutschland probiert hat, dass es in Österreich Parteien und Gruppierungen und Politiker gibt, die das gleiche auch probieren wollen. Ist ja nichts Unanständiges. Ich weiß nicht, warum es Ihnen peinlich ist. Ihr Parteivorsitzender in spe Alfred Gusenbauer denkt hier weiter in die Zukunft und glaubt, mit den Grünen irgendwann einmal eine Mehrheit gegen die ÖVP und gegen die FPÖ zustande bringen zu können. Das ist in der Demokratie nichts Unanständiges.

Unanständig, meine Damen und Herren, wird es, wenn ich mir anschau, wie man versucht, dorthin zu gelangen. Es ist nicht der Konsens der Zweiten Republik, wenn man die Straße mobilisiert, nur weil man demokratische und verfassungskonforme Entscheidungen nicht zur Kenntnis nehmen will. Es ist nicht mit dem Geist unserer Verfassung vereinbar, wenn man gegen eine missliebige Bundesregierung, oder wegen des eigenen Machtverlustes in Österreich dann die Straße gegen diese Bundesregierung mobilisiert! (*Unruhe bei der SPÖ.*) Das ist nicht der Geist der Zweiten Republik, den Sie bei jeder Gelegenheit, meine Damen und Herren von der SPÖ, den Sie bei jeder Gelegenheit

ansonsten strapazieren! Das ist der Geist, der meinetwegen dort angesiedelt ist, aber es ist nicht der Geist, der diese Zweite Republik geprägt hat.

Und wenn ich mir anschau, meine Damen und Herren, wer sich mit Ihnen auf dem Heldenplatz getroffen hat, wer dort gesprochen hat, dann warne ich Sie vor dieser Gesellschaft. Dort ist der Herr Lothar Bisky aufgetreten. (*Heftige Unruhe bei der SPÖ.*)

Das finden Sie lustig? Da werde ich Ihnen gleich einmal sagen, wer dort in Ihrer Gesellschaft aufgetreten ist: Lothar Bisky, Vorsitzender der deutschen kommunistischen PDS. Das ist die Nachfolgepartei, wenn Sie es nicht wissen sollten, der ehemaligen DDR-Staatspartei SED. (*Nach wie vor heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

Ja, das sind Demokraten! Das sind jene Demokraten, die vor zehn Jahre noch Schießbefehl an der Mauer gegeben haben! Und die wollen uns heute in Österreich beibringen, was Demokratie und Menschenrechte sind! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das sind saubere Demokraten, meine Damen und Herren. Sie sollten sich genauer überlegen, mit wem sie ihre Demonstrationzüge machen! (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Ich habe auch großes Verständnis dafür, dass Michel Piccoli nach Österreich kommt. Weil dieses Land großartig ist und weil es immer eine Reise wert ist. Ich bewundere Michel Piccoli auch. Aber wenn Michel Piccoli kommt um uns zu sagen, was Menschenrechte sind, dann möchte ich ihn fragen, ob er schon einmal darüber nachgedacht hat, ob jene Ideologie, der er anhängt, nämlich der kommunistischen Ideologie, nicht in diesem vergangenen Jahrhundert mit einer anderen Ideologie - beide gottlos, beide verachten den Menschen abgrundtief, der reale Sozialismus und der nationale Sozialismus - ob nicht diese Ideologie für die größten Verbrechen dieses Jahrhunderts, des abgelaufenen Jahrhunderts mit verantwortlich ist. Und, meine Damen und Herren, bevor er diese kritische Reflexion nicht auch über die Bühne bringt, braucht er niemandem in Österreich, am allerwenigsten den beiden Regierungsparteien derzeit, Lehrvorträge am Heldenplatz über Menschenrechte, Bürgerrechte und Demokratie halten. Das sollten Sie sich überlegen, meine Damen und Herren, wenn Sie mit diesen Leuten die Straße gegen die gegenwärtige Bundesregierung zu mobilisieren versuchen.

Sie haben zwar dort, ich möchte mich jetzt in den Zahlenstreit nicht einmengen, Sie haben dort eine beachtliche Zahl von Leuten zusammen gebracht. Aber glauben Sie mir, die Mehrheit der Österreicher war nicht dort. Und die Mehrheit der Österreicher denkt anders. Die Mehrheit der Öster-

reicher will Ergebnisse sehen. (*Abg. Keusch: Belastungspaket!*)

Die Mehrheit der Österreicher will Ergebnisse sehen. Die Mehrheit der Österreicher ist mit dem, was Sie derzeit gegen Österreich international zustande gebracht haben, die Mehrheit der Österreicher ist damit nicht einverstanden! Weil ich hier gerade das Stichwort Belastungspaket höre: Erkundigen Sie sich bitte bei den Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, was Ihr Finanzminister in den Regierungsverhandlungen vorher alles bereit war, den Österreichern aufzubürden an Belastungen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. – Unruhe bei der SPÖ.*)

Das sind die Ergebnisse! (*Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Ach, das ist ein edles Motiv! Also das ist die Quadratur des Kreises! Das habe ich überhaupt noch nie gehört. Der Zwischenruf war entlarvend: Edlinger musste ein Belastungspaket für die Bürger schnüren um Jörg Haider und die FPÖ in der Bundesregierung zu verhindern. Ja, das ist ja überhaupt das Größte! Daher musste man Steuererhöhungen mit der Österreichischen Volkspartei verhandeln. Das entlarvt Sie, Herr Kollege! Sie wären also zu jeder Schandtat bereit gewesen, nur um zu verhindern, dass die FPÖ mit in die Regierung kommt!

Ich sage Ihnen, es ist umgekehrt. Ich kenne zahlreiche Ihrer Parteifreunde - keine unanständigen Leute - zahlreiche Ihrer Parteifreunde, die sich mit der derzeitigen Isolation, in die sich die SPÖ begeben hat im Verhältnis zur FPÖ, überhaupt nicht glücklich schätzen. Die es bedauern, dass man viel zu spät an der Parteispitze der SPÖ begonnen hat, mit den Freiheitlichen zu reden. Das hätte man viel früher machen sollen. Die sagen, es war eine Fehlentwicklung, dass die SPÖ sich in die Sackgasse der Ausgrenzungspolitik, wie sie Franz Vranitzky postuliert hat, begeben habe. Und es bedauern, dass sie jetzt nicht mehr an der Macht sind. „Hätten wir ja auch, mit den Freiheitlichen etwas machen können“. Und das, was Ihr Bundeskanzler Klima im letzten Augenblick noch versucht hat, meine Damen und Herren, wird ja noch irgendwann prozessanfällig sein. (*Abg. Vladyka: Zur Sache!*)

Ja, ich werde Ihnen gleich etwas zur Sache sagen.

Ich möchte nämlich sagen, mit wem „SOS-Mitmensch“ und ihresgleichen in einem Demonstrationzug sich wiedergefunden haben. Und welche Krokodilstränen hier vergossen werden, wenn es um die Reputation Österreichs geht. Wissen Sie, Frau Kollegin, wenn man Menschenrechte, wenn man die Achtung vor dem politisch Andersdenkenden hoch hält, dann kann man doch nicht dazu schweigen, dass es in diesem Land einen Kabaret-

tisten gibt, der folgendes gesagt hat: „Ich glaube, man müsste Haider erschießen. Irgend jemand, der nur noch zwei Monate zu leben hat“, sagt der Kabarettist und ORF-Blödler Christoph Grissemann. Und weitere Ihrer Demonstrationsgenossen, nämlich jene von der Berliner TAZ, eine Zeitung, die Ihnen nicht fern ist, die sagt oder hat geschrieben: „Der einzige Tisch, an dem man sich mit Haider sehen lassen kann ist der Obduktionstisch, auf dem er liegt.“ Meine Damen und Herren! Das ist Gesinnung!

Das amüsiert Sie, Frau Kollegin? Das ist erschütternd. Ich habe von Ihnen bis heute, auch von den Grünen nicht - dort erwarte ich es auch nicht, aber von einer staatstragenden Partei, als die sich die SPÖ ja doch in den letzten drei Jahrzehnten immerhin profilieren konnte, von einer staatstragenden Partei hätte ich mir erwartet, dass man sich davon distanziert, wenn der Dr. Haider nicht einmal in einem Wiener Innenstadtlokal mit seiner Frau und seiner Tochter essen gehen kann. Kein Wort der Distanzierung! (*Zwischenruf: Hat ihm aber niemand angeschafft!*)

Bitte? Niemand hat ihm angeschafft, er soll essen gehen? Genau! Das ist die gescheiteste Argumentation. Und seine Frau ist auch selber schuld! Was heiratet sie diesen Mann überhaupt. Und seine Tochter ist wahrscheinlich überhaupt am meisten schuld. Hätte sie sich bessere Eltern ausgesucht. Meine Damen und Herren! Das ist Zynismus pur! Sie entlarven sich selber, wenn Sie um Menschenrechte, um Bürgerrechte reden, in Ihrer bodenlosen Heuchelei! (*Beifall bei der FPÖ. – Unruhe im Hohen Hause.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Landesrat! Einen Moment! Es kommen schon Rufe, zur Sache zu kommen. Ich möchte darauf hinweisen, Sie nehmen Bezug auf einen Antrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan. Ich bitte Sie trotzdem oder ich darf Ihnen den Tagesordnungspunkt in Erinnerung rufen.

LR Mag. STADLER (FPÖ): So ist es, Frau Präsidentin! Ich rede zur Isolation Österreichs und ich rede zu „SOS-Mitmensch“. Die Frau Kollegin hat beides zum Thema gemacht. Und ich rede von Grundwerten der Demokratie und Toleranz, wie es im Antrag der Kollegin Mag. Weinzinger angeführt ist. Ich rede von der Reputation Österreichs, die derzeit von namhaften jüdischen Persönlichkeiten geschützt wird. Nicht von unserem Staatsoberhaupt eigenartigerweise. Der Respekt vor dem Amt des Staatsoberhauptes verbietet mir, hier auf die aktuellen Vorgänge in Dänemark und Finnland einzugehen! Aber wenn Simon Wiesenthal abgetan wird, ja, der ist schon über neunzigjährig, nur weil er einmal nichts Böses über Dr. Haider und über die

neue österreichische Bundesregierung gesagt hat, dann ist das eine beredte Sprache!

Wenn ausländische Stimmen, etwa in London Lord Weidenfeld, ein Emigrant aus Österreich, eine der angesehensten Persönlichkeiten und Verleger Europas, Österreich in Schutz nimmt und sagt, es ist legitim, dass die Österreichische Volkspartei mit der FPÖ eine Koalition versucht, dann wird diese Stimme nicht gehört! Sie wird nicht genannt! Es ist eine prominente, hoch angesehene Stimme. Wenn in israelischen Tageszeitungen, ob das die Zeitung „Ma'ariv“ oder die „Jerusalem Post“ ist, geschrieben wird, dass das, was mit Österreich derzeit geschieht, dass das nicht korrekt ist und dass das weit überzogene Maßnahmen sind, dann hört man nichts davon. Dann ist das offensichtlich keine zitable Stimme mehr. Und wenn die jüdische „Anti Deformation League“ in New York sagt, der Boykott gegen Österreich ist abzulehnen, dann liest man das in einem kleinen Artikel in einer österreichischen Tageszeitung und ansonsten nur in der „Neuen Zürcher Zeitung“ in der Schweiz. In Österreich hört man nichts davon! Weil es nicht gehört werden will! Weil es nicht ins derzeitige Klischee jener passt, die glauben, in Österreich die Meinung bestimmen zu können und demokratische Entscheidungen zurückdrehen zu können.

Und daher sage ich Ihnen: Wenn Sie den Sport dazu verwenden wollen, Ihr politisches Süppchen zu kochen mit dem heutigen Antrag, und wenn die SPÖ derzeit intern diskutiert, ob sie diesem Antrag zustimmt, dann ist das ihr gutes Recht. Und das sei Ihnen auch nicht verwehrt. (*Abg. Mag. Weinzinger: Danke! Danke!*)

Aber erwarten Sie nicht, dass Sie dafür auch nur einen Funken Verständnis bei jenen ernten können, denen dies Anliegen, diese Fußball-Europameisterschaft im Jahre 2008 nach Österreich zu bringen, auch wirklich ernst ist. Wir haben kein Verständnis dafür und wir wollen Ihnen das auch laut sagen. Wir wollen Ihnen auch sagen, dass wir alle Ihre vorgeschobenen, in Ihrem Antrag vorgeschobenen Argumente für nicht sehr glaubwürdig halten. Und dass Ihre Politik und auch die Politik der Sozialdemokratischen Partei derzeit eine andere Sprache spricht. Es geht Ihnen darum, gegen diese neue österreichische Bundesregierung Stimmung zu machen, wenn es geht, auch im Ausland.

Meine Damen und Herren! Die Ungarn, die gemeinsam mit uns sich im Jahr 2008 bewerben sollten nach dem Antrag, Ungarn war jenes Land, das zumindest zu Beginn der Kampagne gegen Österreich sehr distanziert war. Die Ungarn wissen ganz genau, was sich in Österreich abspielt. Die Ungarn wissen, dass es sich in Österreich um eine

gefestigte Demokratie handelt, um eine stabile Demokratie, um eine reife demokratische Bevölkerung handelt. Und die Ungarn wissen auch, welchen Freund sie immer in Österreich gehabt haben. Es ist daher richtig und vernünftig, mit den Ungarn – auch auf sportlicher Ebene – einen derartigen Versuch für das Jahr 2008 zu starten. Und wir werden daher diesem Antrag auch zustimmen.

Und ich sage Ihnen noch etwas, meine Damen und Herren: Ungarn hat genauso wie Polen derzeit das Problem, dass man dort nicht versteht, wie die mächtige Europäische Union oder 14 Länder in dieser Europäischen Union mit Österreich derzeit umspringen. Mir haben meine ungarischen Freunde gesagt und mir haben meine polnischen Freunde gesagt, dass sie nicht sicher wären, wie ein Referendum über einen Beitritt Ungarns oder Polens zur Europäischen Union derzeit ausginge. Weil man in der Bevölkerung verschreckt ist, wie man mit einem kleinen Land in der Europäischen Union umspringt, das sich nicht in den sozialistischen oder neomarxistischen Mainstream einklinkt. (*Abg. Mag. Fasan: Da werden Sie sich keine Sorgen machen darüber!*) Herr Kollege Mag. Fasan! Nicht einklinkt! Die Ungarn und die Polen sind Patrioten genug, dass sie nicht haben wollen, dass ihnen von außen irgendwer vorschreiben kann, wie ihre Regierung auszusehen hat. Und wenn Ihnen all diese Argumente noch nicht genügen, dann nehmen Sie vielleicht ein letztes Argument zur Kenntnis: (*Abg. Mag. Fasan: Ich nehme alle Argumente zur Kenntnis!*)

Überlegen Sie sich einmal ganz genau in der Geschichte Österreichs, wann es das letzte Mal war, dass eine ausländische Regierung auf die Bildung der österreichischen Bundesregierung Einfluss genommen hat. Und Sie werden feststellen, dass das ein brutaler Akt gegen Österreich war. Und dass das freie Österreich danach nicht mehr sehr lange existiert hat! (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Weininger.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine Wortmeldung bezieht sich hauptsächlich auf unseren Resolutionsantrag. Ich darf nur, ich erspare mir ehrlich gestanden erstens auf das Niveau und zweitens auf manche der Argumentationen meines Vorredners einzugehen. Wer sich hier entlarvt und wo der Zynismus zu Hause ist, hat sich bereits gezeigt.

Ich darf nur einige tatsächliche Berichtigungen dazu anfügen. Erstens: Es liegt mir fern, und ich weiß auch nicht, wie der Herr Landesrat dazu

kommt, Amüsement und innerliche Freude zu diagnostizieren. (*LR Mag. Stadler: Das war mehr als spürbar!*) Ich darf richtigstellen, was immer Sie spüren deckt sich zumindest nicht mit dem was ich spüre. Ich freue mich nicht über die Isolation. Ich bin nicht amüsiert. Ganz im Gegenteil. Ich bin zutiefst besorgt und engagiere mich dafür, hier konstruktiv mit Initiativen mich einzubringen.

Punkt 2: Als tatsächliche Berichtigung einer Formulierung haben Sie mich falsch zitiert mit einzig wahre Patrioten. Es gehört nicht zu meinem Sprachschatz von den einzig wahren irgendetwas zu reden. Ich habe vielleicht von einzigen Patrioten gesprochen im Moment als politische Einschätzung.

Berichtigung Nummer 3: SOS-Mitmensch ist allen mir vorliegenden Informationen nach weder eine Vorfeldorganisation der SPÖ, noch einer anderen Partei. Und Punkt 4: Das demokratische Demonstrationsrecht, die Redefreiheit und die Meinungsfreiheit, selbst wenn sie französische Staatsbürger in Österreich ausüben, steht nicht im Widerspruch mit dem Geist der Verfassung und der Zweiten Republik, die im übrigen die Freiheitlichen entsorgen wollten. (*LR Mag. Stadler: Was auch niemand behauptet hat!*) Ihre Ausführungen waren sehr eindeutig.

Ich darf jetzt zum eigentlichen Anlass meiner Wortmeldung kommen. Ich möchte unseren Resolutionsantrag in der ursprünglich eingebrachten Form zurückziehen und abändern. Und zwar bringe ich diesen Antrag ein als gemeinsamen Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weininger, Sacher, Weninger und Mag. Fasan. In der Begründung Abs.1 heißt es nunmehr: „Eine Bewerbung um die Austragung der Fußball-Europameisterschaften 2008 als gemeinsame Initiative von Österreich und Ungarn scheint zum derzeitigen Zeitpunkt angesichts der internationalen Isolation Österreichs und der verschlechterten Beziehungen zu vielen europäischen Staaten ohne zusätzliche Maßnahmen wenig erfolgversprechend.“ Der Rest des Textes bleibt gleich. Beziehungsweise im Antragsteil selbst der dritte Punkt wird abgeändert wie folgt und lautet nunmehr neu: „Die Bundesregierung aufzufordern, zur Hebung des internationalen Ansehens Österreichs und der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in ihrem Bekenntnis zu den Grundwerten von Demokratie und Toleranz Antirassismus-Initiativen zu unterstützen.“ Der Rest ist gestrichen. Ich darf diese Änderungen hiermit einbringen und ersuche um Ihre Zustimmung. Und bin im Übrigen der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. (*Beifall bei den Grünen.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Ich wollte eigentlich nur zu diesem Resolutionsantrag von Frau Abg. Mag. Weininger und Herrn Abg. Mag. Fasan ursprünglich Stellung nehmen. Und wir haben unsere Absicht überlegt und geäußert, diesem Antrag zuzustimmen. Zwei Reden, die jetzt vor wenigen Minuten hier gehalten wurden, haben uns bewegt, diesem Antrag beizutreten.

Hoher Landtag! Es war vor allem die Rede des Herrn Landesrates, die in uns den Entschluss befestigt hat, diesen Schritt zu setzen und beizutreten. Herr Landesrat! Denn seit Sie Ihre Rede jetzt hier gehalten haben, verspüre ich persönlich, und ich glaube es geht manchem so, einen kalten Hauch in diesem Saal. Herr Landesrat Mag. Stadler! Für uns kann ich sprechen. Niemand freut sich über die Situation, in die Österreich hineinmanövriert worden ist. Die Sozialdemokraten sind nur erschüttert und entsetzt über Haltungen und Werthaltungen, die das Ausland in der Beurteilung Österreichs so reagieren lassen. Ich darf in Erinnerung rufen, dass es Ihr Parteivorsitzender war, der mit dem jetzigen Bundeskanzler die Koalitionsübereinkommen unterfertigt und auch präsentiert hat. Haider war es, der gesagt hat, die österreichische Nation sei eine Missgeburt. Haider war es, der SSler als charakterfeste Persönlichkeiten bezeichnet hat. Und Haider war es, der Konzentrationslager zu Straflagern heruntergewürdigt hat. Und Haider war es, der eine ordentliche Beschäftigungspolitik im deutschen Reich gelobt hat, Herr Landesrat. Und das macht uns entsetzt und erschüttert, dass diese Äußerungen im Ausland richtig eingeschätzt werden.

Sie haben vom Geist der Verfassung gesprochen. Und Sie haben gemeint, es sei gegen den Geist der Verfassung, wenn hier Menschen demonstrieren gehen. Wissen Sie, wer hier demonstrieren geht? Sie haben die Frage gestellt, mit wem demonstrieren die Sozialdemokraten? Es waren tausende ältere Menschen, die diese schrecklichen Zeiten miterlebt haben. Und daher sind sie demonstrieren gefahren. Und sie nehmen das Demonstrationsrecht als verfassungsmäßiges demokratisches Recht in Anspruch, Herr Landesrat! *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Und wir verspüren aus Ihren Worten eine Gesinnung, die uns daran zweifeln lässt, ob Sie dieses Demonstrationsrecht und diese demokratischen Freiheiten auch wirklich so schätzen. Wenn Sie

sagen, mit wem gehen wir demonstrieren. Wir gehen auch mit einer Geisteshaltung gemeinsam demonstrieren, die von einem Kardinal König und einem Kardinal Schönborn geäußert wird, Herr Landesrat und sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Mag. Fasan.)* Und das muss ich auch der ÖVP zurufen. Vielleicht denken Sie jetzt nach, wer uns in diese Situation manövriert hat. Abgesehen von all dem Geplänkel über Budget oder sonstige Erbfolge.

Bewerten Sie auch bitte nicht, Herr Landesrat, gewisse Nachfolgeparteien. Denn auch das lässt in uns ungute Verbindungen auftauchen, wenn Sie von Nachfolgeparteien sprechen. *(Unruhe bei LR Mag. Stadler!)*

Es geht wirklich ein eiskalter Hauch durch diesen Landtag. Und ich hoffe, dass das selten in Zukunft der Fall sein wird. Und dass das heute vielleicht eine einzigartige erste Situation war. Und dass wir das nicht öfter hier erleben werden so wie heute.

Die Sorge um Österreich hat die SPÖ bewegt, sehr geehrte Damen und Herren, dass wir in den Verhandlungen mit dem langjährigen Koalitionspartner so weit über unsere Programminhalte hinaus gegangen sind, um diese Situation zu verhindern. Und ich muss auch zur Rechtfertigung der abgetretenen Regierung hier sagen, dass sie weit über ihren Schatten hinaus gegangen ist, um diese Situation für Österreich zu verhindern, in der wir uns jetzt befinden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Resolutionsantrag in der abgeänderten Form stimmen wir nicht nur zu, sondern wir treten ihm auch bei als Demokraten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer.

LHStv. Dr. BAUER (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben miterlebt, wie versucht wird, hier doch eine Zuordnung zu treffen, die einfach nicht gegeben ist. Nämlich: Wir alle bekennen uns gerne sehr überzeugt zu dieser Zweiten Republik, die wir gemeinsam aufgebaut haben. Die wir 1945 aus den Erfahrungen der Ersten Republik und aus den Erfahrungen eines Zweiten Weltkrieges wirklich nach den Grundlagen der Zusammenarbeit gestaltet haben. Und ich glaube, es geht darum, dass man erkennt, Herr Landesrat Mag. Stadler, worum es in Europa eigentlich geht. In Europa geht es darum, liebe Freunde, dass tatsächlich – und der gestrige Auslandsreport hat das sehr deutlich gezeigt – Entwicklungen sichtbar werden, die noch vor wenigen Jahren nicht vorstellbar gewesen sind.

Und wenn ich sage, dass das in vielen Ländern ähnliche, viel härtere Entwicklungen sind bezüglich Rechtspopulismus, zum Beispiel in Belgien die Flamen, dieser Vlaams Blok, der ja ganz massiv sogar so weit geht, dass er sagt, wir brauchen auch keine Einrichtungen der Europäischen Union. Die sollen wieder heim gehen. Also ohne wirklich die Relationen oder die Chance zu sehen, was Brüssel letztlich ist durch diese Institutionen. Wenn ich also dann den zweiten Teil, was in Frankreich sehr deutlich spürbar Le Pen und Megret anlangt, also diese Geschichte, die sich jetzt fortsetzt: Wir sind übrigens die einzigen, die euch wirklich gratuliert haben. „Österreich heute und morgen Frankreich“ – „Autriche aujourd’hui“. Das heißt für mich, dass dieses Spektrum da ist.

Das ist bedauerlich! Das könnte ich fortsetzen jetzt mit dem Beispiel Spaniens, wo fast bürgerkriegsartig das sich entladen hat gegen Marokko - gegen die Marokkaner. Nicht gegen Marokko, gegen die Marokkaner. Wo Mitbürgern ihre Häuser zerstört worden sind, ihre Geschäftslokale angezündet wurden, ihre Autos. Eigentlich war das drei Tage ein Bürgerkrieg. Und das Problem, was vielleicht manche noch immer nicht so erkannt haben, ist, dass natürlich bei so einer Situation, die schwierig zu meistern ist, weil eine hohe persönliche Integrationsbereitschaft vorliegen muss, dass man, wenn sich so eine Entwicklung sichtbar wird, zwei Wege gehen kann. Nämlich den einen Weg, den ehrlichen, integrativen Ansatz oder den, wodurch man letztlich eine Fackel hinein schmeißt. Und darum geht es. Es geht darum, ob jemand eine Fackel hinein schmeißt. Dass es bestimmte Entwicklungen gesellschaftlicher Art gibt ist nachvollziehbar und ist auch spürbar. Und dass es auch nicht leicht ist für unterschiedliche Kulturen und Menschen, zusammen zu leben, das ist auch eine bekannte Tatsache. Die Frage ist, ob man das politisch instrumentalisiert, oder ob man sich bemüht, hier eine Entwicklung einzuleiten, die eben zu einer Gesamtverantwortung führt. Und ich glaube, dass Europa tatsächlich in eine Gefahr sich hinein begeben kann, dass die Ansätze der Integration, die Ansätze dieses Europa, das eine Strahlkraft besitzt, nämlich geschaffen als Friedensordnung und als eine Friedensmission, dass diese durch zu viel Rechtspopulismus in den Grundfesten gestört wird. Und das ist das eigentliche Dilemma.

Ich möchte das ganz klar stellen: Ich bekenne mich sehr klar und sehr froh zu dieser Zweiten Republik und zu unserem Land. Und das bedeutet, dass ich mir natürlich Einmischungen von außen nicht gefallen lasse. Und das bedeutet natürlich, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass wir das Recht haben, unseren Weg zu gehen. Aber

es bedeutet nicht, dass nicht der Weg von anderen beurteilt wird. Und das ist das Entscheidende. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn man diese Beurteilung erfährt, dann muss man doch überlegen, ob diese Beurteilung so völlig ungerechtfertigt ist. Und ich meine, dass diese Beurteilung aus vielen Äußerungen heraus zumindest verständlich erscheint. Besonders dann, wenn man weiß, wie viel Gefahrenpotential überall besteht. Und wenn man sich überlegt, dass ein Präsident Chirac natürlich erkennt, dass in Frankreich auch ein hohes Potential an Rechtspopulismus durchaus wählbare Kandidaten gehabt hat, und in vielen Städten oder in Antwerpen zu 37 Prozent dieser Vlaams Blok gewählt wurde, dann bedeutet das, dass aus der Sorge über eine ähnliche Entwicklung hier Vorsorge getroffen wird. *(LR Mag. Stadler: Aber kein Boykott und keine derartigen Maßnahmen!)*

Nein, ich habe gesagt, wir werden – und ich sage das ganz offen – ich werde dieses Österreich, wo immer ich Gelegenheit habe, so verteidigen wie ich zu dieser Republik stehe. Und das ist ja das Problem: In Wirklichkeit stürzt natürlich einiges auch uns selbst in ein Dilemma. Denn ich meine, für mich ist diese Republik unangreifbar und unbestritten eine demokratische Grundordnung. Denn sonst würde das alles ja gar nicht möglich sein. Das heißt also, auf diese Standfestigkeit der Demokratie, darauf soll man stolz sein. Aber man soll auch die anderen Dinge ansprechen. Nämlich die Dinge, die ich für besonders wichtig halte. Und ich werde in den „Akzenten“, das ist die Zeitschrift des Bundes Sozialdemokratischer Akademiker, einen Artikel beitragen, in welchem ich von einem Spaltprogramm der Gesellschaft reden werde. Das Problem nämlich ist, dass ohne dass es vielleicht gewollt ist oder aber doch durch Äußerungen erkennbar, dieses Spaltprogramm tatsächlich zu einer politischen Philosophie gehört. Und ich persönlich meine, dass wir alles tun sollten, dass eine Gesellschaft immer als Ganzes miteinander verkehren kann und als Ganzes sich auch versteht.

Das „Spaltprogramm“: Ich habe einige Zeit nachgedacht, wie ist dieses Programm, worin liegt eigentlich dieses Programm, diese Besonderheit, warum sozusagen hier besondere Aufmerksamkeit manchen Kapiteln gewidmet wird. Ist das rein ökonomisch oder auswirkungsmäßig oder nicht von der gerechten Verteilung her, von der Belastung her? Es ist ein Faktum. Aber wissen Sie, was das größte Problem ist? Dass es in Wahrheit zu einer Spaltung oder zumindest zu einem Riss der Gesellschaft führen kann. Und das sage ich jetzt als Landeshauptmannstellvertreter: Dazu sollte es nicht kommen! Und es sollte jeder seinen Beitrag leisten,

dass es nicht so weit kommt. Denn solche Risse werden in der Regel durch viel Diskussion tiefer und nicht überbrückbarer dadurch. Nun zum Spaltprogramm: Warum bezeichne ich das so? Weil ich meine, dass es schon immer darum geht, dass eine Gruppe gegen eine andere irgendwie in Gegensatz gebracht wird. Es sind einmal die fleißigen und tüchtigen Arbeiter gegen die sogenannten weniger Tüchtigen oder so wie das von euch bezeichnet wird, „Schmarotzer“ manchenmal. Es wurden ja „Schmarotzer-Diskussionen“ geführt. Es ist einmal der Inländer gegen den Ausländer. Es ist einmal der Starke gegen den Schwachen. Und es ist ein andermal auch der ältere Mensch gegen den jüngeren. Das heißt, es wird immer ein Konflikt konstruiert, um im Rahmen eines Konfliktes eine politische Ernte einzubringen. Und es geht mir darum, einmal klarzustellen, dass wir alles tun müssen, um diese Entwicklung hintanzuhalten. Und das ist eine Art Doppelaufgabe: Die doppelte Aufgabe besteht darin, dass man einerseits sich fest dazu bekennt zu der Zweiten Republik. Sie wissen ganz genau, Ihr Parteiführer hat immer die dritte Republik im Auge gehabt, so lange er dazu gesprochen hat. Jetzt hat er es einige Wochen nicht verwendet. Das heißt also, ich frage mich, warum brauch' ich immer die dritte Republik, wenn wir uns in der zweiten sehr behaglich eigentlich eingerichtet haben und stolz darauf sein können, was wir erreicht haben. Weil offensichtlich man in dieser, mit dieser Zweiten Republik seine Zielsetzung nicht erreichen kann. Und das heißt also, dass – und darauf sei noch einmal hingewiesen – es sich hier nicht um einen normalen Umstieg eines Koalitionspartners zu einer anderen Partei handelt. Sondern in Wirklichkeit steht dahinter ein Systemumstieg, der damit verbunden ist. Den kann man oberflächlich vielleicht noch nicht so herzeigen. Aber in Wahrheit steht dahinter ein Systemumstieg.

Und dieser Systemumstieg wird jetzt mit großem Aufwand sozusagen einmal verdeckt. Aber eines muss einem klar sein: Seit diese Koalition - und ich spreche ihr nicht das Recht ab, aber seit diese Koalition besteht, ist es ein Faktum, dass die Gesellschaft irgendwo, sagen wir, aggressiver sich aufeinander zu bewegt. (*Unruhe bei der FPÖ.*) Nein, Herr Kollege! Sie verwechseln immer Ihre Wunschbilder mit dem: Wenn da mehr als 200.000 Menschen dort sind und Ihr Westenthaler sieht nur 60.000, dann ist das vielleicht ein Problem des Zählens. Vielleicht ist es nicht weiter gegangen. (*Beifall bei Abg. der SPÖ.*) Aber ich meine, das wirkliche Problem ist, dass Sie nicht erkennen wollen, dass sehr wohl viele besorgte Bürgerinnen und Bürger weit über das sozialdemokratische Wählerpotential hinaus sich Sorgen machen. Und, ich sage das auch ganz offen, auch innerhalb der

Österreichischen Volkspartei viele sich Sorgen machen, dass dieser Grundkonsens in Wahrheit immer brüchiger wird. Und wenn dieser Grundkonsens brüchig wird, muss man sich aus der Geschichte fragen, was am Ende nach dem Verlust eines Grundkonsenses steht. Doch nicht der Fortschritt und der Erfolg! Sondern in Wirklichkeit eine Situation, in der wir alle gemeinsam ärmer werden. Das ist ja das Entscheidende! Daher muss ich also davor warnen, dass das jetzt sozusagen übertragen wird. Dass das sozusagen jetzt von der Gesellschaft auf alle einzelnen Institutionen übertragen wird.

Und ich meine jetzt abschließend - es ist ja so, dass ich hier das einmal ganz allgemein formuliere - was unsere Koalitionspartner der Zukunft sind und sein müssen, das sind jene, die gegen eine Teilung der Gesellschaft auftreten. Sind alle jene, die gegen eine Teilung der Gesellschaft auftreten! Und unsere wirklichen Gegner sind die, die eine geteilte Gesellschaft als lebbar erachten. Und in dem Sinne möchte ich diesen Beitrag verstanden wissen. (*Beifall bei der SPÖ, Abg. der ÖVP und Abg. Mag. Fasan.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren!

Das, was wir nicht wollten, ist geschehen. Wir meinen, dass wir gerade in Niederösterreich in den letzten Jahrzehnten gemeinsam eine Politik gemacht haben, die das Land blühend machte. Obwohl viele Gründe auf dem Wege dieser Politik lagen, die den einen oder anderen vielleicht verleitet hätten, hier Unfrieden zu stiften. Ich fürchte diesen Stil, der heute spürbar war, nämlich dass die einen mit Worten manipulieren was den Namen einer Partei anlangt und die anderen auch wieder einer Partei die Qualifikation absprechen, Österreich im Namen tragen zu dürfen, das ist Krieg der Worte, der so hier keinen Platz hat. Ich bitte Sie inständig, nicht mit jenen mitzuheulen, die die Politik der verbrannten Erde wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich bin beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter, der gemahnt hat, nicht die Fackel zu entzünden und zu werfen. Aber weder von links noch von rechts! Denn beides hat eine verbrannte Erde zum Ergebnis. Und wir haben das in Niederösterreich nicht notwendig. Ich hoffe, dass die Irritationen, die verständlich sind, wenn man 30 Jahre an der Macht war und sie dann verloren hat, dass diese Irritatio-

nen ein Ende haben. Und ich hoffe auch, dass es nicht zu einem Übermut kommt, wenn man plötzlich Regierungsverantwortung hat, dass dieser überschwangt.

Ich glaube, dass wir gut daran tun, unseren Weg in Niederösterreich so weiter zu gehen. Und uns nicht von außen - von wo auch immer - beeinflussen zu lassen und damit unsere Arbeit in Misskredit zu bringen. Die Bürger unseres Landes sind besorgt, sehr besorgt. Wir sollten ihnen die Sorge nehmen durch konstruktives Arbeiten. Das sind wir diesem Land wirklich verantwortlich und schuldig. Ich bitte Sie alle, wir sind alle gewählte Mandatare unserer Bürgerinnen und Bürger Niederösterreichs, nehmen wir diese Verantwortung gemeinsam ernst! *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zur Anmerkung: Wir haben diese Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt in einer Breite durchgeführt, weil das Bedürfnis, dazu Stellung zu nehmen, sicherlich vorhanden war. Das möchte ich zur Erklärung von diesem Präsidium aus abgeben. Wir kommen jetzt

allerdings zur Abstimmung über den Antrag des Kultur-Ausschusses betreffend die Bewerbung für die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft im Jahr 2008 in Österreich. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Kultur-Ausschusses, Ltg. 404/A-1/22:)* Das ist die Mehrheit. Dieser Antrag ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Wir kommen nun zu zwei Resolutionsanträgen. Und zwar zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan, Sacher und Weninger betreffend Verbesserung der Ausgangschancen für eine Bewerbung um die Fußball-Europameisterschaften 2008. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Resolutionsantrag ist somit abgelehnt! *(Zustimmung Grüne, SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ.)*

Wir kommen zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Kautz, Hiller und Schimanek zum Antrag der Abgeordneten Hiller, Kautz u.a. über die Bewerbung für die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft betreffend Ehrung der NÖ Sportler des Jahres. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben. Diese Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 16.40 Uhr.)*